Nr. 1 – Februar 2023

bericht

Der grüne Fraktionsbericht zum ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss

PROTOKOLL EINER GROSSEN TÄUSCHUNG

Aufarbeitung der Episode Kurz und Erkenntnisse für eine saubere Politik

Foto: Georges Schneider / picturedesk.com

Fraktionsbericht der Grünen gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA zum Untersuchungsausschuss betreffend Klärung von Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-Regierungsmitglieder (ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss)

DIE REPARATUR DES VERTRAUENSVERLUSTES

Wir leben in Zeiten multipler Krisen: Klimakrise, massive Teuerung und Krieg in Europa. Die Bewältigung dieser Herausforderungen im Sinne des Gemeinwohls verlangt von jedem und jeder einzelnen von uns vor allem eines: Vertrauen. Vertrauen in einander, in die Politik und das politische System. Doch dieses Vertrauen ist (vorübergehend) verloren gegangen. Ebenso wie Bundespräsident Alexander Van der Bellen halte ich diesen Umstand für eine Katastrophe. Van der Bellen spricht vom Fundament unseres gemeinsamen Hauses, das in Gefahr sei, weil häufiger Wassereinbruch die Substanz in Mitleidenschaft gezogen hat. Mit Fundament meint er die Demokratie, die Wassereinbrüche sind die Korruptionsfälle der vergangenen Jahre.

Das schwindende Vertrauen wundert nicht. Die letzten Jahre haben ihre Spuren hinterlassen. Auf Ibiza versuchte ein späterer FPÖ-Vizekanzler die halbe Republik zu verscherbeln. Die politische und juristische Aufarbeitung der Causa zeigte aber schnell, dass Sebastian Kurz und sein türkiser Machtzirkel in einer riesigen Täuschungsaktion versuchten, still und heimlich die Republik zugunsten von sich selbst und den eigenen superreichen Freunden umzubauen. Das hat die Republik und damit das Vertrauen ins Wanken gebracht. Das Epizentrum des Korruptionsbebens war das türkise Finanzministerium.

Vertrauen muss man sich verdienen. Es ist unsere verdammte Pflicht als Politiker*innen alles dafür zu tun, um es wieder zurückzugewinnen. Verniedlichend von Freunderlwirtschaft zu sprechen ist ein Fehler. Genauso falsch ist es, wenn eine Intervention als Einsatz für Bürgeranliegen bezeichnet wird. Wenn jemand den Vorzug bekommt, hat ein anderer das Nachsehen. Wie kommt die Person dazu?

Die Neue Zürcher Zeitung hat einmal von Slim-Fit-Moral gesprochen. In Österreich wasche eine Hand die andere, und werde einmal etwas öffentlich, waschen sich alle Hände in Unschuld. Ich möchte, dass die österreichische Politik dieses Bild weder international und schon gar nicht gegenüber der eigenen Bevölkerung abgibt.

> ***„Vertrauen muss man sich verdienen. Es ist unsere verdammte Pflicht als Politiker*innen alles dafür zu tun“***

Wir Grüne haben daher versucht, diesen ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss von Anfang an als Vertrauens-Rückholaktion anzulegen. Wer, wenn nicht die Politik, muss den eigenen Laden sauber halten. Zum Aus-Den-Fehlern-Lernen gehört die genaue Aufarbeitung der Vergangenheit dazu. Es muss jemand politische Verantwortung dafür übernehmen, wenn die Republik als Selbstbedienungsladen missbraucht worden ist.

Niemand hat behauptet, dass Kontrollarbeit ein Wellnessurlaub ist. Im Gegenteil: Wir hämmern, wir sägen, wir reißen ein, bis das Fundament freigelegt ist, und wir es sanieren können. Das Fundament für das Vertrauen in unsere Demokratie, in unsere Gesellschaft.

> ***„Niemand hat behauptet, dass Kontrollarbeit ein Wellnessurlaub ist.“***

Unsere Werkzeuge sind die Recherche, das Aktenstudium, die Befragung. Aktenseite für Aktenseite wollen wir das Vertrauen zurückgewinnen.
So ein Projekt kann selbstverständlich immer nur im Team bewältigt werden. Deshalb bedanke ich mich aus tiefstem Herzen bei meinem Kollegen David Stögmüller – meiner besseren Hälfte im U-Ausschuss, den beharrlichen und ebenso unermüdlichen Mitarbeitern*innen: Hermann Dummer, Jasmin Lang, Florian Richter, Roland Spitzlinger und Maximilian Wolf sowie Angelika Höritzauer und Wolfgang Niklfeld für die tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung dieses Berichts.

Nina Tomaselli
Grüne Fraktionsführerin
im U-Auschuss

PROTOKOLL EINER GROSSEN TÄUSCHUNG

DER GRÜNE FRAKTIONSBERICHT ZUM ÖVP-KORRUPTIONSUNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

VORWORT - DIE REPARATUR DES VERTRAUENSVERLUSTES 3
DER U-AUSSCHUSS IN ZAHLEN 6
EINE TOOLBOX FÜR TRICKSER 10

KAPITEL 1 **Die Inseratenaffären** 12
Das Beinschab-Tool, das Kurz sein Amt kostete 13
Exkurs: Ein Bericht der Internen Revision, der viele Fragen aufwirft 15
Das Vorarlberger Wirtschaftsbundtool 16
250.000 Euro Wahlkampfspritze im Tiroler VP Magazin 20
Öffentliche Inseratengelder für die Tiroler Jungbauern 21
Der Inseratengoldesel Bauernzeitung 22
BMI Inserate für die Gemeinderäte der Niederösterreichischen ÖVP 24

KAPITEL 2 **Aufträge für befreundete Unternehmen** 26
Marktnewcomer Demox research wird türkiser Großauftragsnehmer 27
Eine Pressekonferenz für 28.000 Euro 29
Zuerst die Rechnung, dann das Angebot: Schramböcks Sonderregeln für Campaigning Bureau 30
McKinseys Klimaschutzweisheiten für 128.000 Euro 31
Ein Staatsfonds für die superreichen Freunde 32

KAPITEL 3 **Spezialbehandlung für Superreiche** **34**
Rundum-Wohlfühlprogramm für Siegfried Wolf 35
Politische Einflussnahme auf Wolfs Steuerverfahren 36
Sanktionsliste: "Lieber Sebastian!" 38
Optimal entspannt: Die Charmeoffensive für René Benko 39
Das steuerschonende Insichgeschäft Tuchlaubenkomplex 40
Luxusresidenz, Jacht und Munition als steuerschmälernde Betriebsausgaben 42
Keine Steuern: Benkos Privatjet, den er an sich selber vermietet 42
Schmid „kümmerte" sich auch in der Steuersache M'Management 43
Für Benko sperrt das Grundbuch auch am Feiertag auf 44
Eine ungewöhnliche Einstellung in der Causa Chalet N 44
Alles für den Spender: Wald gerodet und umgewidmet 46
Die wandelbare Meinung in der Steuerangelegenheit Erwin-Pröll-Stiftung 48
Steuerverfahren Stadtpalais der Liechtensteins: Schmid-Chats weisen auf Interventionen hin 49
Der Fall Pierer: Die rechtswidrige Maulwurfsuche im Finanzministerium 50
Exkurs: Immer wieder Edi Müller *51*

KAPITEL 4 **Postenschacher** **52**
Luxusgehälter für Teilzeitjobs, Boni und Dienstwagen für Bernhard Perner 53
Ein ÖVP-Bürgermeister für das Finanzamt Braunau 56
Das Kloibmüller-BMI als Personalvermittlungsbüro 57
Wie mit Marek zwei unbequeme Staatsanwältinnen verhindert wurden 59
„Wir brauchen einen Job für Gabriele Tamandl." 60

KAPITEL 5 **Kuschelkurs mit Putin** **62**
Die Goldene Hochzeit mit dem Gasknebelvertrag 63
Türkis-Blaue Unterstützung für die OMV-Strategie 64
Die guten Wirtschaftsbeziehungen dürfen wegen Nawalny nicht gestört werden 64
Im Fokus standen gute Geschäfte mit Russland 65
Platters Russland-Reisen 66
Wallners Trip nach Moskau 66
Exkurs: Wie Putin-Versteher und Kurz-Freund Sigi Wolf die Russland-Politik prägte 67

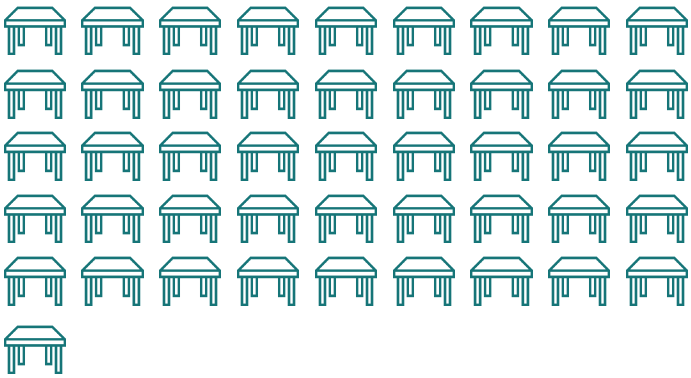
EIN BLICK ZURÜCK, EIN BLICK NACH VORN **69**

IMPRESSUM: Grüner Klub im Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien, Druckerei: Druck & Medienwerk GmbH

DER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS IN ZAHLEN

42
Befragungstage

46 Sitzungen[1]



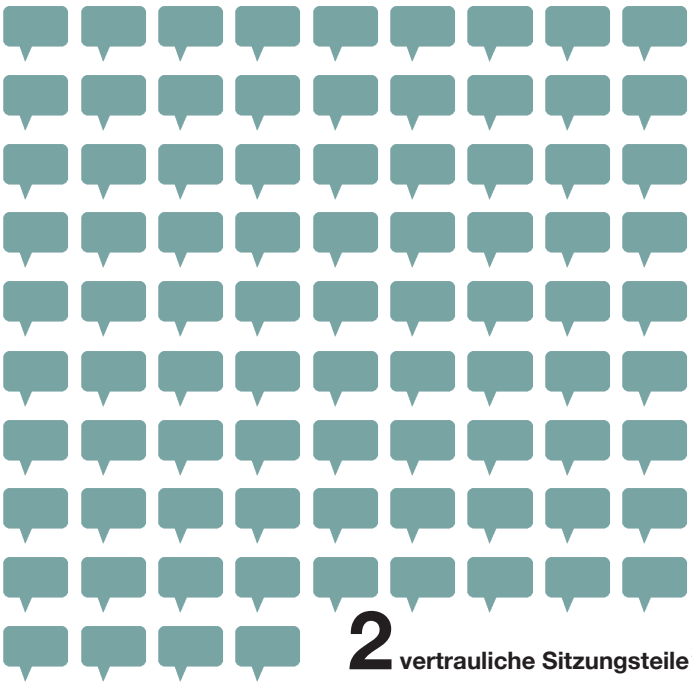
Befragungszeit

218 Stunden 48 Minuten

Sitzungsunterbrechungen

27 Stunden | 13 Minuten

85 Befragungen



2 vertrauliche Sitzungsteile[2]

Dokumente[3]

26.500.000

Seiten an Akten und Unterlangen wurden an den Untersuchungsausschuss geliefert

719.773 elektronische Dateien

mit 1,7 Terabyte (TB) Datenvolumen

- 715.024 Dokumente
- 25.016.094 Seiten

2.160 Papierordner

mit 1.454.774 Seiten

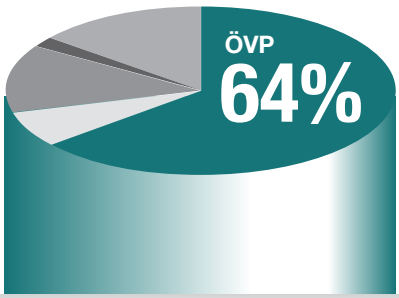
- Stufe 2 (vertraulich): 1.878 Ordner mit 1.320.008 Seiten
- Stufe 3 (geheim): 276 Ordner mit 133.872 Seiten
- Stufe 4 (streng geheim): 6 Ordner mit 894 Seiten

363 ergänzende Beweisanforderungen und Beweiserhebungen (Beschlüsse und Verlangen)

Wie die ÖVP Befragungen mittels Geschäftsordnungsmeldungen verzögerte anhand von drei Beispielen:

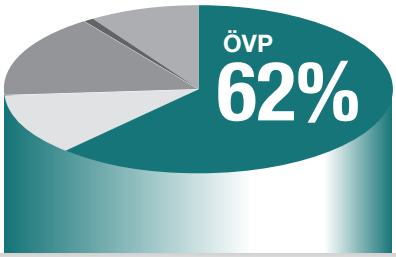
Befragungstag Mikl-Leitner: [8]
91 Geschäftsordnungsmeldungen
davon

ÖVP 64%
FPÖ: 14%
SPÖ: 13%
Grüne: 7%
NEOS: 2%



Tiroler Befragungstag mit Malaun, Geisler und Traxl: [9, 10, 11]
283 GO-Meldungen
davon

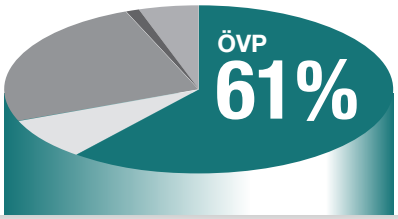
ÖVP 62%
SPÖ: 16%
Grüne: 12%
FPÖ: 9%
NEOS: 1%

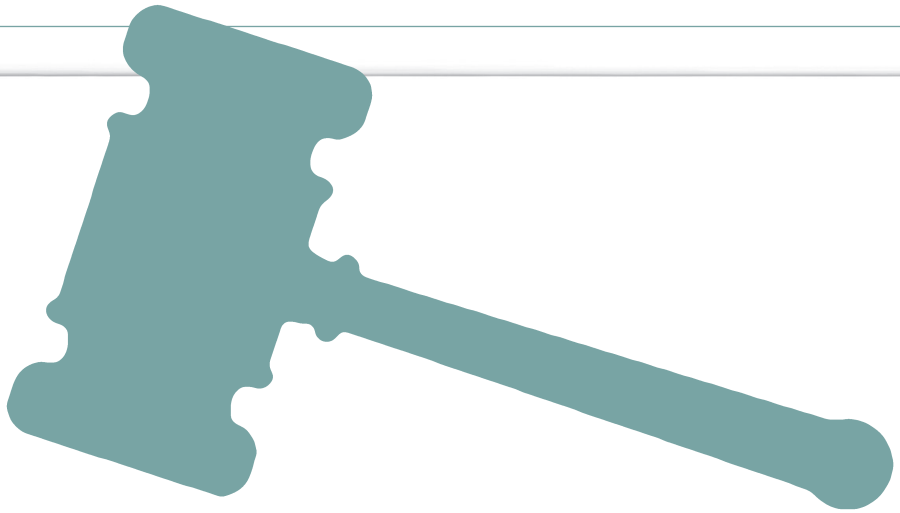


Befragungstag Befragung Nehammer: [12]
129 GO-Meldungen,
davon

ÖVP 61%
SPÖ: 25%
Grüne: 8%
FPÖ: 5%
NEOS: 1%

Die Zeit von Nehammers Befragung teilt sich **51%** der Zeit GO-Debatten, **30%** Auskunftsperson, **19%** Fragen [13]





Verfahren[4]

19 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof

1 Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof

8 Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht

- 3 Beugestrafen wegen Nichterscheinens von Auskunftspersonen
- 1 Beugestrafe wegen fortgesetzter ungerechtfertigter Verweigerung der Aussage durch die Auskunftsperson Thomas Schmid

39 Rügen (Aufforderungen gem. § 27 Abs. 4 VO-UA)

95 Anträge

der ÖVP am VfgH wurden **abgelehnt** (100%)

Kameraschwenks

Kameraschwenks bei (Ex-)Minister*innen & Landeshauptleuten[14]

47% der Minister*innen ließen Kameraschwenk zu

0% der Landeshauptleute ließen Kameraschwenk zu

Minister*innen: **47 %** ließen Kameraschwenk zu, **53 %** verweigerten

Vergleich:
- BVT-U-Ausschuss: **91%** stimmten Kameraschwenk zu
- Ibiza-U-Ausschuss: **95%** stimmten Kameraschwenk zu

Landeshauptleute: **0 %** ließen Kameraschwenk zu, **100 %** verweigerten

3

Anzahl der der Fraktionen, die **Sebastian Kurz** befragen konnten:

von 5 **60%**

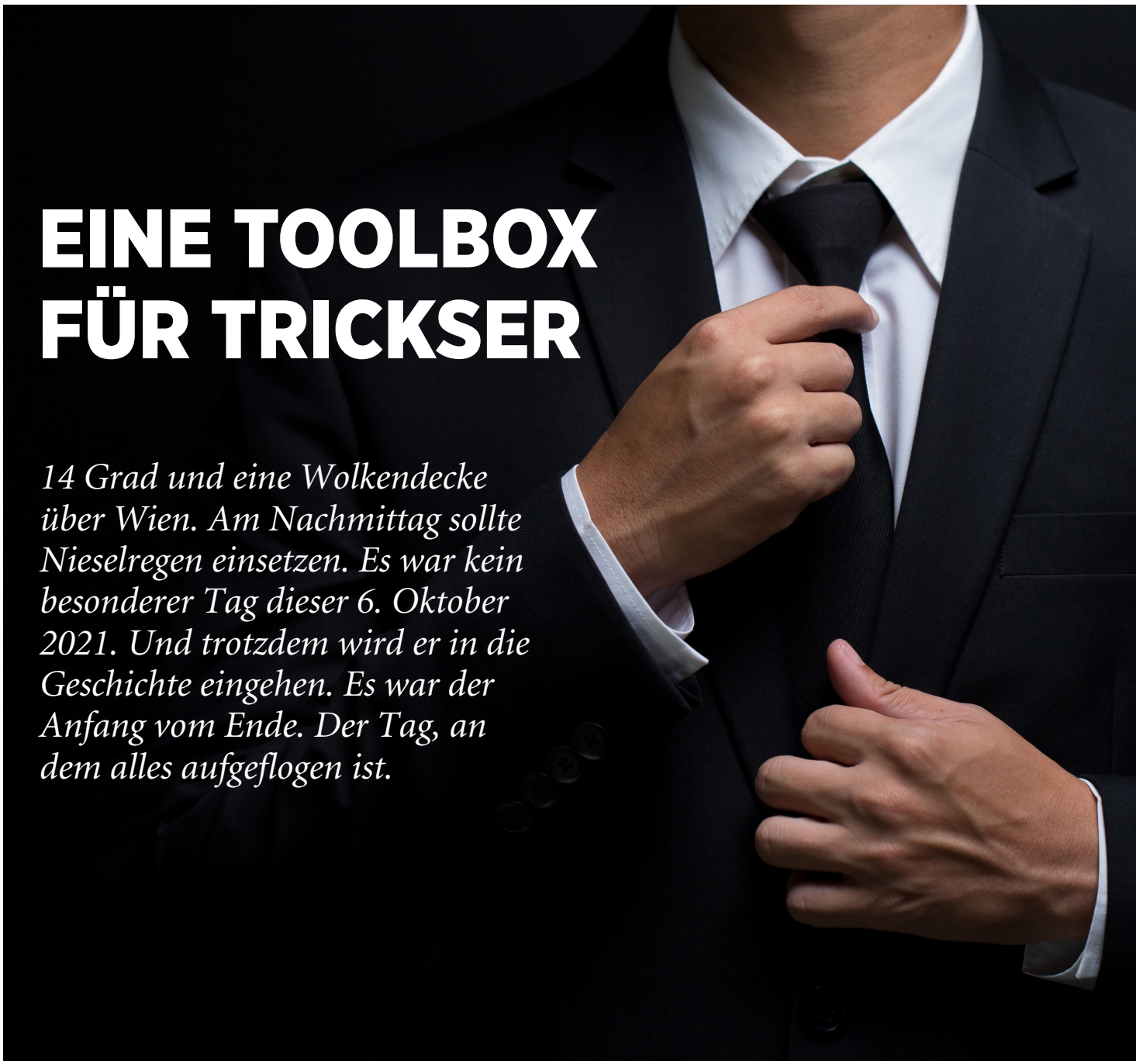
Auskunftspersonen [5]

Der Zeugenschwund

Es wurde das Nichterscheinen von insgesamt **18** Auskunftspersonen ein- oder mehrmals festgestellt

Thomas Schmid ist 3 Mal nicht erschienen

- **82 Auskunftspersonen**
  - 3 Personen wurden doppelt befrag
  - 18 Frauen
  - 64 Männer
- **Beruf** [6]
  - 2 (ehem.) Bundeskanzler
  - 12 (ehem.) Minister*innen
  - 3 (ehem.) Abgeordnete
  - 2 Landeshauptleute
  - 4 Landtagsabgeordnete
  - 4 Staatsanwält*innen [7]
  - 40 Beamt*innen



EINE TOOLBOX FÜR TRICKSER

14 Grad und eine Wolkendecke über Wien. Am Nachmittag sollte Nieselregen einsetzen. Es war kein besonderer Tag dieser 6. Oktober 2021. Und trotzdem wird er in die Geschichte eingehen. Es war der Anfang vom Ende. Der Tag, an dem alles aufgeflogen ist.

Viele Österreicherinnen und Österreicher waren zu diesem Zeitpunkt mit Tagen, an denen alles auffliegt, schon bestens vertraut. Rund zwei Jahre zuvor, am 17. Mai 2019, hat das Ibiza-Video die Republik gehörig ins Wanken gebracht. HC Strache und Johann Gudenus verabschiedeten sich von der politischen Bühne. Doch was die Öffentlichkeit damals noch nicht wusste: Ein kleiner Machtzirkel rund um Sebastian Kurz war längst dabei, das prahlerische Gerede von HC Strache im Ibiza Video still und heimlich in die Tat umzusetzen. Höchst professionell, bis zur Unkenntlichkeit gestylt und auf Hochglanz getrimmt. Eine fast perfekte Täuschung. Aber eben nur fast.

Am 6. Oktober 2021 führte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) richterlich genehmigte Hausdurchsuchungen an mehreren Adressen in Wien durch. Darunter die ÖVP-Parteizentrale, das Kanzleramt, das Finanzministerium und die Räumlichkeiten der Mediengruppe Österreich. Drei Tage später, am 9. Oktober 2021, trat Sebastian Kurz als Bundeskanzler zurück, blieb jedoch Bundesparteichef und wurde Klubobmann seiner Partei im Nationalrat. Am 2. Dezember 2021 zog er sich komplett aus der Politik zurück. Daraufhin setzte der Nationalrat am 9. Dezember 2021 den ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss ein. Dieser soll die politische Verantwortung für das große Täuschungsmanöver klären. Ob Sebastian Kurz

Foto: Adobe

und seine türkise ÖVP Straftaten begangen haben, untersucht hingegen die unabhängige Justiz. In den in diesem Bericht geschilderten Sachverhalten und Verdachtslagen gilt für alle daran beteiligten Personen die Unschuldsvermutung.

Ab Dezember 2021 wurde die Episode „Kurz“ noch einmal aufgerollt. Was ist denn eigentlich passiert?

Ein kleiner, türkiser Machtzirkel rund um Sebastian Kurz hat das ganze Land getäuscht. Wie haben die jungen Männer das gemacht? Sie haben jedes gesetzliche Schlupfloch genutzt und sich vor allem folgender Methoden aus der türkisen Toolbox bedient:

1. **Sie haben manipuliert.** Und zwar nicht nur die eigenen Parteifreunde, sondern die gesamte Bevölkerung. Mit frisierten Umfragen in Medien und mit Steuergeld finanzierten Inseraten in der ÖVP nahestehenden Mitgliedermagazinen. Das sogenannte „Beinschab Tool“ hat landesweite Bekanntheit erlangt. Mit ihrer in Chats belegten „Wer zahlt schafft an“-Attitüde, wollten sie sich positive Berichterstattung kaufen.

2. **Sie haben Postenschacher betrieben** und versucht, die Republik zu einem Selbstbedienungsladen umzubauen. Thomas Schmid und sein Aufstieg zum ÖBAG-Chef ist das prominenteste, doch bei weitem nicht das einzige Beispiel. Kompetente Bewerber*innen für wichtige, öffentliche Jobs wurden verhindert, um eigene, „steuerbare“ Leute zu installieren.

3. **Sie haben sich um eine Spezialbehandlung für Superreiche gekümmert.** Da wurde dem Unternehmer Sigi Wolf ein satter Steuernachlass genehmigt, nachdem dieser mehrmals interveniert hatte. Aber auch um den prominenten Investor René Benko hat man sich aufopfernd gekümmert. Seine Strategie, aus Luftschlössern überbewertete Paläste zu bauen, hat das Finanzministerium mit Thomas Schmid serviceorientiert unterstützt.

4. Mit ihrer **Russland-Politik** haben Kurz und sein Machtzirkel Österreich in eine **gefährliche Situation** manövriert. Während der herrschenden Energiekrise wird das immer deutlicher. Der Russland-Kuschelkurs blieb auch im U-Ausschuss lange unentdeckt. Bis September.

Manches davon ist strafbar, anderes wird vor einem Gericht vielleicht nicht zu einem Schuldspruch führen. Politisch und moralisch abzulehnen sind die Methoden des Machtzirkels um Sebastian Kurz jedoch allemal. Warum? Weil sich die Österreicherinnen und Österreicher auf die Politik verlassen wollen. Sie sollen sich darauf verlassen können, dass die Berichterstattung stimmt und nicht gekauft ist; dass die besten Köpfe für das Land arbeiten und nicht die besten Freunde einer kleinen Clique. Und sie sollen sich darauf verlassen können, dass alle gleichbehandelt werden und jede Person ihren fairen Beitrag in Form von Steuern leistet.

Die Grünen haben sich in diesem U-Ausschuss zum Ziel gesetzt, die Schlupflöcher im System zu identifizieren, sie abzudichten und durch konsequente, akribische Aufklärungsarbeit einen Beitrag dazu zu leisten, das Vertrauen in die Politik wieder zurückzugewinnen.

DIE INSERATENAFFÄREN

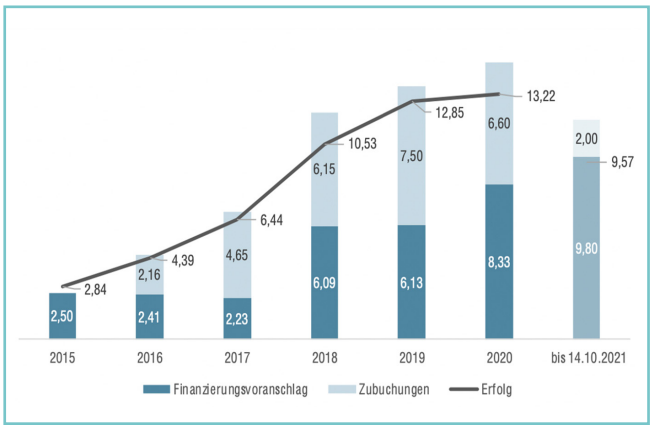
Das Bekanntwerden des „Beinschab-Österreich-Tools“ erschütterte Österreich und seine politische Landschaft bis ins Mark. Es führte zum Rücktritt von Bundeskanzler Sebastian Kurz und in weiterer Folge zum Ausscheiden weiterer diesem besonders nahestehender Minister*innen wie Gernot Blümel, Margarete Schramböck oder Elisabeth Köstinger.

Im Untersuchungsausschuss wurden zahlreiche äußerst fragwürdige Inseratenvergaben beleuchtet. Dabei zeigte sich, dass auch abseits des „Beinschab-Österreich-Tools“, das im Zentrum der Ermittlungen gegen Kurz und einige seiner engsten Vertrauten steht, Inserate offenbar systematisch dazu verwendet wurden, um öffentliche Gelder an ÖVP-nahe oder gar ÖVP-Teilorganisationen zu schleusen.

Dabei wurden regelmäßig objektiv weit überteuerte Preise bezahlt, oft für Kampagnen ohne erkennbaren Informationsgehalt. Die Inserate wurden regelmäßig nicht von den an sich zuständigen Fachabteilungen, sondern direkt aus den politischen Kabinetten in Auftrag gegeben.

Letztlich bleibt das Bild eines unverantwortlichen Umgangs der betreffenden ÖVP-Verantwortlichen mit fremden Geld, namentlich mit Steuergeld. Dieses wurde über den Umweg von Inseraten regelmäßig dazu verwendet, ÖVP Teilorganisationen indirekt finanziell zu unterstützen und damit Parteiwerbung für die ÖVP aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Die Inseraten-Kostenexplosion im Finanzministerium



Übersicht: Inseratenausgaben im Bundesfinanzministerium laut Bericht der Internen Revision[20]

Die Auswertung durch die Abteilung der Internen Revision zeigt eine massive Steigerung des Inseratenbudgets im Finanzministerium von anfangs 2,84 Millionen auf das Vierfache im Jahr 2020 mit 13,22 Millionen Euro. Ab dem Jahr 2016 wurde das vorgesehene Budget regelmäßig massiv - mit bis zu 200 Prozent - des Planwertes überschritten. Die Begründung für diese Millionenzahlungen erfolgte auf Basis von kurzen, nicht verakteten Mails. Für Budgetüberschreitungen von zehn Millionen Euro lag laut IR-Abteilung kein konkreter Zweck vor.[21]

Die Entwicklung der Inseratengelder in den Türkisen Ministerien

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
BKA[15]	2.621.647	2.376.909	2.278.728	3.533.921	1.376.915	21.385.534	20.257.450	**53.831.104**
BMF	134.629	1.788.151	3.562.063	7.224.535	7.374.701	8.878.626	6.907.539	**35.870.246**
BMI	1.264.589	2.524.151	2.898.431	2.441.249	1.330.475	3.302.895	2.670.346	**16.432.139**
BMEIA[16]	1.207.486	1.257.759	1.561.494	308.073	430.222	894.985	1.026.026	**6.686.049**
BMDW[17]	769.330	668.426	911.484	1.547.684	1.823.925	2.525.166	2.175.793	**10.421.811**
BMLRT[18]	1.253.717	1.104.851	1.619.758	933.521	900.722	1.115.940	951.385	**7.879.897**
Gesamt	**7.251.401**	**9.720.249**	**12.831.960**	**15.988.985**	**13.236.963**	**38.103.148**	**33.988.542**	**131.121.248**

Auswertung aus der Medientransparenzdatenbank[19]

DAS BEINSCHAB-TOOL, DAS KURZ SEIN AMT KOSTETE

Die ÖVP-Zentrale am 7. Oktober 2021 im Zuge der Hausdurchsuchung

„Ich habe dieses Tool für KURZ umgesetzt“[22]. Thomas Schmid hat nach eigener Aussage das sagenumwobene „Beinschab-Österreich-Tool“ für Sebastian Kurz entwickelt und umgesetzt, um ihn bei seinem Weg zur Kanzlerschaft und darüber hinaus tatkräftig mit vorteilhaften Umfragen zu unterstützen.

Das „Beinschab-Österreich-Tools“ besteht aus zwei Komponenten: Die erste Komponente ist die der Umfrageerstellung und Verrechnung. Die von Sophie Karmasin an Thomas Schmid vermittelte Sabine Beinschab, Geschäftsführerin des Marktforschungsinstituts *Research Affairs*, wurde von Schmid und Johannes Frischmann regelmäßig beauftragt, parteipolitische Inhalte abzufragen. Das legen nicht nur zahlreiche Chats nahe, sondern wird sowohl von Thomas Schmid als auch von Sabine Beinschab in ihren Beschuldigtenvernehmungen bestätigt.[23] Glaubt man Schmid, sind er und Frischmann dabei regelmäßig von Sebastian Kurz, Stefan Steiner und Gerald Fleischmann instruiert worden.[24] Die Ergebnisse wurden nach den Aussagen von Schmid je nach Bedarf frisiert[25], in Tageszeitungen[26] veröffentlicht und anschließend mit angeblich vom Finanzministerium beauftragten Studien von Johannes Pasquali mit Scheinrechnungen verrechnet.[27] Nach Aussage von Beinschab habe Karmasin dabei mitverdient.[28] Gezahlt haben die Steuerzahler*innen.

Die zweite Komponente besteht aus dem redaktionellen Einfluss und der Veröffentlichung der Umfragen in der Tageszeitung Österreich. Als Gegenleistung hatten die Herausgeber Helmuth und Wolfgang Fellner, so Schmid, *„einen Fuß in der Tür im BMF“*, also Zugang zu Inseratenbuchungen und Studien.[29]

Verbindet man beide Komponenten, wurde nicht nur ein politisch mächtiges Instrument zur Stimmungsmache geschaffen, sondern mutmaßlich zahlreiche strafrechtliche Tatbestände erfüllt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt wegen Untreue, Bestechung, Bestechlichkeit, Geldwäscherei und Verantwortung nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz. Beschuldigte sind Sebastian Kurz, Thomas Schmid, Sophie Karmasin, Sabine Beinschab, Johannes Frischmann, Johannes Pasquali, Stefan Steiner, Gerald Fleischmann, Wolfgang Fellner, Helmuth Fellner, die Mediengruppe Österreich und die Österreichische Volkspartei.[30] Manchen der Beschuldigten, darunter Ex-Kanzler Kurz, droht eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren.

Foto: apa/Alex Halada

Beinschab-Tool nur von der SPÖ kopiert?

Das Beinschab-Österreich-Tool sei nach Aussagen von Schmid eine Art Weiterentwicklung eines SPÖ-Umfragetools gewesen.[31] Sophie Karmasin hätte damals für die Sozialdemokrat*innen Umfragen durchgeführt und änderte auf Wunsch die Ergebnisse innerhalb der Schwankungsbreite, ehe sie in der Tageszeitung *Heute* veröffentlicht wurden.[32] Als Schmid Kurz davon erzählte, soll er von ihm den Auftrag erhalten haben, ein solches *„Tool, wie es die SPÖ gehabt hatte, aufzubauen."*[33] Seiner Erinnerung nach war das bereits vor März 2016.[34] Weil Kurz aber zu diesem Zeitpunkt nicht Parteiobmann der ÖVP war, konnten die Umfragen nicht wie im Falle der SPÖ aus der Parteikasse, sondern nur mit Steuergeld bezahlt werden. Thomas Schmid beschreibt vor der WKStA die Situation so: *„Es war ganz klar, dass ich das nicht aus meiner eigenen Tasche bezahlen würde, KURZ war damals noch nicht Parteiobmann und hatte keine finanziellen Mittel [...] das war ihm klar."*[35]

> **„Kurz war davon fasziniert."**
> **Thomas Schmid, geständiger Beschuldigter**

Meinungsforscherin Karmasin an Bord

Kurz soll Schmid beauftragt haben, *„mit KARMASIN darüber zu reden und so etwas Ähnliches aufzusetzen"*.[36] Diese war nach der Erinnerung von Schmid *„bei der Umsetzung sofort an Bord und auch sehr engagiert"*.[37] Weil Karmasin als Familienministerin keine Umfragen machen durfte, schlug sie angeblich vor, *„dass BEINSCHAB diese Umfragen machen"* und *„eine Kooperation mit der Mediengruppe ÖSTERREICH und den FELLNERS entstehen soll"*.[38]

Beinschab behauptet, dass Karmasin *„20%"* vom Umsatz *„bei jeder einzelnen Beauftragung"* bekommen hat.[39]

Ex-Ministerin Karmasin soll laut Beinschab mit 20 Prozent beteiligt gewesen sein.

Für Wolfgang und Helmuth Fellner soll es laut Schmid *„eine Gegenleistung des BMF"* in Form von *„Sonderbeilagen und Inseraten"* gegeben haben.[40]

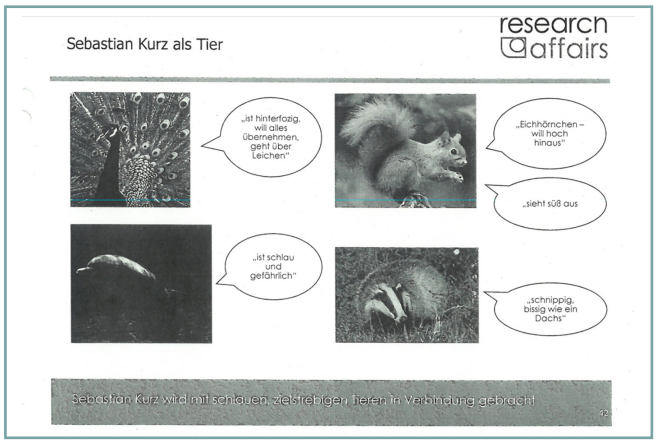
Die Bevölkerung und die eigene Partei getäuscht

In der ersten Phase von 2016 bis 2017 ging es nach Schmid darum, *„dass man einen möglichst tiefen und schlechten Stand der ÖVP als Partei unter MITTERLEHNER und besondere Beliebtheitswerte von KURZ darstellen wollte"*. Mit gefakten Umfragen sollten die eigenen ÖVP-Parteimitglieder getäuscht werden.[41] In den nächsten Phasen – nach der türkisen Machtergreifung durch Kurz – dienten die verfälschten Umfragen dazu, Stimmung für Kurz und gegen seine politischen Mitbewerber zu machen.[42]

> **Die Faszination des Geldes: „Wer zahlt schafft an [...] ich liebe das"**
> **Thomas Schmid**

Fragwürdige Beinschab-Studien mit Forschungsförderungsmitteln finanziert

Ist Sebastian Kurz ein *süßes Eichhörnchen* oder doch eher ein *hinterfotziger Pfau*? Und mit welcher Automarke ist die ÖVP am ehesten vergleichbar? Zu gut sind diese und andere wissenschaftlich zweifelhafte Fragestellungen von Sabine Beinschab in Erinnerung. Umso erstaunlicher, dass die WKStA in ihren Ermittlungsakten erwähnte, dass die Kosten von 587.400 Euro für 14 Studien von Sabine Beinschab zur Gänze aus Forschungsförderungsmitteln bezahlt wurden.[43]



Auszug aus der Beinschab-Studie *Wirtschaft- und Budgetpolitik*[44]

Sabine Beinschab – als Förderempfängerin – gibt in ihrer Einvernahme durch die WKStA an, über die Forschungsförderung nicht informiert zu sein.[45] § 1 Abs. 2 FOG normiert die Ziele der Förderung von Wissenschaft und Forschung durch den Bund. Ob diese Ziele durch die Studien von Sabine Beinschab erfüllt worden sind, ist zu-

Foto: Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

mindest zweifelhaft. Eine Überprüfung der wissenschaftlichen Qualität erfolgte allem Anschein nach nicht. Hannes Schuh, Leiter der Internen Revision, gab im Untersuchungsausschuss an, im elektronischen Aktensystem keine diesbezüglichen Vermerke gefunden zu haben.[46]

587.400 EUR
erhielt **Beinschab** aus der Forschungsförderung

Johannes Pasquali, der laut Ermittlungsakten als Leiter der Kommunikationsabteilung über die Mittel zur Förderung der Wissenschaft frei verfügen konnte, gab im Untersuchungsausschuss auf die Frage zur Fördermittelvergabe an Beinschab an, ihm sei das Thema bis zur Übergabe der Anordnung der Hausdurchsuchung nicht geläufig gewesen.[47] Unklar bleibt außerdem, ob es im Bundesfinanzministerium überhaupt eine Richtlinie zur Vergabe der Forschungsförderungsmittel gegeben hat. Generalsekretär und Leiter der Budgetsektion Dietmar Schuster hat dazu weder Wahrnehmungen noch „*Wissen zum internen Ablauf*".[48]

Exkurs: Ein Bericht der Internen Revision, der viele Fragen aufwirft

Wenige Tage nach der Hausdurchsuchung im Finanzministerium kündigte der damalige Finanzminister Gernot Blümel eine interne Revision innerhalb seines Hauses an, um die Vorwürfe zu entkräften.[49] Als Befreiungsschlag gedacht, präsentierte sein Nachfolger Magnus Brunner Mitte Dezember 2021 die verheerenden Ergebnisse der internen Revision und gab sich selbstkritisch: „*Das ist nicht der Standard, den ich anlege, und es entspricht auch nicht meinem Verständnis davon, wie mit Steuergeld umzugehen ist*". Außerdem werde Brunner das Inseratenvolumen zurückfahren.[50]

Nur mit einem Auge hingeschaut
Für den Untersuchungsausschuss interessant war vor allem die lange Liste an Dingen, die nicht geprüft worden sind. Die Interne Revision erstreckte sich neben Studien von Beinschab und anderen, nur auf Inserate in der Tageszeitung Österreich. Das heißt, dass keine andere österreichische Tageszeitung unter die Lupe genommen worden ist.[51] Ebenso nicht untersucht blieben Kampagnen oder Medienkooperationen. Fragen zu Inhalt oder Qualitätssicherung der Studien wurde ebenso keine Beachtung geschenkt.[52] Methodisch beschränkte sich die Untersuchung der internen Revision laut deren Leiter auf eine Aktenrecherche im ELAK, also im elektronischen Akt des Finanzministeriums. Befragungen wurden beispielsweise keine durchgeführt.[53] Den Prüfauftrag, der nach einer kurzen Besprechung mit dem Revisionsleiter auch Kabinettschef Clemens Wolfgang-Niedrist, Finanzminister Gernot Blümel und dem Präsidenten der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn, vorgelegt wurde, habe der damalige Generalsekretär Dietmar Schuster verfasst.[54]

Wo bleiben die Konsequenzen?
Im Bericht wird ein einziger der beteiligten Mitarbeiter des Beinschab-Tools namentlich genannt: Johannes Pasquali, der ehemalige Leiter der Kommunikation im Finanzministerium. Er wurde von Finanzminister Magnus Brunner suspendiert und ist offenbar bislang der einzige Mitarbeiter, für den die Causa Beinschab schwerwiegende dienstrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hat. Brunners Kabinettschef Niedrist[55], dem Leiter der Internen Revision[56] und Pasquali[57] selbst, waren zum Zeitpunkt ihrer Befragungen keine weiteren Personen aus dem Finanzministerium bekannt, gegen die disziplinarisch aufgrund der gefakten Umfragen und deren Finanzierung durch Steuergelder vorgegangen wurde. Zivilrechtliche Schritte zur Schadloshaltung seitens des Finanzministeriums sind nach öffentlicher Wahrnehmung keine gesetzt worden.

Lieber nicht zu viel Öffentlichkeit
Der Bericht der internen Revision wurde Mitte Dezember von Magnus Brunner auf einer eigenen Pressekonferenz präsentiert. Der vom BMF veröffentlichte Bericht hatte aber nur 18 Seiten, während der nicht veröffentlichte übermittelte „Anhang" 146 Seiten umfasste.[58] Die Entscheidung nur einen stark verschmälerten Bericht zur veröffentlichen, fiel nach Schuhs Schilderungen bei einer Schlussbesprechung zwischen Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist, Generalsekretär Dietmar Schuster, einer Sektionschefin und dem Präsidenten der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn.[59] Den Anhang habe er später „*mehr oder weniger auf eigenes Risiko*" der WKStA übermittelt.[60] Der Rechnungshof erhielt ihn trotz Aktenanforderung nicht.[61] Der Untersuchungsausschuss erhielt den vollständigen Bericht erst nach einer Rüge für den Finanzminister.

Im Ergebnis brachte der veröffentlichte Bericht also mehr Fragen als Antworten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Prüfauftrag für die Interne Revision seitens der Politik absichtlich eng gefasst wurde.

Die große Täuschung mittels Inseraten beschränkte sich keinesfalls nur auf die Bundesebene der türkisen ÖVP. Spätestens mit Bekanntwerden der Causa rund um den Vorarlberger Wirtschaftsbund war klar, dass sich das Millionengeschäft mit Inseraten der ÖVP auch auf Teil- und Landesorganisationen erstreckte. Schwer wiegt jedenfalls auch der Vorwurf, dass Steuern in Millionenhöhe nicht bezahlt wurden. Standard-Journalistin Lara Hagen fasst zusammen: „*Wenn einzelne Aspekte der Affäre auch komplex sind, könnte bei vielen (..) doch längerfristig hängen geblieben sein, dass es die Wirtschaftspartei ÖVP selbst nicht so genau genommen haben dürfte mit dem sauberen Wirtschaften. Und dass manche eben gleicher sind*“.[62]

Das System Wirtschaftsbundtool

Das Sammeln von Inseratengeldern rund um die Wirtschaftskammer wurde in Vorarlberg schon vor über 30 Jahren perfektioniert. 1988 wurde die Firma Media Team gegründet, deren Hauptaufgabe das Anzeigengeschäft der Wirtschaftskammerzeitung ist. Pikant: Ein Gutteil des Gewinns floss direkt in die Taschen des Wirtschaftsbunddirektors Walter Natter und später in die seines Nachfolgers Jürgen Kessler. 2013 beteiligte sich übrigens Russmedia.[63]

Gleichzeitig verlegte aber auch die Kammerfraktion Wirtschaftsbund eine eigene Zeitung. Es inserierten fast alle namhaften Unternehmen des Landes, Fachgruppen der Wirtschaftskammer, landeseigene Unternehmen und das Land Vorarlberg. Diese Einnahmen kamen zu 100 Prozent dem Wirtschaftsbund und damit der Vorarlberger Volkspartei zugute. Seit über 30 Jahren wussten sämtliche führenden Funktionäre der Wirtschaftskammer, die Spitzenpolitik, die Kontrollorgane und die Vorarlberger Medien über diese unzulässigen Verquickungen Bescheid.

2010 machte die Grüne Wirtschaft diese unlautere Praxis öffentlich. Es folgten Pressekonferenzen, Landtagsanfragen, Anträge an das Wirtschaftsparlament.[64] All das blieb ohne Wirkung: Die Landes-ÖVP verteidigte das für sie lukrative System, die Vorarlberger Medien berichteten kaum.

Berichte von Ö1 und Standard bringen den Stein ins Rollen

Im November 2021, ein Monat nach Auffliegen des Beinschab-Tools, berichteten das Ö1-Magazin Doublecheck und die Tageszeitung Der Standard über das Inseratensystem im Ländle mit dem bezeichnenden Titel: „*Die blinden Länder-Flecken*“.[65] Wie wir später den U-Ausschuss-Akten entnehmen konnten, waren genau jene Berichte Anlass für die Finanzprüfer*innen eine umfassende Steuerprüfung zu den Einnahmen in Millionenhöhe zu starten.[66] Das Bekanntwerden dieser Steuerprüfung im März 2022 ließ die Mauer des Schweigens bröckeln – politisch blieb kein Stein auf dem anderen. Es war der mutige Tischler Michael Stadler, der zur Hauptsendezeit in der Zib2 benannte, wie das Wirtschaftsbund-Tool der Vorarlberger Volkspartei funktionierte: „*Meist vor Wahlen wurden wir [die Fachgruppe der Tischler, Anm.] auf sehr penetrante Art drangsaliert für die Wirtschaftsbund-Zeitung Werbung freizugeben. Zuerst waren es 3600 Euro, dann 3000 Euro, was man offenlegen musste. [...] Mir ist das zwanzig Jahre im Magen gelegen weil das für mich nichts mit Werbung zu tun hat, sondern reine Parteienfinanzierung ist*“.[67]

Foto: Jochen Hofer / APA / picturedesk.com

> **„Meist vor Wahlen wurden wir auf sehr penetrante Art drangsaliert für die Wirtschaftsbund-Zeitung Werbung freizugeben."**
> **Schreiner Michael Stadler**

Wie die ÖVP davon profitierte

Die Inseratenpraxis erwies sich als Millionengeschäft. Die Erlöse aus Inseraten beliefen sich allein in den Jahren 2016 bis 2021 auf 4.508.853 Millionen Euro – wobei die Einnahmen anfangs jährlich rund 300.000 betrugen, und sich bis zum Wahljahr 2019 auf 1,3 Millionen Euro steigerten.[68] Wie gewinnbringend das Wirtschaftsbundtool ist, davon zeugen die Aktiendepots des Vorarlberger Wirtschaftsbundes, die mit fünf Millionen Euro gut gefüllt sind. Eine weitere Million ist außerdem auf diversen Sparbüchern zu finden.[69] Diese Millionen-Guthaben sind übrigens nach den üppigen Zahlungen an Provisionen, Geschäftsführung, Mitglieder und die Landes-ÖVP vorhanden.

5 Mio. Euro
im Aktiendepot – Die Konten sind noch immer gut gefüllt

Zunächst haben die Vorarlberger Volkspartei und ihr Parteiobmann Markus Wallner ein großes Geheimnis daraus gemacht, ob die ÖVP überhaupt Gelder und Leistungen vom Wirtschaftsbund erhalten hat. Diesbezügliche Medienanfragen wurden ignoriert, auch eine parlamentarische Anfrage im Landtag vom Dezember 2021 blieb unbeantwortet.[70] Als die Medienberichterstattung über die Steuerprüfung schon lief, räumte Wallner im März ein, dass in den Wahljahren 2014 und 2019 400.000 bzw. 500.000 Euro vom Wirtschaftsbund an die Landespartei überwiesen worden sind.[71] Aber auch diese Darstellung war nicht korrekt. Denn der Wirtschaftsbund hatte in der Selbstanzeige zwei Monate zuvor gegenüber dem Finanzamt eingeräumt, alleine an verschiedene Vorarlberger Gemeindegruppen der Volkspartei zwischen 2015 und 2020 weitere 357.500 Euro gezahlt zu haben. Mittlerweile hat der Vorarlberger Wirtschaftsbund eine Zuwendungsabgabe von 106.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2021 entrichtet.[72] Das heißt, alleine in diesen vier Jahren sind direkt über 700.000 Euro vom Wirtschaftsbund zur Vorarlberger Volkspartei geflossen.

700.000 Euro
flossen 2017-2021 vom **Wirtschaftsbund** zur ÖVP

Neben diesen Zahlungen sind weitere finanzielle Unterstützungen für Funktionäre insbesondere hinsichtlich Wahlkampfaktivitäten geflossen. Karlheinz Kopf kam 2017 in die Gunst eines Unterstützer-Briefes des Feldkircher Bürgermeisters für alle Haushalte, finanziert vom Wirtschaftsbund.[73] Roland Frühstück erhielt wiederum die Kosten für Gummibärchen ersetzt[74], und Christian Zoll wurde mit 4.000 Euro für den EU-Wahlkampf beschenkt.[75] 2019 wurden mehrere Events finanziert, das teuerste war ein Wahlkampfauftritt von Sebastian Kurz mit 11.000 Euro.[76]

Berge an Bargeld

Was höchst irritierend anmutet, sind die hohen Bargeldbeträge, die der Wirtschaftsbund transferierte. Teilweise wurden tausende Euro mit einem simplen Zettel ohne Rechnung oder genauer Angabe von Gründen an Personen übergeben. Die Wirtschaftslandesräte Karlheinz Rüdisser und Marco Tittler haben über die Jahre 6.500 Euro bzw. 2.000 Euro an Bargeldern erhalten. Die WKStA ermittelt. Der jeweilige Chauffeur wurde dabei regelmäßig beauftragt, von Bregenz nach Feldkirch in die Wirtschaftsbund-Zentrale zu fahren und 500 Euro in bar entgegenzunehmen.[77]

Der Chaffeur des Landesrats holte regelmäßig **500 Euro in bar** für seinen Chef ab

Herbert Motter, Leiter der Kommunikationsabteilung der Wirtschaftskammer Vorarlberg, der federführend bei der Erstellung des Wirtschaftsbund-Magazins tätig gewesen sein soll, soll mit seiner Frau gemeinsam zwischen 2016 und 2019 insgesamt 102.000 Euro erhalten haben, ohne dass nur eine einzige Rechnung vorliegt. Bis 2019 erfolgte die Überweisung ausschließlich an Eva Motter mit dem Vermerk „*Herbert Motter*". Zusätzlich erfolgte 2019 eine Auszahlung von 8.000 Euro und 2020 von 10.000 Euro in bar. Steuern wurden für diese Beträge mutmaßlich keine abgeführt.[78]

Für Verwunderung sorgte außerdem, dass laut der Wirtschaftsbund-Buchhaltung das Rote Kreuz in Dornbirn zwischen 2018 und 2020 4.500 Euro an Spenden in bar erhalten haben soll. Als die Vorarlberger Nachrichten dort nachfragten, wurde dies verneint. Kessler räumte später gegenüber dem Finanzamt ein, die Bargeldbeträge für das Rote Kreuz für eigene Ausgaben herangezogen zu haben.[79]

Umstrittener Wirtschaftsbunddirektor Jürgen Kessler. Er gab an 4.500 Euro fürs Rote Kreuz zu spenden. Die Beträge kamen nie dort an.

Selbstbedienungsladen

Das Wirtschaftsbund-Tool hielt sich wohl auch deshalb so lange, weil viele gut daran verdienten. Wer richtig gut daran verdiente, ist mit Sicherheit der Direktor des Wirtschaftsbundes Jürgen Kessler und sein Vorgänger Walter Natter. Diese erhielten zu ihrem gewöhnlichen Direktorengehalt – im Fall von Kessler sind das 8.600 Euro monatlich – 15 Prozent an Provision von den Bruttoerlösen der Wirtschaftsbundzeitung. Im Rekordjahr 2019 waren das allein 190.000 Euro.[80]

Kessler erhielt im Jahr 2020 außerdem ein zinsloses Darlehen über 250.000 Euro, das ähnlich wie die Bargelder auf einem lapidaren Zettel ohne Besicherung, ohne Verzinsung und mit einer vagen Formulierung zu Rückzahlungsmodalitäten festgehalten wurde.[81] Walter Natter hingegen ließ sich die Beiträge zu seiner Lebensversicherung vom Wirtschaftsbund finanzieren. 2016 wurden 24.000 Euro an die Donauversicherung geleistet, der Kontoauszug dazu wurde händisch ausgebessert und mit „*Gemeindevertretungswahl 2015*" versehen. Insgesamt geht es laut Selbstanzeige von Natter um 72.000 Euro an Versicherungsprämien.[82] Natter dürfte in der Pension mutmaßlich auch ein Auto gratis erhalten haben. Ein Jahr nach dem Kauf des 60.000 Euro teuren Fahrzeugs, wurde Natter eine Rechnung über 33.000 Euro gestellt, gezahlt wurde sie offenbar nie.[83] Jürgen Kessler überwies sich 2020 rund 30.000 Euro für ein Auto, stellte dem Wirtschaftsbund Kilometergeld und Service aber dennoch in Rechnung.[84]

Den Abrechnungsmöglichkeiten der gut gefüllten Spesentöpfe sind an Kuriosität, so scheint es, keine Grenzen gesetzt. Karlheinz Rüdisser ließ sich zum Beispiel ein Zeitungsabo genauso wie Weihnachtsessen über jeweils 2.000 Euro finanzieren.[85] Der Wirtschaftsbund kaufte reichlich Illy-Kaffee und beschenkte damit die Büros der Wirtschaftslandesräte, die Wirtschaftskammer und die SVA. Alleine für 2017 geht es um 11.000 Euro an Zuwendungen in Form von Kaffeebohnen.[86] Für eine Fraktion der Wirtschaftskammer, die sich durch Pflichtbeiträge finanziert, ergibt sich laut den Untersuchungsausschuss-Akten ein durchaus widersprüchliches Verhältnis zur Kammerumlage: Jürgen Kessler hat die Kammerumlage seines Unternehmens dem Wirtschaftsbund in Rechnung gestellt, der Wirtschaftsbund selber hat keine Kammerumlage entrichtet, was Teil der Steuerprüfung wurde.[87]

Kaffeebohnen für den
Wirtschaftslandesrat.
Der Wirtschaftsbund war großzügig.

Gegengeschäfte für Inserate

Das Wirtschaftsbund-Magazin ist insbesondere unter der Führung von Jürgen Kessler zu einem dicken Magazin herangewachsen, das zur Hälfte aus Inseraten bestand. Der Informationsgehalt beschränkte sich auf politisches Geplänkel einer Parteizeitung.[88] Die Fragen der Grünen im Untersuchungsausschuss: *„Haben Sie Wahrnehmungen dazu, wieso zahlreiche Unternehmen in Vorarlberg, die Exportquoten weit über 50 Prozent haben, in einem Magazin inserieren, das nur 20.000 Mitgliedern in Vorarlberg zugänglich ist? Was will zum Beispiel ein Beschlägehersteller in*

Foto: Dietmar Stiplovsek / APA / picturedesk.com

einem Magazin für Vorarlberger Unternehmen?“, konnte Landeshauptmann Markus Wallner nicht schlüssig beantworten.[89]

> **„Was will ein internationaler Beschlägehersteller mit einem Inserat in einem Magazin für Vorarlberger Unternehmer?“**
> **Nina Tomaselli im U-Ausschuss**

Eine mögliche Erklärung könnte in den Steuergesetzen zu finden sein: So können Unternehmen die Ausgaben für Inserate als Betriebsaufwand steuerlich geltend machen, Parteispenden hingegen müssen komplett versteuert werden. Der Verein für Bodenfreiheit, der nach einer aufwändigen Recherche einen Zusammenhang zwischen Inseraten und Betriebserweiterungen im Jahr 2019 verortet hatte, stellte sich zumindest die Frage, ob sich die Unternehmen Rauch und Alpla durch Inserate im Wirtschaftsbund-Magazin eine positive Beurteilung ihrer Umwidmungen erhofften.[90] Alpla, die für 85.000 Euro inserierten, erzeugen übrigens Plastikverpackungen für andere Industrieriesen. Der zu Rauch gehörende Dosenhersteller Ball, der exklusiv und ausschließlich für Red Bull produziert, inserierte in dem Mitgliedermagazin über die Jahre für 40.000 Euro.[91]

Da die Suche nach potentiellen Kunden für die meisten Inserenten im Wirtschaftsbund Magazins recht vergeblich ist, hat das Geschäft mit den Inseraten mindestens – auf gut Vorarlbergerisch – ein *Geschmäckle.* Im Zuge der Berichterstattung über das Steuerverfahren wurden von einem Wirtschaftstreibenden per eidesstattlicher Erklärung auch strafrechtlich relevante Vorwürfe erhoben. Die Vorarlberger Nachrichten zitieren ihn mit „*[Wallner] hat gemeint: Wenn entsprechende Anliegen im Unternehmen gegeben sind, wo die öffentliche Seite unterstützen kann, werde sich die Politik entsprechend erkenntlich zeigen*“. Das sei etwa bei Betriebsbewilligungen der Fall.[92] Wallner bestreitet den Vorgang vehement. Die WKStA führt ihn seit Mai 2022 als Verdächtigen aufgrund dieser Causa.

Die Wirtschaftsbund-Causa blieb nicht folgenlos

Die Bargeld- und Inseratenwirtschaft des Wirtschaftsbundes hat zahlreiche Steuerverfahren nach sich gezogen. Der Wirtschaftsbund hat seit Beginn der Steuerprüfung 978.000 Euro an Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer und Zuwendungsabgabe nachgezahlt. Ob es sich um Steuerhinterziehung nach dem Finanzstrafgesetz oder gar Geldwäsche handelt, ist Teil von Ermittlungen. Beschuldigt sind jedenfalls Jürgen Kessler, Walter Natter, Hans Peter Metzler und der Wirtschaftsbund als Verband.[93] Die WKStA führt zudem den Interimsobmann des Vorarlberger Wirtschaftsbundes Karlheinz Rüdisser, sowie seinen Nachfolger in dieser Position, Marco Tittler, wegen des Verdachts auf verbotene Vorteilsannahme[94] als Beschuldigten. Darüber hinaus laufen Steuerprüfungen gegen zahlreiche Empfänger des Bargeldes.

Markus Wallner, beschuldigter Karlheinz Rüdisser mit seinem Nachfolger als Wirtschaftslandesrat und Obmann des Vorarlberger Wirtschaftsbundes Marco Tittler, ebenso beschuldigt. Hier bei einer Pressekonferenz 2016.

Der Rechnungshof erweiterte nach Bekanntwerden der Wirtschaftsbund-Causa die im Mai 2022 immer noch laufende Prüfung des ÖVP-Rechenschaftsberichtes. Der Rechnungshof vergleicht darin den Inseratenpreis des Wirtschaftsbundmagazins mit dem Inseratentarif des Bregenzer Gemeindeblattes, mit ähnlich hoher Aufläge und Qualität und kommt zum Schluss, dass die Differenz von 83 Prozent als unzulässige Parteispende zu qualifizieren ist. Folgt der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS) dieser Rechtsansicht, dann sind die Inserate der im öffentlichen Eigentum stehenden Unternehmen wie die der Hypo Vorarlberg, Illwerke oder WISTO als illegale Parteispenden an die ÖVP zu werten.[95] Unternehmen, die mehrheitlich dem Land Vorarlberg gehören, haben über die vergangenen Jahre im Wert von über einer halben Million in dem Magazin der Vorarlberger Volkspartei inseriert.

Politisch brachte das Scheinwerferlicht auf das Wirtschaftsbund-Tool auch Positives mit sich: Im Vorarlberger Landtag wurde mittlerweile ein strenges Parteiengesetz beschlossen. Gegenüber den Unternehmen im Einfluss des Landes wurde zudem ein Inseratenverbot in Parteizeitungen ausgesprochen. Im Herbst 2022 wurde ein für Wallner unvorteilhafter

Foto: VLK/Thomas Mair

Rechnungshofbericht veröffentlicht, der sich unter anderem mit fragwürdigen öffentlichen Aufträgen im Dunstkreis seines Regierungsbüros befasst.[96] Im Dezember 2022 kündigte Wallner nach dem für ihn turbulenten Jahr sogar den Start einer *Transparenzoffensive des Landes* an.[97]

Was jedenfalls offenbleibt, ist die politische Aufklärung im Vorarlberger Landtag. Trotz der immensen Tragweite des Skandals in der Vorarlberger Volkspartei, hat die dortige Opposition bis dato keinen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Und er hat doch mit Schmid gechattet ...

Wenige Tage nach den Hausdurchsuchungen im Bundeskanzleramt aufgrund der Beinschab-Causa, stellt Wallner auf Nachfrage im Gespräch mit vol.at fest: „*Ich habe nie mit Schmid gechattet*“.[98] Ein Jahr später finden sich im Akt zur Benko-Steuersache SMS von Wallner zu einer Steuerangelegenheit der Vorarlberger Illwerke. Er schreibt Schmid: „*Servus! Lösung gefunden in der Steuersache? Gruß Markus Wallner*“. Schmid antwortet ihm: „*Sind dabei!*“[99] Nicht nur Papier ist geduldig, auch Schmids Festplatte.

Titelblatt des mit Inseraten gut gefüllten VP-Magazins für alle Tiroler Haushalte[100]

250.000 Euro Wahlkampfspritze im Tiroler VP Magazin

Die Tiroler Volkspartei gibt monatlich das Magazin *VP News* heraus. Vor der Landtagswahl 2018 erschien zusätzlich noch das *VP Magazin Spezial*, welches an alle Tiroler Haushalte verschickt worden ist. Das Heft weist statt den üblichen 4 Seiten ganze 116 Seiten auf. Während in den *VP News* nicht inseriert wird, ist das *VP Magazin Spezial* zu einem Großteil mit Inseraten gefüllt: 63 Inserate vom Who is Who der Tiroler Unternehmen finden sich in der Spezialausgabe vor der Wahl.[101]

Die Schätzungen für die Einnahmen dieses einen Heftes belaufen sich auf 200.000 bis 300.000 Euro.[102] Die Abwicklung des Heftes machte eine im Alleineigentum der Tiroler ÖVP stehende Gesellschaft, was dazu führte, dass es keine Transparenz und damit auch keine Rechenschaft über die Einnahmen aus dem Inseratengeschäft der Tiroler Volkspartei gibt. Landesgeschäftsführer Malaun, der gleichzeitig auch Geschäftsführer der erwähnten GmbH ist, gab sich vor dem Untersuchungsausschuss wortkarg. Er meinte bloß: „*Das kann ich Ihnen heute leider nicht mehr beantworten, das entzieht sich derzeit meinem Wissensstand*“.[103]

> **„Das kann ich Ihnen heute leider nicht mehr beantworten“,**
> **Geschäftsführer Malaun hat Erinnerungslücken, wenn es um die Einnahmen geht**

Darüber hinaus gibt das VP Magazin auch Aufschluss darüber, wie die politische Verbindung zwischen der ÖVP und dem Land Tirol gelebt wird: Landesbedienstete und Mitarbeiter*innen landeseigener Unternehmen traten laut Impressum als Autor*innen für dieses Magazin auf und beteiligten sich somit an Wahlwerbung der ÖVP Tirol.

Zu den zahlreichen Inserent*innen zählen auch Mitglieder der Tiroler Adlerrunde – jener Zusammenschluss Tiroler Unternehmer*innen mit beträchtlichem politischen Einfluss, die auch im Nationalratswahlkampf äußerst großzügig an die ÖVP gespendet haben: Mk Illumination von Adlerrunde-Präsident Klaus Mark, die Medalp von Alois Schranz, die Unterberger-Gruppe von Fritz Unterberger und die Belutti GmbH von Arthur Belutti. Auch zahlreiche Seilbahnen, wie die Söldner Bergbahnen, die Arlberger Bergbahnen, die Zillertal Arena und Axamer Lizum, haben im VP Magazin inseriert.[104] Mehrere inserierende Unternehmen, wie Rieder Bau Schwoich und iDM Wärmepumpen, erhielten Aufträge des Landes Tirol.[105]

Von **Medalp** bis **Seilbahnen**,
die Tiroler Adlerrunde ist bei den
Inserenten gut vertreten

Bei den Befragungen von Landesgeschäftsführer Martin Malaun und Vizelandeshauptmann Josef Geiser stellte sich jedoch heraus, dass diese keine Wahrnehmung zu Inseraten im VP Magazin Spezial hatten.[106] [107] Hinsichtlich diverser Verfahren der mittelbaren Bundesverwaltung von inserierenden Seilbahnunternehmen meinte Geisler: „*Natürlich hat man als Mitglied der Landesregierung Wahrnehmungen bei verschiedenen Verfahren. Wenn es nicht so wäre, wäre man wahrscheinlich fehl am Platz. Ich sehe aber keinen Zusammenhang mit dieser Liste an Interessenten oder Inseraten*“[108], auch Malaun hatte keine Wahrnehmungen dazu.[109]

Öffentliche Inseratengelder für die Tiroler Jungbauern - die nicht zur ÖVP gehören wollen

Das LOGO ist die Tiroler Landesausgabe der österreichischen Landjugendzeitung. Die Landjugend Österreich liefert dabei den Bundesteil, der in allen 8 Landesausgaben der Zeitschrift übernommen wird. Das Magazin erscheint 6 Mal jährlich mit einer Auflage von 14.100 Stück in Tirol.[110]

Pro Ausgabe belaufen sich die Inserateneinnahmen auf schätzungsweise 30.000 Euro, jährlich werden so also rund 200.000 Euro für den Bauernbund und damit die Tiroler Volkspartei lukriert.[111] In fast jeder Ausgabe inserieren dabei das Land Tirol, der Bauernbund (Forum Land Tirol), die Bauernzeitung sowie die Tiroler Versicherung, die statutarisch in enger Verbindung zum Land Tirol steht.

Das Land Tirol hat laut Medientransparenzdatenbank von 2016 bis 2021 acht Mal zu je einem Betrag von 6.095 Euro inseriert, also insgesamt um fast 50.000 Euro.[112] Auch das Landwirtschaftsministerium inserierte, nachdem 2017 im Auftrag des Tiroler Bauernbunddirektors um ein Inserat angefragt wurde.[113] Es handelte sich im Übrigen um die Ausgabe direkt vor der Nationalratswahl, deren Titelblatt komplett in türkis gehalten war.

Obwohl die Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend insbesondere in Hinblick auf die erhaltenen NPO-Förderungen ihre Unabhängigkeit von der ÖVP und dem Bauernbund beteuerte, hat sie dieselbe Anschrift wie der Tiroler Bauernbund und benutzt auch deren E-Mail-Endung @tiroler-bauernbund.at. Der Landesobmann der TJB/LJ Dominik Traxl meinte im Untersuchungsausschuss: „*Das Jungbauernsekretariat ist ja Teil der Landesorganisation und deswegen auch [...] Sektion des Tiroler Bauernbundes*“.[114]

> **„Finden sich die Inseratengelder der Tiroler Jungbauern im Rechenschaftsbericht?“**
> **Nina Tomaselli**

Als Sektion des Bauernbundes, einer Teilorganisation der ÖVP, müssten die Inserateneinnahmen im Rechenschaftsbericht angeführt sein. 2019 erzielte der Österreichische Bauernbund rund 205.000 Euro an Einnahmen aus Sponsoring und Inseraten[115], wobei allerdings alle Einnahmen des Bauernbundes und der Landjugend österreichweit erfasst sein müssten. Dass daher die geschätzten Einnahmen von 200.000 Euro der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend darin angeführt sind, erscheint eher unwahrscheinlich. Spannend ist in dieser Hinsicht auch, dass die Magazine aus den Jahren 2018 und 2019 nicht mehr auf der Webseite abrufbar sind; just seitdem die Thematik im Untersuchungsausschuss beleuchtet worden ist.

Der Landesobmann der Tiroler Jungbauernschaft/Landjugend, Dominik Traxl, konnte im Untersuchungsausschuss nicht zur Aufklärung der Fragen beitragen, wohin die hohen Inserateneinnahmen geflossen sind. Weder zum Inseratenpreis[116] noch zur Höhe der Einnahmen[117], deren Verwendung[118] oder warum sich die Inserateneinnahmen nicht im Rechenschaftsbericht befinden[119], hatte er Wahrnehmungen.

Neben Inseraten erhält die Zeitung laut Impressum auch noch staatliche Förderungen vom Bundeskanzleramt (BKA), Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) und dem Land Tirol.[120] Weitere Förderungen kommen von der Landwirtschaftskammer sowie privaten Unternehmen (z.B. Lagerhaus, Raiffeisen).[121]

Dominik Traxl, ein Obmann mit wenig Wahrnehmungen zu den operativen Tätigkeiten

Foto: HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com

Das ÖVP-geführte Landwirtschaftsministerium stuft im Übrigen die Parteizeitung LOGO als geeigneten „*Lehrbehelf für land- und forstwirtschaftliche Schulen*“ ein[122] – ein weiteres Beispiel für die unzureichende Trennung zwischen Politik und Verwaltung.

Corona-Unterstützungsgelder für die ÖVP-Teilorganisationen

Parlamentarische Kontrolle wirkt. Im Fall des für gemeinnützige Vereine eingerichteten NPO-Fonds hat eine parlamentarische Anfrage aufgedeckt, dass zahlreiche ÖVP-Teilorganisationen Millionen an Corona-Unterstützungsgeldern bezogen haben. Das Gesetz sieht einen Ausschluss von Parteien und Teilorganisationen vor. Während Ortsvereine der Jungen Volkspartei und des Wirtschaftsbundes, zeitnah 16.000 Euro zurückbezahlten, weigert sich beispielsweise der Seniorenbund Oberösterreich, als größter Förderungsempfänger mit fast zwei Millionen, bis heute. Man habe die Corona-Unterstützungsgelder nicht als Teilorganisation Seniorenbund, sondern als Verein Seniorenbund beantragt.[123] Die Tiroler Jungbauern hatten ähnlich argumentiert. Dort hat eine Prüfung, die vom BMKÖS in Auftrag gegeben worden ist, allerdings ergeben, dass die Tiroler Jungbauern zu dem Bauernbund und damit zur ÖVP gehören. Die 800.000 EUR an NPO-Geldern wurden zu Unrecht bezogen.[124]

Mittlerweile haben drei Viertel der Zweigvereine der Tiroler Jungbauern insgesamt 590.000 Euro zurückbezahlt. Gegen den Rest laufen Mahnverfahren.[125]

Der Inseratengoldesel Bauernzeitung

Bei der Bauernzeitung handelt es sich um ein Medium, das von der *Agrar Media Verlagsgesellschaft mbH* periodisch herausgegeben wird. Hinter dieser Gesellschaft steht über ein komplexes Gesellschaftskonstrukt der Österreichische Bauernbund bzw. mehrere Landesbünde.[126] Die Bauernzeitung wurde mit Inseraten aus ÖVP geführten Ministerien im Untersuchungszeitraum geradezu überschüttet.

So hat alleine das Landwirtschaftsministerium zwischen 2017 und 2021 um rund 570.000 Euro inseriert.[127] In diesen Zeitraum fiel auch die Amtszeit von Elisabeth Köstinger. Zahlreiche andere Ministerien, darunter das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Finanzen und sogar das Verteidigungsministerium, inserierten im Untersuchungszeitraum ebenfalls ausgiebig in der Bauernzeitung.[128]

Millionenfache Inseratengelder für die Bauernzeitung[130]

	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Bundeskanzleramt	85.980	85.439	86.492	231.561	99.505	**588.978**
Landwirtschaftsministerium[129]	137.250	100.404	103.798	124.207	105.160	**570.821**
Finanzministerium		33.037	8.254			**41.292**
Verteidigungsministerium				35.651	11.793	**47.445**

Foto: Adobe

Nicht nur sind Aufträge immer wieder freihändig aus den jeweiligen politischen Kabinetten vergeben worden. Es wurden auch Rahmenvereinbarungen von über 100.000 Euro abgeschlossen, ohne dass zuvor konkrete inhaltlich definierte Kampagnen vereinbart worden waren. So schrieb etwa Daniel Kosak, der damalige Sprecher von Ministerin Köstinger, am 14. März 2018 in einer E-Mail an die Fachabteilung: „*Liebe Doris! Ich habe heute in einem persönlichen Gespräch mit Christine Demuth einen Gesamtrahmen von rd. 110.000 Euro netto für die Bauernzeitung vereinbart. Sie wird dir demnächst die nötigen Unterlagen schicken. Die Landesausgaben sind da nicht inkludiert*".[131]

Schnelles Geld aus dem Finanzministerium

Wie einfach hochrangige Bauernbund-Vertreter Zugang zu den Kabinetten hatten und wie schnell und losgelöst von jeder inhaltlichen Notwendigkeit Blanko-Rahmenvereinbarungen für Inserate vergeben worden sind, zeigt das nachfolgende Beispiel: Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums wandte sich im November 2018 an Thomas Schmid: „*Norbert Totschnig bittet um deinen Rückruf, Stichwort Bauernzeitung*".[132] Schmid antwortete: „*Er soll das bitte mit Pasquali machen*".[133] Keine 10 Minuten später meldete sich Totschnig, der seit 1. August 2017 Direktor des Österreichischen Bauernbundes war, direkt bei Schmid: „*Lieber Thomas! Vielen Dank!! Hat geklappt!! LG, Norbert*".[134]

> **„Lieber Thomas! Vielen Dank!! Hat geklappt!! LG, Norbert"**
>
> *Norbert Totschnig an Thomas Schmid*

Vor Bekanntwerden dieser Nachrichten hatte Totschnig stets bestritten, um Inserate für die Bauernzeitung geworben zu haben – lediglich das Herstellen eines Kontaktes wurde zugestanden.[135]

Noch am selben Tag von Totschnigs Anruf bei Thomas Schmid, übermittelte die Bauernzeitung dem BMF, zu Handen Pasquali, ein Angebot für zwei Schaltungen à 20.813,81 Euro brutto mit dem Vermerk „*ich beziehe mich auf das Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Dir. Totschnig*".[136] Keine weitere Stunde später wurden Nägel mit Köpfen gemacht und das Angebot mit einem Gesamtvolumen von über 40.000 Euro angenommen.[137]

Auffällig ist, dass hier drei Personen aus dem Umfeld der ÖVP binnen weniger Stunden einen Inseraten-Deal von über 40.000 Euro vereinbarten, ohne dass auch nur ein Wort über den Inhalt der konkreten Kampagne verloren wurde. Inserate öffentlicher Dienststellen müssen gesetzlich ein konkretes Informationsbedürfnis decken.

Wie sekundär der Inhalt der Kampagne war, zeigt sich auch daran, dass in den Jahren 2018 und 2019 in der Bauernzeitung etwa über die Arbeitnehmer*innenveranlagung informiert wurde[138] – obschon Bäuerinnen und Bauern als Selbstständige ganz offensichtlich nicht die Kernzielgruppe für solche Einschaltungen sein können.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier mittels Inseraten aus Steuergeldern einerseits die ÖVP-Teilorganisation Bauernbund gefördert werden sollte und andererseits durch die diversen Kampagnen, teils unmittelbar vor Wahlen, Imagewerbung für ÖVP-Minister*innen stattgefunden hat.

Teure Muttertagsgrüße von der Ministerin

Landwirtschaftsministerin Köstinger investierte 36.000 Euro in Muttertagskleber, gleichzeitig erschien ein redaktioneller Artikel

Besonders ins Auge sticht diese Werbekooperation einer ÖVP-Ministerin mit der Bauernzeitung: der „Muttertagsgruß" der damaligen Ministerin Köstinger in der Ausgabe vom 9. Mai 2019.

Der Bauernzeitung wurden 120.000 Stück Aufkleber mit dem Sujet „*Unsere Bäuerinnen sind Powerfrauen - Sie stehen für sichere, hochwertige Lebensmittel und hohe Lebensqualität*"[139] beigelegt. Kostenpunkt für die Steuerzahler*innen: über 36.000 Euro.[140] Ein auch nach den eigenen Maßstäben der Bauernzeitung fragwürdig hoher Preis: So betragen die

Foto: BKA/Christopher Dunker

Kosten für ein ganzseitiges Inserat in der österreichweiten Ausgabe der Bauernzeitung aktuell (1/2023) rund 20.000 Euro (exklusive Werbeabgabe und Umsatzsteuer).[141]

Der damalige Sprecher von Ministerin Köstinger, Daniel Kosak, antwortete im Untersuchungsausschuss befragt zu dieser Kampagne zuerst, dass er in die *„Details [...] der Beauftragung und Umsetzung nicht involviert“* gewesen sei.[142]

In einem ministeriumsinternen E-Mail vom 8. April 2019 lautete es hingegen: *„siehe Rückmeldung von Daniel Kosak unten – wir machen die Aufkleber“*.[143] Der Auftrag für die Umsetzung dieser fragwürdigen Aktion kam also direkt von ihm aus dem Kabinett.

Offen bleibt freilich, welchen Informationswert das Ministerium damit eigentlich bedienen wollte. Selbst die Fachabteilung schrieb damals in einem Mail an Kabinettsmitarbeiter mit Bezug auf diese Aufkleber: *„Ist halt schon eine Imagegeschichte - aber nett schaut er aus“*.[144]

> ***„Ist halt schon eine Imagegeschichte, aber nett schaut er aus.“***
>
> **Fachbeamter aus dem Landwirtschaftsministerium**

Auch die Auskunftsperson Kosak konnte in Hinblick auf den fehlenden Informationsgehalt nichts Erhellendes beitragen: *„Frau Abgeordnete, [...] Ich halte das jetzt für kein klassisches Inserat. Ich kann Ihnen sagen, was das Ziel war: Das Ziel war, auf die Leistungen der Bäuerinnen aufmerksam zu machen, im landwirtschaftlichen Umfeld“*.[145]

Zusätzlich zu den Klebern gab es in dieser Ausgabe der Bauernzeitung auch einen redaktionellen Beitrag mit einem großen Bild von Köstinger unter dem Titel *„Muttertagsgrüße von der Ministerin“*. Dort heißt es im letzten Absatz: *„Um auf das Engagement von Österreichs Bäuerinnen aufmerksam zu machen, versenden das BMNT und die BauernZeitung diese Woche auch zehntausende „Unsere Bäuerinnen sind Powerfrauen“-Aufkleber.“*[146]

Zusammengefasst bleibt über: Das Landwirtschaftsministerium bezahlte aus öffentlichen Mitteln „Imagekampagnen“ für die Ministerin ohne erkennbaren Informationsgewinn in ÖVP-Zeitschriften, und das Ganze wenige Wochen vor der am 23. Mai 2019 beginnenden EU-Wahl 2019.

Dass es sich bei dem geschilderten Sachverhalt nicht um eine einmalige Sache, sondern vielmehr nur um ein Beispiel aus mehreren fragwürdigen Inseratenvergaben handelt, zeigt sich auch daran, dass auch 2021 eine vergleichbare Aktion stattgefunden hat: Anlässlich des Weltfrauentages wurden der Zeitung Postkarten mit der Aufschrift: *„Du bist meine Heldin“* beigelegt, samt Logo des Landwirtschaftsministeriums. Kostenpunkt: rund 30.000 Euro.[147]

BMI Inserate für die Gemeinderäte der Niederösterreichischen ÖVP

Das Muster, üppige Inserate aus öffentlichen Geldern in ÖVP Parteizeitungen zu platzieren, findet sich in allen Teilen des Landes. Kein Wunder also, dass dieses Vehikel im ÖVP Kernland Niederösterreich zur Perfektion gebracht wurde.

Der Niederösterreichische Gemeindebund ist eine ÖVP Organisation, die sich selbst als Interessensvertretung der ÖVP-Gemeinderäte aus Niederösterreich definiert. Als solche erhält diese politische Organisation Fördergelder für Schulungszwecke von den Niederösterreichischen Gemeinden. Zumindest ein Teil davon dürfte an die ÖVP Niederösterreich weitergeleitet worden sein, wie der Rechnungshof in seiner Kritik vorbringt.[148]

Gerade vor Wahlen kleidet sich das Magazin NÖ Gemeindebund auch in türkise Kleider

Der Niederösterreichische ÖVP-Gemeindebund ist auch Herausgeber der Zeitung „NÖ Gemeinde“. Die Finanzierung des Blattes erfolgt zu einem guten Teil über Inserate. Diese Inserate stammen mehrheitlich von niederösterreichischen Unternehmen im öffentlichen Einflussbereich. Die Hypo Niederösterreich sei nur beispielhaft erwähnt – diese hat nach offiziellen Angaben über 110.000 Euro inseriert (seit 2017).[149]

Auch in der aktuellen Ausgabe (11/22)[150] der „NÖ Gemeinde“ inserieren die NÖ Versicherung (S. 7), die BBG (S. 8),

die EVN (S. 19) und die Hypo NOE (S. 32). Landeshauptfrau Mikl-Leitner ist im redaktionellen Teil viermal auf großen Bildern abgebildet. Dazu kommen Berichte und Abbildungen diverser VP-Landesräte und Bürgermeister.

Die Auflage beträgt laut eigenen Angaben rund 11.000 Stück.[151] Die Seite kostete rund 5.000 Euro.[152] Zum Vergleich: Die Regionalmedien verrechnen für ein einseitiges Inserat im Bezirk Steinfeld mit einer Auflage von 14.000 Stück 1.622,40 Euro.[153] Die Badener Zeitung mit 30.000 Leser*innen führt ganzseitige Inserate in ihrer Preisliste mit 2.780 Euro.[154]

In den Jahren 2017 bis 2022 kam es laut Innenminister zu folgenden Schaltungen zu den genannten Kampagnen durch das BMI: [155]

Jahr	Kampagne	Bruttokosten
2017	Gemeinsam.Sicher	55.566
2021	Dämmerungseinbrüche Gemeinsam.Sicher Katastrophenschutz	10.128,27
2022 (bis 5. Oktober)	Gemeinsam.Sicher Rekrutierung Seniorenprävention	32.922,54
	Summe	**98.616,81**

Gerhard Karner war seit Juni 2020 Geschäftsleitungsmitglied des ÖVP Gemeindebundes.[156] Seit Dezember 2021 steht er dem Bundesinnenministerium vor. Wie aus obenstehender Tabelle ersichtlich, schaltete sein Ministerium alleine in den ersten neun Monaten 2022 Inserate im Wert von 33.000 Euro in jenem ÖVP-Magazin, das von der ÖVP-Organisation geführt wird, der Karner vorstand. Innenminister Karner wurde als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss auch zu diesen Inseraten aus dem Innenministerium befragt. Seine Antwort: „*Grundsätzlich habe ich keine Wahrnehmung zu derartigen Inseraten*“.[157]

Auch inhaltlich verwundern die gewählten Sujets: So wird im Zeitraum April bis Juni 2022 parallel einerseits für Nachwuchs bei der Polizei geworben, andererseits aber auch Inserate geschalten, mit denen vor dem sogenannten „Enkeltrick“ gewarnt wird.[158] Offenbar bedient die „NÖ Gemeinde“ aus Sicht des BMI eine äußerst breite Zielgruppe. Oder wie Karner in einer parlamentarischen Anfrage auf diesen Widerspruch antwortete: „*Der Altersschnitt der „NÖ Gemeinde“-Leserschaft liegt laut Auskunft der kommunal.at bei 16 bis 65 Jahren*“.[159]

Innenminister Karner war vor dem Ministeramt Geschäftsleitungsmitglied beim Gemeindebund

Interessante Werbestrategie des BMI: Zwei Sujets, zwei Zielgruppen, aber die gleiche Zeitung

Foto: Von AleXXw - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0 at, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=26445152

AUFTRÄGE FÜR BEFREUNDETE UNTERNEHMEN

Der Untersuchungsausschuss konnte aufzeigen: Nicht nur bei der Inseratenvergabe kam es zu Auffälligkeiten und dem Verschieben öffentlicher Gelder in ÖVP-nahe Sphären. Auch bei Auftragsvergaben an diverse Agenturen zeigte sich ein ähnliches Muster: Auffällig oft kamen Agenturen aus dem Umfeld der ÖVP zu lukrativen Aufträgen. Dabei wurden Aufträge regelmäßig direkt aus den politischen Kabinetten vergeben, nicht ausgeschrieben, keine Vergleichsangebote eingeholt und die Auftragsvolumina häufig so gewählt, dass Ausschreibungen gerade noch nicht verpflichtend waren.

Foto: Adobe

Entwicklung der Aufträge ausgewählter der ÖVP nahestehenden Unternehmen[160]

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Accenture GmbH	41.040	238735	545.055	1.005.003	376.579	5.146.936	12.916.291	**20.269.638**
Campaigning Bureau GmbH[161]	427	147.204	208.782	129.236	151.097	239.022	60.556	**936.324**
Demox Research GmbH					23.400	230.160	75.502	**329.062**
EWC EDELWEISS CONSULTING GmbH	39.360	2.470	4.459	196.172	307.747	154.631	112.563	**817.402**
Media Contacta	21.545	149.600	59.648	360.502	305.982	83.240	316.121	**1.296.639**
GPK[162]	279.734	856.757	765.207	1.250.872	741.731	1.378.726	1.232.982	**6.506.007**
SCHÜTZE Positionierung GmbH					58.200	69.337		**127.537**

Marktnewcomer *Demox research wir*d türkiser Großauftragsnehmer

Die *demox research GmbH* mit Sitz in Wien (der Firmensitz[163] liegt in unmittelbarer Nähe zur ÖVP Bundespartei[164]) wird seit Herbst 2018 von Paul Unterhuber geführt.[165] [166] Unterhuber ist nicht nur ÖVP-Mitglied[167], sondern auch ehemaliger Direktor des Wiener Bauernbundes und war im ÖVP Klub im Wiener Rathaus tätig.[168] Das Unternehmen machte laut Eigenaussage auch viele Umfragen für die neue ÖVP.[169]

Bereits kurze Zeit nach dessen Gründung im Jahr 2018 erhielt das Unternehmen in den Jahren 2020 und 2021 öffentliche Aufträge von Bundesministerien im Wert von über 300.000 Euro[170], allesamt von ÖVP-geführten Institutionen wie dem Landwirtschafts- und Wirtschaftsressort, dem Außenministerium und dem Verteidigungsressort. Die Aufträge von seiten der Ministerien wurden in der Regel direkt, sprich ohne vorherige Ausschreibung, und unter Umgehung der Fachabteilungen von den politischen Kabinetten vergeben,[171] zu denen Unterhuber persönlich-freundschaftliche Kontakte pflegte.[172] Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Unternehmensgewinne von *demox research* (2018: 33.000 Euro, 2019: 71.000 Euro, 2020: 184.000 Euro) parallel zu den öffentlichen Aufträgen anstiegen[173], wobei bei Meinungsumfragen des Unternehmens teils identische Fragen über mehrere Ministerien abgerechnet wurden.[174]

Im Jahr 2020 erhielt *demox research* alleine vom Wirtschaftsministerium (BMWD) unter der Leitung von Margarete Schramböck (ÖVP) Aufträge im Wert von 176.460 Euro und im Jahr 2021 im Wert von 53.000 Euro.[175] Darunter befindet sich etwa eine Umfrage betreffend Themenschwerpunkte des BMDW wie Wirtschaftsstandort Österreich und Digitalisierung. Auch die Performance der Ministerin in der COVID-19-Krise wurde – neben zahlreichen anderen ÖVP-relevanten Fragen – prominent abgefragt.[176] So zahlten die Österreicher*innen etwa für die Erkenntnis, dass 65 Prozent der ÖVP-Wähler*innen „*eher eine gute Meinung*“ von der Bundesministerin hatten.[177] Die Beispiele zeigen, dass (allen voran) das ÖVP-geführte Wirtschaftsministerium auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Umfragen bei einem ÖVP-nahen Unternehmen beauftragte, um die Einstellung der Bevölkerung zu ÖVP-relevanten Fragestellungen (z.B. Sonntagsfragen[178]) zu eruieren.

Das Landwirtschaftsministerium erteilte *demox research* im Zeitraum 2019 bis 2021 Aufträge in Höhe von 68.520 Euro. Das Verteidigungsministerium zahlte 20.640 Euro und das Außenministerium 10.500 Euro (in beiden Fällen im Jahr 2020).[179]

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an die demox research GmbH 2015-2021[180]

demox research	2019	2020	2021	Summe
Äußeres		10.500		**10.500**
Militärische Angelegenheiten		20.640		**20.640**
Wirtschaft		176.460	52.942	**229.402**
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	23.400	22.560	22.560	**68.520**
Gesamt	**23.400**	**230.160**	**75.502**	**329.062**

Unterhuber schloss im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss explizit aus, dass die öffentliche Hand über *demox research* „*Studien für die ÖVP oder sonst jemanden finanziert*“ haben könnte.[181] Laut ihm wurden die Studienergebnisse „*selbstverständlich exklusiv*“ dem jeweiligen Auftraggeber mitgeteilt.[182] Anlässlich der Wien Wahl 2020 wurden aber sehr wohl Ergebnisse einer vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie im Rahmen eines ÖVP-Hintergrundgesprächs mit Klubobmann August Wöginger und Generalsekretär Axel Melchior vor Journalist*innen präsentiert.[183]

Von öffentlichen Geldern bezahlte Umfragen und die darin enthaltenen Fragestellungen wurden durch die ÖVP auch im Wahlprogramm für den Wien Wahlkampf 2020 verwertet: So fanden sich wesentliche Ergebnisse der Studie „*Soziale Brennpunkte im Kontext von Migration und Integration*“, die *demox research* für den Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) erstellte[184], als Forderungen im Wahlprogramm der ÖVP-Wien wieder (Kopftuchverbot für Schülerinnen bis 14 Jahre, Alkoholverbot an sozialen Brennpunkten).[185] Der ÖIF unterstand lange Zeit dem ÖVP-geführten Innenministerium, bevor er unter Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz ins Außenministerium (ÖVP)[186] und schließlich am 29. Jänner 2020 zur neuen Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) wanderte.[187]

EINE PRESSEKONFERENZ FÜR 28.000 EURO

Möglich macht's die NÖ Werbeagentur Media Contacta

Die *Media Contacta Ges.m.b.H.* mit Sitz in einem Gebäude der niederösterreichischen Landesregierung[188] steht im Besitz der beiden 50-Prozent-Gesellschafter Gerhard Schlack und Peter Madlberger.[189] Schlack ist auch noch Gesellschafter der *media08 gmbh* mit Sitz neben der ÖVP-Landeszentrale in St. Pölten[190] und Eigentümer der *INNOVA Verlag GmbH*, und damit Herausgeber der *Niederösterreich-Zeitung* und des Funktionärsmagazins der ÖVP.[191] Sein Geschäftspartner Peter Madlberger war einst ÖVP-Stadtrat in Korneuburg,[192] sowie Mitarbeiter von Johanna Mikl-Leitner in der ÖVP-Niederösterreich.[193] [194] Im Jahr 2016 nahm er zudem mit Elisabeth Köstinger, Axel Melchior und anderen ÖVP-Funktionären an einer von der Politischen Akademie (die Parteiakademie der ÖVP) veranstalteten Studienreise in die USA teil.[195] Weitere Mitarbeiter der Agentur waren zuvor oder danach auch für Organisationen der Niederösterreichischen Volkspartei tätig.

Die Agentur, die immer wieder für ÖVP-Wahlkämpfe engagiert war[196], erhielt ebenfalls zahlreiche Aufträge von ÖVP-geführten Ministerien. Allen voran das Landwirtschaftsministerium, das im Zeitraum 2015 bis 2021 fast eine Million Euro überwiesen hat, wie der Rechnungshof für den Untersuchungsausschuss detailliert aufgelistet hat. Unter der Führung von Elisabeth Köstinger (ÖVP) verdreifachten sich die Aufträge des Landwirtschaftsressorts an die Agentur des ihr seit vielen Jahren persönlich bekannten Madlberger[197] von 60.000 Euro (2017) auf 170.000 Euro (2018). Von allen ÖVP-Ministerien in Summe erhielt die *Media Contacta* alleine im ersten Jahr nach der Machtübernahme durch Sebastian Kurz 300.000 Euro an zusätzlichen öffentlichen Aufträgen.[198]

Konkret erhielt die Agentur unter anderem den Auftrag (ohne Ausschreibung) zur „*Koordinierung*" des 231.000 Euro teuren, türkisen „*Familienfestes*" in Höhe von 70.000 Euro.[199] [200] Bei der Veranstaltung, die am 1. Mai 2019 im Schlosspark Schönbrunn stattfand, trat ausschließlich ÖVP-Personal, allen voran Sebastian Kurz, auf.[201] Unerklärlich bleibt bis heute, warum sich die Kostenschätzungen der *Media Contacta* für dieses Ereignis von November 2018 bis Januar 2019 „*mindestens verdreifacht*" hatten.[202] Selbst für Co-Eigentümer Madlberger war diese Steigerung in seiner Befragung im Untersuchungsausschuss „*nicht nachvollziehbar*", ebenso wenig, warum seine Firma den Auftrag überhaupt bekommen hat.[203]

Foto: BKA/Dragan Tatic

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an die Media Contacta GmbH 2015-2021[204]

Media Contacta	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Arbeit							3.879	**3.879**
Familie und Jugend					70.000			**70.000**
Bildung	600							**600**
Wirtschaft				92.169	79.089			**198.984**
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	20.945	149.600	59.648	168.973	134.640	83.240	284.516	**901.564**
Klima, Umwelt und Energie				99.360	22.253			**121.613**
Gesamt	**21.545**	**149.600**	**59.648**	**360.502**	**305.982**	**83.240**	**316.121**	**1.296.639**

Media Contacta richtete für ÖVP-geführte Ministerien auch Medientermine aus. So bezahlte das Landwirtschaftsministerium der Agentur für zwei Pressekonferenzen 8.192 bzw. 6.150 Euro, obwohl das Ministerium über eine hauseigene Öffentlichkeitsabteilung verfügt.[205] Warum diese Leistungen extern vergeben wurden, konnte Köstinger im Untersuchungsausschuss nicht sagen. Ebenso wenig konnte sie beantworten, ob sie sich mit Madlberger über Ministeriumsaufträge unterhalten hat.[206] Eine Pressekonferenz für die damalige Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Margarete Schramböck, schlug sogar mit 28.000 Euro zu Buche, wobei die Agentur alleine für die Präsentation einer Online-Applikation 21.600 Euro veranschlagte.[207] Auch Schramböck konnte im Zuge ihrer Befragung nicht aufklären, wie es zu dieser Vergabe kam und warum man nicht auf die eigene Kommunikationsabteilung im Haus zurückgegriffen hat.[208] Sie sei nicht in die Vorbereitungen involviert gewesen, so die Ministerin: „*Ich glaube, das ist ein Ausschnitt aus dem Gesamten. Da kann man nicht beurteilen – ich zumindest kann nicht beurteilen –, was ganz konkret die Beauftragung war und was hier alles gemacht worden ist*".[209] Fotos der Veranstaltung legen jedenfalls nahe, dass es sich dabei um eine übliche Pressekonferenz im Bundeskanzleramt handelte, die den bezahlten Preis keinesfalls rechtfertigt. Es ist auch anzunehmen, dass die hauseigene Presseabteilung „*die Besichtigung der Örtlichkeit*", sprich den eigenen Presseraum im Bundeskanzleramt, nicht in Rechnung gestellt hätte.[210]

Den Verdacht, dass mit derartigen „*Regierungsaufträgen eigentlich Wahlkampfaktivitäten der ÖVP finanziert wurden*", wies Madlberger im Untersuchungsausschuss zurück. Es gäbe „*zu jeder Rechnung, die wir gelegt haben, eine Leistung, die erbracht wurde und die auch belegbar ist*".[211] Ob das stimmt, wird sich zeigen. Die WKStA hat mittlerweile Ermittlungen gegen die *Media Contacta* eingeleitet.[212]

Zuerst die Rechnung, dann das Angebot: Schramböcks Sonderregeln für Campaigning Bureau

Die *Campaigning Bureau Kampagnenberatungs GmbH*, unter der Führung von Philipp Maderthaner, hat ebenfalls eine starke Nähe zur ÖVP. Das Unternehmen managte nicht nur die ÖVP-Kampagnen für die Nationalratswahlen 2017 und 2019. Der medial immer wieder als „*Kanzlermacher*" betitelte Maderthaner war seinem Freund Sebastian Kurz bereits 2011, in dessen Zeit als Integrationsstaatssekretär, mit der Kampagne *Zusammen:Österreich* dienlich.[213]

Laut Rechnungshof erhielt das Unternehmen im Zeitraum 2014-2021 öffentliche Aufträge in Höhe von 808.770,52 Euro.[214]

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an Campaigning Bureau[215] 2015-2021[216]

Campaigning Bureau	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Inneres			88.066	93.229	34.092			**215.388**
Finanzverwaltung	427	2.700	854		33.192	25.024		
Bildung						50.402		**50.402**
Wissenschaft und Forschung				27.367	60.974	61.858	594	**150.793**
Wirtschaft						53.250	12.600	**65.849**
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus		144.504	119.862	8.640	22.838	48.488	47.362	**391.694**
Gesamt	**427**	**147.204**	**208.782**	**149.012**	**183.694**	**239.022**	**60.556**	**936.324**

Als Leadpartner des Konsortiums *ARGE Nachhaltigkeit* (gemeinsam mit den Unternehmen *Blink* und *Schneider/Minar/Jenewein*) erhielt *Campaigning Bureau* vom Landwirtschaftsministerium einen europaweit ausgeschriebenen Rahmenvertrag für „*Kommunikationsdienstleistungen 2018-2019*“ (mit Verlängerungsoption bis Ende 2021), sprich für PR-Aktivitäten, Betreuung diverser Webseiten und Newsletter, wobei mit Stand Februar 2021 zumindest 356.000 Euro abgerufen worden sind.[217] Die dreiköpfige Vergabejury war wie in anderen Fällen auch unter anderem mit dem Pressesprecher der ÖVP-Ministerin, Daniel Kosak, besetzt.[218] Zwei der drei Unternehmen, die sich um den Auftrag beworben hatten, haben zuvor ÖVP-Wahlkampf gemacht.[219]

Nachdem die *ARGE Nachhaltigkeit* den Auftrag erhalten hatte, wurden die diversen Leistungen für „*Strategieberatung, Markenentwicklung, Kampagnensteuerung und ähnliches*“[220] sukzessive abgerufen.[221]

Auch das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMDW) beauftragte das *Campaigning Bureau*, etwa im Herbst 2020 mit der Erstellung eines Strategiekonzeptes. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die zuständige Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium, der die Rechnung vorgelegt wurde, weder in den Auftrag eingebunden war, noch davon in Kenntnis gesetzt wurde, weshalb sie die Auszahlung auf Basis der angeführten Leistungen verweigerte. Infolgedessen bat das Ministerium das *Campaigning Bureau* ein Angebot nachträglich über die bereits erbrachten Leistungen zu erstellen. Zudem behielten sich die Beamtinnen und Beamten der Abteilung vor, „*die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büro FBM [...] in der Folge auf die Vorgaben des Leitfadens ‘Budget und Budgetvollzug’ hinzuweisen und insbesondere die Bestimmungen zur Vergabe erneut deutlich zu Kenntnis zu bringen*“. Frau Bundesministerin Schramböck hatte dazu im Zuge ihrer Befragung im Untersuchungsausschuss keine Wahrnehmungen.[222] Auch im Zuge des Projektes *#einfach digital* legte *Campaigning Bureau* weitere Angebote in Höhe von 58.000 Euro und 93.600 Euro. In Summe liegen die Aufträge damit klar oberhalb der Schwelle, bei der öffentlich ausgeschrieben werden müsste.[223]

McKinseys Klimaschutzweisheiten für 128.000 Euro

Das BMWD vergab in den Sommermonaten des Jahres 2021 auch einen Auftrag an das Beratungsunternehmen McKinsey, und zwar für die Studie „*Digitalisierung im*

Foto: Postmodern Studio - stock.adobe.com

Übersicht über Zahlungen der Ministerien an McKinsey 2015-2021[227]

McKinsey	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Summe
Finanzverwaltung				90.000				**90.000**
Wirtschaft (Forschung)		110.000						**110.000**
Wirtschaft						77.568	77.568	**155.137**
Gesamt		**110.000**		**90.000**		**77.568**	**77.568**	**355.137**

Rahmen der Energiewende am Wirtschaftsstandort Österreich".[224] Warum es hier, entgegen der gesetzlichen Vorgaben, wieder zu einer Direktvergabe kam, konnte die zuständige Ministerin Margarete Schramböck im Untersuchungsausschuss nicht sagen, da sie „*in die Beauftragungen nicht direkt involviert gewesen*" sei.[225] Anmerkend sei hinzugefügt, dass die Studie hauptsächlich aus Stehsätzen wie „ÖPNV stärken", die „*Energieeffizienz erhöhen*", „*Photovoltaik, Wasser[...]kraft ausbauen*" besteht, sprich aus Erkenntnissen, die seit mindestens 25, 30 Jahren bekannt sind. Welchen Mehrwert diese 128.000 Euro teure Studie für die Steuerzahler*innen haben soll, konnte Schramböck ebenfalls nicht schlüssig erläutern.[226]

Ein Staatsfonds für die superreichen Freunde

Mitten aus den Regierungsverhandlungen 2017 erreichte Sigi Wolf eine SMS von Thomas Schmid. Auf dem Bild ist eine Präsentation zur neuen ÖIAG zu sehen. Ein neuer Eckpfeiler soll der Österreich-Fonds sein: „*Dividendenerlöse reinvestiert. Strategische Beteiligungen zur Standortsicherung, um Know-How und die Zentralen von international wettbewerbsfähigen Unternehmen in Österreich dauerhaft zu sichern*".[228]

Der Plan, den sich Schmid und Wolf zusammengereimt haben: Die ÖBIB bzw. ÖBAG sollte die Dividenden, die sie beispielsweise vom Verbund oder der OMV bekommt, einbehalten. Dadurch würden keine Einnahmen ans Budget zurückgeführt werden müssen und die Verwendung der Mittel wäre jeglicher Kontrolle durch das Parlament entzogen. Schmid als zukünftiger Vorstand und der Aufsichtsrat, dem Sigi Wolf als Vorsitzender vorstehen hätte sollen, hätten mit so einem Staatsfonds über Milliarden von Republiksgeldern verfügt.

Sigi Wolf bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss die Pläne rundum den Staatsfonds, wollte aber nicht alleine dafür verantwortlich gewesen sein, freilich ohne weitere Namen zu nennen.[229]

Die ÖBAG wurde schließlich um die Jahreswende 2019 ohne Staatsfonds gestartet. Kurz sah einen solchen eher kritisch.[230] Als Ersatz für den Staatsfonds wurde das Beteiligungskomitee installiert. Mitglied ist übrigens Perners Freund und Boni-Bezieher Michael Mendel.[231]

Im Hintergrund wurde für den Staatsfonds allem Anschein nach weiter lobbyiert, und zwar nicht nur von Wolf selbst, sondern auch von René Benko. Am 11. März 2019 schrieb Wolf an Benko, ob es Neuigkeiten bezüglich seines Telefonats „*staatsf.*" gebe. Dieser antwortete ihm, er solle ihn anrufen. Gleich neun Tage später erkundigte sich Wolf wieder bei Benko: „*any news für unseren Staatsfonds?*"[232]

„any news für unseren Staatsfonds?"

Wolf an Benko

Wolf konnte sich bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss nicht an die Situation oder gar den Inhalt des Telefonats zwischen ihm und Benko erinnern. Auch war er unsicher, ob er Benko vom Staatsfonds erzählt hat. Gefragt, worauf sich denn „*unser Staatsfonds*" beziehe, antwortete Wolf lapidar: „*Es ist ja auch unser Österreich*".[233] Benko war im Übrigen über Jahre einer der wichtigsten Kunden der Europa-Tochter der russischen Sberbank. Deren Aufsichtsratsvorsitzender Sigi Wolf ist mit Benko freundschaftlich verbunden.[234]

René Benko hatte wenige Monate zuvor bereits Erfahrungen mit Staatsfonds als Financiers seines Unternehmens gemacht. Bloomberg berichtete unter Berufung auf einen Informanten, dass Benko im Herbst 2019 die Staatsfonds von Norwegen und Abu Dhabi angezapft hat, im zweiten

Fall durchaus erfolgreich.[235] Diente der geplante Österreich-Fonds also als Investmentfonds für Unternehmen im türkisen Dunstkreis?

Diese Frage konnten wir im Untersuchungsausschuss nicht angemessen weiterverfolgen, da Thomas Schmid die Aussage verweigerte und René Benko als Auskunftsperson erst gar nicht erschien.

Fix erscheint jedoch, dass die Pläne für den Staatsfonds nie ganz in der Schublade verschwunden sind. Noch im Sommer 2019 präsentierte Schmid entsprechende Pläne auf dem *Salzburg Summit*.[236] Seine Nachfolgerin Edith Hlawati kündigte im März 2022 an, Beteiligungen an standortrelevanten Unternehmen eingehen zu wollen, ohne genau zu definieren, was sie darunter versteht.[237]

Eine WIFO-Studie kommt übrigens zum klaren Schluss: „In *Österreich bestehen weder die Voraussetzungen noch der Bedarf für einen Staatsfonds i. S. der üblichen Definitionen*".[238]

> **„In Österreich besteht kein Bedarf an einem Staatsfonds"**
> **Wifo-Studie**

SPEZIALBEHANDLUNG FÜR SUPERREICHE

„Dem, der hat, dem wird gegeben."

Ist das das Motto, unter dem das türkise Finanzministerium geführt wurde? Die Akten belegen in zahlreichen Fällen die privilegierte Behandlung einer betuchten Klientel. Wer über den nötigen Einfluss und das nötige Geld verfügte, konnte sich bei auftretendem Ungemach eine bevorzugte Behandlung durch ÖVP-geführte Ministerien, insbesondere durch das BMF, erhoffen.

Termine mit der Ressortspitze, dem Generalsekretär oder leitenden Beamt*innen, um in eigener Sache bei Finanzverfahren vorzusprechen, waren keine Seltenheit. Insbesondere im Finanzressort wurde in Zusammenhang mit solchen Interventionen ein beachtlicher Aufwand betrieben.

Wir haben nachgezählt. Alleine in der Causa Siegfried Wolf gab es:

- Mehrere hundert Chats von Thomas Schmid.
- Dutzende Nachrichten von Finanzminister Schelling höchstpersönlich. Viele sogar mit Wolf direkt.
- Dutzende von anderen Mitarbeiter*innen im BMF.
- Weit über hundert Chatnachrichten von Wolf selbst ans Finanzministerium.
- Laut Kalendereinträgen 11 persönliche Treffen zur Causa. Da sind Autobahnraststation und Hotel Sacher noch gar nicht mitgerechnet.

Bis auf Herrn Wolf selbst hätte der Rest der Genannten eigentlich nicht für eine einzige reiche Person, sondern für alle österreichischen Steuerzahler*innen arbeiten müssen.

Foto: ZIHE - stock.adobe.com

Aber nicht nur der Zugang zu Staat und Behörden ging hier mit einer Leichtigkeit von statten, von der Normalbürger*innen nicht mal zu träumen wagen. Häufig wurden Steuerangelegenheiten auch im Sinne der Vorsprechenden erledigt; oft, nachdem es kurz vor Schluss zu überraschenden Wendungen kam und ursprüngliche Beurteilungen durch die Fachbeamt*innen von höheren Stellen über den Haufen geworfen worden sind.

3. Resümee:

Die Arbeitsleistung und Arbeitsergebnisse im 1. Quartal entsprechen nicht den Erwartungen, die von einer Großbetriebsprüferin bzw. einem Großbetriebsprüfer zu erwarten sind. Auch unter Berücksichtigung von Sondersituationen (Ausscheiden von [redacted], Dauerkrankenstand von [redacted], Bewertung Tuchlauben) passt die Arbeitsleistung nicht. Sollte mit Ablauf des 2. Quartals nicht erkennbar sein, dass es zu einer wesentlichen Steigerung der Arbeitsleistung und –ergebnisse kommt, müssen dienst- und besoldungsrechtliche Maßnahmen gesetzt werden.

Auszug aus dem WKStA-Akt, der den massiven Druck auf die Beamten dokumentiert[242]

Türkise Freunde kritisieren lange Verfahrensdauern, die sie selber verursacht haben

Im Nachhinein rechtfertigt sich mancher nun damit, dass man sich ja nur über lange Verfahrensdauern beschwert hätte. Hier widersprechen die Akten freilich deutlich: Es waren regelmäßig die Geprüften selbst, die Verfahren mit immer neuen Anträgen und Vorlagen in die Länge zogen.

So wurde im Steuerverfahren SIGNA/Tuchlauben eine Besprechung zwischen René Benko und den Steuerprüfern zuerst für den 19. Juni 2017 angesetzt, dann von Seiten Benkos aufgrund einer „*Terminkollision*“ verschoben. Ein Termin im Zeitraum 7. Juli bis 9. September 2017 wurde seitens der SIGNA wegen urlaubsbedingter Abwesenheit von Benko abgelehnt, sodass es letztlich zu einer mehrmonatigen Verzögerung der Besprechung kam. Eine Verzögerung, die ausschließlich von Benko selbst verursacht worden ist.[239] In anderen Fällenwurden etwa Gutachten durch die SIGNA verspätet vorgelegt.[240] Zeitgleich wurden seitens der superreichen Klientel Beschwerden „*wegen langer Verfahrensdauer*“ erhoben, wie etwa im Jänner 2018 im Tuchlauben-Verfahren der SIGNA.[241]

Auf Unterstützung durch Vorgesetzte durften die Prüfteams nicht hoffen. Im Gegenteil: Der Beamtenschaft des BMF wurde ordentlich Druck gemacht. Sogar dienst- und besoldungsrechtliche Maßnahmen wurden als Folge von Beschwerden des Milliardärs Benko unverhohlen ins Auge gefasst. Zuständig war für solche Maßnahmen zum damaligen Zeitpunkt im April 2018: Eduard Müller.

Bei einer Gesamtschau der Prüfungen fällt dann auch auf, dass die lange Verfahrensdauer seitens der leitenden Organe im Ministerium und in der Fachaufsicht regelmäßig als Argument oder, anders gesagt, als Hebel verwendet wurden, um fachlich auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Foto: Starpix / picturedesk.com

Rundum-Wohlfühlprogramm für Siegfried Wolf

Der österreichische Automobilmanager und Putin-Freund[243] Siegfried Wolf ist ein langjähriger Unterstützer von Sebastian Kurz und der türkisen ÖVP. Kurz hätte Wolf etwa gerne als Aufsichtsratsvorsitzenden der ÖBAG gesehen.[244] Laut dem ehemaligen Vizekanzler Reinhold Mitterlehner soll Wolf im Sommer 2016 „*Sponsoren-Rallyes*“ zugunsten des damaligen Außenministers Kurz organisiert haben, um die geplante interne Machtübernahme der ÖVP und den Aufstieg zum Bundeskanzler zu finanzieren (Stichwort: *Projekt Ballhausplatz*).[245] Auch Strache sagte im Ibiza-Video, dass „*die ganze Partie rund*

um den Sigi WOLF [...] und Porsche und Benko [...] über 20 Millionen Euro für Kurz in den Topf geworfen" habe[246], zog seine Aussage aber später zurück.[247] Der Verdacht, dass Wolf gemeinsam mit weiteren Großindustriellen illegale Wahlkampfspenden an die ÖVP bezahlt habe, ließ sich laut Staatsanwaltschaft nicht erhärten. Wolfs Unterstützung für Kurz sei aber unbestritten.[248] Ob Wolf sich dafür Gegenleistungen, etwa betreffend des Steuerverfahrens gegen ihn, erwartete, ist nach wie vor Gegenstand von Ermittlungen.

Politische Einflussnahme auf Wolfs Steuerverfahren

Wie medial bekannt ist, hätte Wolf im Zuge von Änderungen des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz fast elf Millionen Euro Einkommenssteuer nachzahlen müssen, kam am Ende aber mit knapp der Hälfte weg.[249]

Im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss hatte sich Wolf bezüglich seines Steuerverfahrens weitgehend entschlagen.[250] Wie interne Akten zeigen, war die Betriebsprüfung Wolf von zahlreichen Auffälligkeiten geprägt, wobei das Verfahren vom Finanzministerium, in Kooperation mit den Steuerberatern von Wolf, immer wieder künstlich hinausgezögert wurde. So fragte etwa der für Steuersachen zuständige BMF-Mitarbeiter Michael Krammer im Mai 2016 seinen Vorgesetzten Thomas Schmid, ob man das Steuerverfahren Wolf „*nochmal um 2 Wochen verlängern [soll] (sonst geht der bescheid morgen raus)*", was Schmid sofort bejahte: „*Ja! Nochmal zwei oder gleich drei Woche[n]*".[251] Drei Jahre später (im Juli 2019) legten die Steuerberater von Wolf sogar die Zustellungsvollmacht zurück, um die Bescheidzustellung zu verhindern und „*ein Zeitfenster von zwei Tagen*" zu bekommen, mit dem Ziel, das Verfahren in Absprache mit der Spitze des BMF erneut zu ihren Gunsten zu beeinflussen.[252]

Im September 2016 machte die Fachvorständin der Großbetriebsprüfung Druck und bat in einem außergewöhnlichen E-Mail an Finanzminister Schelling, die Außenprüfung Wolf nach jahrelanger Prüftätigkeit endlich abschließen zu dürfen.

E-Mail von Elisabeth König an Hans-Jörg Schelling vom 12. September 2016:[253] [254]

> *"Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Schelling! Ich wende mich als Fachvorständin der GBP direkt an Sie, da ich keine andere Möglichkeit sehe, die oben angeführte Causa Außenprüfung ing. (sic) Siegfried Wolf zu einem rechtsrichtigen und zugleich geordneten Abschluss zu bringen. Die Außenprüfung läuft seit 4 Jahren (im Dezember 2012 wurde der Prüfungsauftrag unterzeichnet). [...] Meine Aufgabe als Fachvorständin der GBP liegt nicht nur darin, Außenprüfungsfälle zu einem rechtsrichtigen und zugleich geordneten Abschluss zu bringen, sondern auch meine Leute davor zu bewahren, dass sie ins Visier der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kommen. Und das ist auch mein Bestreben in oben angeführter Causa! Daher ersuche ich Sie bzw. Ihr Kabinett, uns diesen Außenprüfungsfall endlich im Oktober 2016 abschließen zu lassen. Noch ist Österreich ein Rechtsstaat, in dem es die Möglichkeit gibt, ein Rechtsmittel zu ergreifen! [...]"*

Folglich war BMF-Generalsekretär Thomas Schmid bemüht Frau König auszubremsen. So schrieb Schmid am 29. Oktober 2016 an Krammer: „*Hast du eh darauf geschaut dass die König bei SW [Siegfried Wolf] nicht dabei ist am Montag wie besprochen …*", wobei Krammer dann auch noch Wolfs Steuerberater darüber in Kenntnis setzte.[255]

Dass es bei Wolfs Steuerverfahren zu Einflussnahmen kam, zeigen im Übrigen auch zahlreiche Chatnachrichten. So schrieb Schmid an Finanzminister Schelling Ende Oktober 2016, am Tag der sogenannten Schlussbesprechung zwischen Finanzprüfer*innen und Wolfs Steuerberater*innen:

> **„Haben heute Einigung mit Sigi geschafft. 75:25. er zahlt zwischen 7 und 8 Mio Euro nach. Muss noch genau berechnet werden. Er rief mich mehrmals an und wollte auf 6 runter. Das war unmöglich für uns während der laufenden Verhandlung zu intervenieren. Ich finde bei diesem Deal hat sich unsere Finanzverwaltung bewegt und beide Seiten sollten zufrieden sein. Er hat heute [...]- teurer Geburtstag :-))"**

Nachricht von Thomas Schmid an Hans-Jörg Schelling vom 31. Oktober 2016[256]

Etwas mehr als einen Monat später wurden im Dezember 2016 die entsprechenden Bescheide erlassen, mit dem Ergebnis: Wolf muss lediglich rund 7,1 Millionen Euro und knapp 690.000 Euro Zinsen nachzahlen.[257]

Schmid gab auch später bei seiner Einvernahme vor der WKStA zu Protokoll, dass er sich, insbesondere auf Wunsch des damaligen Finanzministers Hans-Jörg Schelling, für Wolf eingesetzt habe.[258] Zudem habe er auch Sebastian Kurz „*informiert, dass es eine delikate Steuerangelegenheit betreffend WOLF gibt*", wenngleich Schmid ihm keine Details genannt habe.[259]

DDr. Gunter Mayr, seit 2012 Sektionschef für Steuerpolitik und Steuerrecht im Finanzministerium, bestätigte im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss ebenfalls Interventionen. So erinnerte sich DDr. Mayr an „*das unerfreuliche Gespräch [mit Thomas Schmid] am 5.7. - irgendwas mit Deals und so weiter, dass er [Wolf] in Richtung Russland sehr dienlich wäre und so weiter*". Gleichzeitig wies er darauf hin, dass das nichts daran ändere, „*dass ein Spitzenmanager wie jeder andere seine Steuern im Rahmen der Gesetze entrichten*" müsse.[260] Nicht so im Falle Wolf.

Über 50 SMS und etliche Telefonate: Ex-Finanzminister Schelling setzte sich intensiv in der Steuercausa Wolf ein

Foto: ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com

Nachdem sich Schmid und Finanzminister Schelling persönlich um die Sache „*kümmerten*"[261], wurden Wolfs Steuerunterlagen beim Finanzamt Wiener Neustadt & Neunkirchen vom zuständigen Finanzbeamten an die dortige Leiterin Dr. Kölndorfer übertragen.[262] Am 9. Juni 2018 traf sich Dr. Kölndorfer sogar mit Wolf auf der Autobahnraststätte Guntramsdorf. Kurz darauf kam es zum Meinungsumschwung und das Finanzamt erstellte am 26. Juli 2018 einen Bescheid, auf dessen Basis Wolf rund 630.000 Euro nachgesehen wurden.[263] Allerdings sei diese Nachsicht rechtswidrig auf Wunsch des damaligen BMF-Generalsekretärs Thomas Schmid erfolgt, wie es in einer anonymen Anzeige an die WKStA heißt, wobei das dazu geführte Ermittlungsverfahren von der StA Wr. Neustadt eingestellt worden sei.[264]

Auch der BMF-Präsidialchef und spätere Finanzminister Eduard Müller wurde laut Eigenaussage „*mehrfach von verschiedenen Personen aufgefordert*", sich in die Sache einzubringen[265], allen voran von Generalsekretär Thomas Schmid.[266] Ob Müller mit dem Steuerberater von Wolf in Kontakt stand, konnte er im Untersuchungsausschuss zunächst nicht mit Gewissheit sagen[267], bestätigte dann aber doch, dass er ihm wahrscheinlich Auskünfte erteilt habe.[268] Seine Involvierung zeigen auch zahlreiche Chatnachrichten, etwa wenn Wolf schreibt: „*Bitte der Edi soll draufbleiben*"[269], „*Ok dann soll er sich bitte dringend einbringen!!*" oder „*Danke aber Edi soll sich das anschauen*".[270]

Tatsächlich wechselte Dr. Kölndorfer per 1. September 2018 mit Unterstützung von BMF-Generalsekretär Thomas Schmid und unter Beteiligung von Eduard Müller, der ihre Bewerbung erhielt[271], bzw. per Ernennung durch den neuen Finanzminister Hartwig Löger, auf ihren neuen Wunschposten in Baden und Mödling[272] [273], wo sie seither das dortige Finanzamt leitet und sich laut Eigenaussage für „*den Schutz der Wirtschaft durch Bekämpfung des Steuerbetrugs*" einsetzt.[274]

Acht Monate später fiel bei einer routinemäßigen Prüfung des Finanzamts Wiener Neustadt auf, dass die Nachsicht zugunsten von Wolf in Höhe der rund 630.000 Euro ohne Genehmigung der zuständigen Abteilung im BMF erfolgt war, woraufhin der Bescheid wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben wurde.[275] In diesem Zusammenhang kam es erneut zu Interventionen, um Wolf die Zinsnachzahlung doch noch zu ersparen. Im Juni 2019 wandte sich Wolf diesbezüglich an Schmid und Schelling und indirekt an den damaligen Finanzminister Eduard Müller.[276] So bestätigt etwa Schelling in seiner Nachricht an Wolf: „*Habe soeben mit Müller gesprochen*".[277] Dieser würde kurzfristig mit Krammer von der Steuersektion sprechen.[278] Aber diesmal war es schon zu spät. Der Bescheid, so Schellings Nachricht an Wolf, war „*leider schon draußen*"[279], weshalb ihm das BMF diesmal nicht mehr helfen konnte.

Sanktionsliste: „Lieber Sebastian!“

Infolge der russischen Aggression in der Ukraine und der vermuteten Einmischung in den US-Wahlkampf verhängten die USA im Frühjahr 2018 Sanktionen gegen eine Reihe russischer Unternehmen. Auch auf der Liste: die *GAZ-Gruppe*. Deren Aufsichtsratsvorsitzender: Siegfried Wolf. In der Folge bedient sich Wolf seiner Beziehung zu Kanzler Kurz. Dieser lässt sich offenbar willfährig vor den Karren spannen und interveniert wiederholt im Sinne von Wolf bei amerikanischen Spitzenpolitiker*innen.

Wolf intervenierte wiederholt bei Kurz betreffend der Sanktionen gegen die *GAZ-Gruppe*, dem größten russischen Automobilkonzern im Eigentum des Oligarchen Oleg Deripaska. Wolf war von 2010 bis 2019 Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens.[280]

„Sebastian guten Morgen - wenn du heute mit US redest dann sollten die uns bitte sagen was US noch von uns verlangt? [...] Bitte rufe mich vorher ev an“

Nachricht von Siegfried Wolf an Sebastian Kurz vom 6. November 2018[281]

„Sebastian ich brauche nochmal deine Hilfe in meiner Angelegenheit - kannst du bitte nochmal hr Manuchin [sic, amerikanischer Finanzminister, Anm.] oder hr Pompeo [amerikanischer Außenminister, Anm.] anrufen? Da geht nichts weiter“

Nachricht von Siegfried Wolf an Sebastian Kurz vom 5. Dezember 2018[282]

Zwischen November 2018 und Jänner 2020 gab es eine Vielzahl von Kontakten (Chats, Telefonate) zwischen Kurz und Wolf in dieser Angelegenheit. Anzumerken ist, dass es sich bei Manuchin aller Wahrscheinlichkeit nach um Steven Mnuchin, den damaligen US-Finanzminister und bei Pompeo um den damaligen US-Außenminister, Mike Pompeo, handelte. Die Formulierung der vorgetragenen Bitte, wonach Kurz nochmals bei den beiden Spitzenpolitikern anrufen solle, zeigt, dass Kurz zuvor schon auf der höchsten politischen Ebene für Wolf tätig war.

Auch aus weiteren Nachrichtenverläufen verstärkt sich das Bild, dass Bundeskanzler Kurz seinen Einfluss massiv zu Gunsten von Wolf einsetzte. So fragte Wolf am 21. Februar 2019, nur einen Tag nach dem Treffen von Kurz mit Trump in Washington:[283] „*Lieber Sebastian - guten Morgen. Sag konntest du etwas erreichen? Bitte um Info- Danke Sigi*“. Und Kurz antwortete wenige Stunden später: „*Lieber Sigi! War sehr, sehr gut. Bitte lass uns direkt reden sobald ich in Wien bin. AL*“.[284]

An einer anderen Stelle versicherte Kurz gegenüber Wolf, dass er „*dran*“ sei, wenige Tage nachdem ihn Wolf gebeten hatte, nochmals in den USA anzurufen. Dabei lud Wolf ihn auch gleich zum Spargelessen „*ins Fontana*“ ein.[285]

Im Jänner 2020 bat Wolf Kurz erneut darum, für ihn zu intervenieren, und zwar an allerhöchster Stelle:

**„Lieber Sebastian
Heute wird unser GAZ Problem an hr Manuchin [sic] vorgetragen.
Daher wäre es besonders wichtig wenn du noch einmal White House und Manuchin [sic] bitte anrufen kannst.“**

Nachricht von Siegfried Wolf an Sebastian Kurz vom 14. Jänner 2020[286]

In Summe ergibt sich aus diesen beispielhaft ausgewählten und bei weitem nicht vollständigen Chats, dass Bundeskanzler Kurz kraft seines Amtes und zugunsten von Wolf mehrfach gegen die Russland-Sanktionen intervenierte. Ob Kurz dafür allfällige Gegenleistungen erhielt, ist nicht ersichtlich. Ein volkswirtschaftliches Interesse, welches einen so massiven Einsatz eines Bundeskanzlers für die Partikularinteressen des Herrn Wolf rechtfertigen würde, ist jedenfalls nicht erkennbar.

Eine mögliche Erklärung dafür, dass Kurz die Interessen von Wolf mit derartigem Nachdruck vertrat, dürfte darin liegen, dass ursprünglich offenbar geplant und zwischen Kurz und Wolf vereinbart war, dass Wolf die neu zu schaffende Position des Aufsichtsratsvorsitzenden der ÖBAG übernehmen hätte sollen.[287] Eine Aufgabe, die Wolf wohl nur unter der Voraussetzung übernehmen hätte können, dass andere Unternehmen, für welche Wolf zeitgleich Organfunktionen innehatte, nicht von der USA mit Sanktionen belegt werden - zu groß wäre der Reputationsschaden für die ÖBAG und die Republik andernfalls gewesen.

Abgesehen davon war Wolf einer der ersten Unterstützer von Kurz gewesen. Laut einer Zeugenaussage von Ex-Vizekanzler Mitterlehner hat Wolf für Kurz im Vorfeld von dessen Machtübernahme in der ÖVP Veranstaltungen organisiert, im Rahmen derer um finanzielle Unterstützung für Kurz geworben wurde.[288]

Foto: HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com

Optimal entspannt: Die Charmeoffensive für René Benko

René Benko galt einst als Österreichs Vorzeige-Selfmade-Milliardär. Auf 4,9 Milliarden Euro soll sich laut Schätzungen das Vermögen des Tirolers summieren[289], womit er zu den fünf reichsten Menschen hierzulande gehören dürfte.

Laut Medienberichten gehörte Benko zum *„innersten Kreis“* rund um Ex-Kanzler Sebastian Kurz.[290] Eine Freundschaft zum Ex-Kanzler wollte Benko, dazu im Ibiza-Untersuchungsausschuss befragt, weder bestätigen noch dementieren. Er hielt lediglich fest: *„Also wir kennen uns gut und schätzen uns sehr“*.[291]

> ***„Also wir kennen uns gut und schätzen uns sehr“***
> **Benko über Kurz**

Jedenfalls dürfte der Draht zur Macht unter der Kanzlerschaft von Kurz ein exzellenter gewesen sein, insbesondere ins Finanzministerium und zu dessen damaligem Generalsekretär Thomas Schmid. Dort hatten Benkos Unternehmensgruppe, zusammengefasst unter dem Dach der SIGNA Holding, sowie eine Benko zurechenbare Privatstiftung jede Menge Probleme: Gleich in mehreren Fällen prüften Beamt*innen die Gebarung von Benkos Unternehmen akribisch. Einmal ging es um das sog. *Goldene Quartier* im ersten Wiener Gemeindebezirk, einmal um seinen Privatjet und Benkos Lohnsteuer, ein weiteres Mal um verlustbringende Ärztezentren.

Benko sprach laut Akten und übereinstimmenden Aussagen von Auskunftspersonen und Zeug*innen im Strafverfahren mehrfach in diversen Angelegenheiten im BMF vor und stand in engstem Austausch mit Schmid. Er erhielt Zugang zu den wichtigsten Entscheidungsträger*innen, etwa zum mächtigen Sektionschef und Kurzzeit-Minister Eduard Müller.

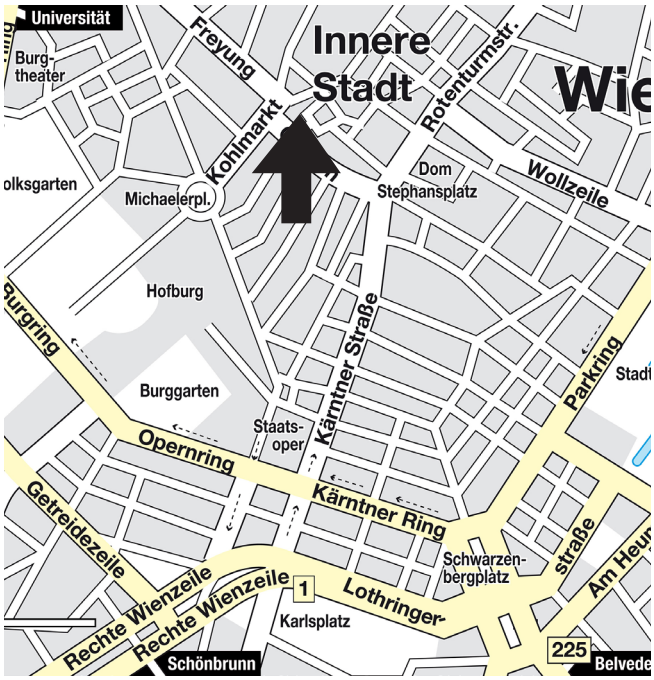
Ein weiteres Bild, das die Akten zeigen: Hier wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt und eine Service- und Charmeoffensive der Sonderklasse seitens des BMF gesetzt. Eine Behandlung, von der normale Steuerzahler*innen nur träumen können.

Insgesamt dürfte es dabei nach den vorliegenden Akten um potentielle Steuernachzahlungen in Höhe von zwölf Millionen Euro gegangen sein.[292] Eine Summe, die für einen mehrfachen Milliardär eigentlich durchaus stemmbar sein dürfte. Umso mehr verwundert der Aufwand, der im BMF für Benko betrieben wurde.

Die WKStA geht auf Grund der Aktenlage und der belastenden Aussagen von Thomas Schmid dem Verdacht nach, dass es nicht nur bei offenen Türen und Ohren im BMF blieb, sondern dass tatsächlich in Benkos Sinne Einfluss auf die anhängigen Steuerprüfungen genommen wurde.

Eines ist jetzt schon klar: Dass die Verwaltung einzelnen betuchten Günstlingen einen derart privilegierten Zugang zu Entscheidungsträger*innen gewährt, ist nicht hinnehmbar und geradezu ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler*innen.

Das steuerschonende Insichgeschäft Tuchlaubenkomplex



Am 18. Oktober 2022 kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen in Zusammenhang mit vermuteten Einflussnahmen auf Steuerverfahren von René Benko, darunter auch an Standorten der SIGNA Holding. Im Zentrum unter anderem: Die Deals der SIGNA rund um den Kauf und Weiterverkauf des sog. *Goldenen Quartiers* im 1. Wiener Gemeindebezirk.

Im Gegenzug für die vermutete begünstigende Einflussnahme auf Steuerverfahren habe Benko Schmid, so die zusammengefasste Verdachtslage, die Position eines Generalbevollmächtigten bei der SIGNA in Aussicht gestellt, zu einem Jahresgehalt von 600.000 Euro (300.000 Euro Gehalt, 300.000 Euro Boni).[293] Laut den Aussagen von Schmid sei Kurz über die Interventionen und deren unsachlichen Charakter auch informiert gewesen.[294]

Der sogenannte Tuchlaubenkomplex wurde im Jahr 2007 durch die BAWAG an ein Konsortium unter Beteiligung der SIGNA verkauft. Ein Jahr später kaufte die zur SIGNA gehörende luxemburgische *RB International Development Fund I S.C.A., SICAR* die Immobilie zu einem Preis von **rund 141 Millionen Euro.** Nur rund zwei Wochen später veräußerte die SICAR die Beteiligung an ein weiteres, mit der SIGNA in Verbindung stehendes Unternehmen und erzielte dabei **einen Gewinn von 54 Millionen Euro.**[295] Kurz darauf wurde durch diese simple Vermögensübertragung der daraus erzielte Gewinn an die *Laura Privatstiftung* ausgezahlt. Deren Stifter*innen sind Benko und seine Mutter. Somit gelangte der Millionengewinn in die wirtschaftliche Sphäre Benkos.[296]

Das zuständige Finanzamt in Wien ging gemeinsam mit der Großbetriebsprüfung noch im Sommer 2018 davon aus, dass es sich bei dieser Transaktion zwischen eigenen Unternehmen und Stiftungen grundsätzlich um eine verdeckte Gewinnausschüttung handelte, welche auch finanzstrafrechtlich relevant sein könnte. Aufgrund der langen Verfahrensdauer bot das Finanzamt Wien Benkos SIGNA schließlich den Kompromiss an, statt 54 Millionen Euro nur 50 Millionen Euro versteuern zu müssen, auf eine Feststellung einer verdeckten Gewinnausschüttung hätte man diesfalls verzichtet. Die Signa bestand allerdings weiterhin darauf, höchstens 35 Millionen Euro zu versteuern.[297]

Das Verfahren wird kurz vor Abschluss verlegt

Im Sommer 2018 beantragte die SIGNA überraschend die Verlegung des Steuerverfahrens nach Innsbruck.[298] Der Vorstand des dortigen Finanzamts war anfangs skeptisch, was die Rechtmäßigkeit dieser Verlegung betrifft, und ersuchte daher Anfang September 2018 um zusätzliche Informationen.[299] In weiterer Folge schaltete sich Eduard Müller, stellvertretender Generalsekretär und Präsidialsektionschef im BMF ein, indem er am 5. September 2018 den Leiter des Finanzamts Innsbruck persönlich kontaktierte.[300]

Daraufhin nimmt die Geschichte die erste für Benko entscheidende Wendung: Der anfängliche Widerstand der Innsbrucker Finanzamtsleitung gegen die Übertragung nach Innsbruck nahm ein jähes Ende. Am 10. September 2018 meldete sich der dortige Finanzamtsleiter zurück mit der Nachricht, dass das Vorliegen der „*sachlichen und örtlichen Zuständigkeit des FA Innsbruck festgestellt*“ worden sei.[301] Das Steuerverfahren wurde nach Innsbruck verlegt. Als argumentative Grundlage für diese Entscheidung diente eine schriftliche Eingabe der Steuerberater*innen von SIGNA, so der Leiter des Finanzamtes in Innsbruck.[302]

Die Verlegung des Sitzes nach Innsbruck und das Einbringen der genannten schriftlichen Eingabe durch die SIGNA war offenbar zwischen René Benko und Thomas Schmid akkordiert. Schmid jubelte am 4. September 2018: „*Lieber Rene, war dann bei einem Abendessen! In deiner Sache ist alles auf Schiene! Deine SV Darstellung hat mir dabei sehr geholfen!!!!*“[303]

Foto: Adobe

„Lieber Rene! In deiner Sache ist alles auf Schiene!“

Thomas Schmid an Benko

Und dann geht es schnell - ganz im Sinne von René Benko

Nur wenige Tage nach der Zuständigkeitsverlegung nach Innsbruck, am 19. September 2018, war das Verfahren faktisch beendet – und zwar ganz im Sinne der SIGNA: Es kam lediglich zu einer Gewinnzurechnung von 36 Millionen Euro. Damit hat sich die SIGNA mit ihrer Forderung beinahe zu 100 Prozent durchgesetzt.[304] Letztlich bedeutete diese Erledigung im Sinne der SIGNA und René Benkos eine **Steuerersparnis von 3,5 Millionen Euro.**

Spitzenbeamte des BMF haben sich massiv eingemischt

Auffällig im gesamten Steuerverfahren waren die zahlreichen Einmischungen von Spitzenbeamten. Schmid hatte in seinen Aussagen sowohl Eduard Müller (seit Oktober 2015) als auch Roland Macho (ab 1. Dezember 2017 interimistischer und ab 1. März 2018 bestellter Fachvorstand der Großbetriebsprüfung) in Zusammenhang mit deren Rolle bei der Steuerprüfung SIGNA massiv belastet. Er habe gegenüber Müller klargemacht, dass er sich eine positive Erledigung der Steuersache im Sinne Benkos erwarte, und dieser habe das auch so verstanden.[305]

Ohne hier dem Ergebnis strafrechtlicher Ermittlungen in irgendeiner Form vorgreifen zu wollen, kann anhand der dem Untersuchungsausschuss seitens des BMF in diesem Zusammenhang vorgelegten Akten festgehalten werden, dass ein ungewöhnlich hohes Engagement von Macho und Müller in dieser Angelegenheit sichtbar ist. So gab es zwischen Mai und November 2017 jedenfalls drei Treffen zwischen Müller, Benko und Schmid (davon dürfte ein Termin in den Büros der SIGNA stattgefunden haben) sowie ein Telefonat.[306] Auch zwischen Macho, Schmid und Benko gab es Treffen.[307] Müller erinnerte sich anlässlich seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss lediglich an ein Treffen „*in einem kleinen Setting*“, ansonsten habe er Benko nur „*noch ein oder zwei Mal mal bei irgendwelchen Veranstaltungen*“ getroffen.[308] Roland Macho schilderte vor dem Untersuchungsausschuss, dass Müller bei ihm und seinem Mitarbeiter regelmäßig nachgefragt habe, wie der Verfahrensstand sei.[309]

Macho, der kurz zuvor als Fachvorstand der Großbetriebsprüfung bestellt worden war, beschrieb das laut U-Ausschuss-Akten nicht veraktete Treffen im April 2018 mit Benko so:

„*Der Generalsekretär hat mich empfangen und hat gesagt, er darf mir den besten Unternehmer Österreichs vorstellen, im Vorzimmer. [...] Er hat sich mir als René Benko vorgestellt. Ich habe gesagt: Grüß Gott! [...] Und dann habe ich gesagt: Herr Benko, was kann ich tun? Darauf hat er gesagt: Der Fall muss endlich erledigt werden. Und ich habe gesagt: Ja, das weiß ich, der wird erledigt*“.[310] Dies sei aber kein inhaltliches Zugeständnis gewesen. Macho betonte vor dem U-Ausschuss, dass eine mögliche Verjährung abzuwenden gewesen sei.[311]

> ***„Er hat sich mir als René Benko vorgestellt. Ich habe gesagt: Grüß Gott!“***
> **Finanzbeamter vor dem U-Ausschuss**

Akten des Untersuchungsausschusses zeugen von einem intensiven inhaltlichen Engagement seitens Machos. Einen Monat nach dem Treffen mit Benko wurde der über die Höhe der Gewinnzuschreibung entscheidende Wert auf das Betreiben des Vorstandes der Großbetriebsprüfung verringert. Ebenfalls per Weisung wurde das Vorliegen einer verdeckten Gewinnausschüttung verneint.[312] Macho selbst steuerte – wie sich aus seiner eigenen Dokumentation in der Sache ergibt – den gesamten Prozess und besserte auch Feststellungen in Berichten der Außenprüfung eigenhändig im Sinne der SIGNA aus.[313]

Luxusresidenz, Jacht und Munition als steuerschmälernde Betriebsausgaben

Wie sich aus den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten ergibt, war die Steuergebarung der SIGNA Holding auch sonst äußerst kreativ. Alleine in den Jahren 2008 bis 2011 wurden demnach für Benkos damalige Luxusjacht „*Magna Grecia*“ 4,6 Millionen Euro als steuermindernde Betriebsausgaben geltend gemacht.[314] Thomas Schmid war laut den bekannten Chats auf Ibiza Gast auf Benkos Jacht („*Rene, du Mr. 64 Meter – irre!!*“).[315]

> **Rene, du Mr. 64 Meter – irre!!**
>
> *Thomas Schmid an Rene Benko*

Darüberhinaus wurden Jagdaufwendungen in Zusammenhang mit Alfons Mensdorff-Pouilly („*Abschusskosten, Waffen, Munition*“) im Ausmaß von rund 100.000 Euro geltend gemacht.[316]

Weiters ist im Akt noch eine besondere Konstruktion zu finden: Die René Benko Privatstiftung vermietete ein Penthouse an die Signa Holding GmbH. Es geht um das Mietobjekt Fleischmarkt Top 17, eine Penthousewohnung mit einer Wohnnutzfläche von 600 Quadratmetern zuzüglich einer Außenterrasse mit 450 Quadratmetern. Die Mietkosten, die Benko quasi an sich selber zahlte, sollten teilweise steuerlich geltend gemacht werden.[317]

Und über eine Million Euro wurde für Aufwendungen in Zusammenhang mit Benkos Luxusvilla am Gardasee (Villa Ansaldi) geltend gemacht.[318] In Summe wurden alleine für die hier aufgezählten „Betriebsausgaben“ rund 5,7 Millionen Euro zu viel abgesetzt – und damit ursprünglich rund 1,425 Millionen Euro zu wenig an Körperschaftssteuer bezahlt.

Keine Steuern: Benkos Privatjet, den er an sich selber vermietet … und warum das dem Finanzamt ein Dorn im Auge ist

„*Gut dass Flieger geklärt ist! Jetzt müssen wir noch den Rest hinbringen*“.[319] Diese Nachricht von Thomas Schmid an René Benko stammt vom 18. August 2017. Doch was genau war im August 2017 geklärt worden? Es gab beim Finanzamt Kufstein/Schwaz ein steuerliches Prüfverfahren in Zusammenhang mit Benkos Privatjet. Demnach sollen, so die Einschätzung der Prüfer*innen, hohe Verluste aus dem Flugzeugbetrieb entstanden sein: 17,7 Millionen Euro in Summe.[320]

Benkos Privatjet, ein Bombardier Global Express.
Neupreis: rund 70 Millionen Euro

Grob zusammengefasst, zahlte die SIGNA an Benkos Unternehmen *Laura Ariadne GmbH u. Co KG* eine jährliche Bereitstellungsgebühr für die Nutzung des von dieser bereitgestellten Jets. Die Gebühr reichte jedoch nicht

Foto: Adobe

aus, um schwarze Zahlen zu schreiben. Die Millionenverluste der *Laura Ariadne* nutzte deren Kommanditist René Benko als Privatperson, um sie mit der Lohnsteuer gegenzurechnen und Steuerzahlungen zu entgehen.[321]

Ein Prüfer der Großbetriebsprüfung hielt zu Benkos Steuerzahlungen fest: *„Nach dem Kenntnisstand der GBP (Team 72, Ibk) hat die Gruppenträgerin Signa Holding GmbH in den letzten Jahren keine Ertragssteuern bezahlt, obwohl immer wieder erhebliche Wertsteigerungen im Konzern realisiert wurden; auch die Privatstiftung zahlt kaum Steuern (Schachtelprivileg) und die dahinter stehende natürliche Person bekommt die Lohnsteuer weitgehend zurück, weil sie ihre Einkünfte aus nsA [Anm.: nicht selbstständiger Arbeit] mit negativen Tangenten aus einer Flugzeugvermietung ausgleicht“*.[322]

Das Finanzamt Kufstein/Schwaz sah letztlich den Verdacht auf Liebhaberei nicht bestätigt und erledigte die Angelegenheit in dessen Sinne just einen Tag bevor Schmid die oben angeführte SMS (*„Gut dass Flieger geklärt ist!“*) an seinen milliardenschweren Freund verschickte.[323]

„Gut dass Flieger geklärt ist!“

Thomas Schmid an Rene Benko

Das Finanzamt für Großbetriebe prüft aktuell in dieser Angelegenheit – die ursprüngliche Entscheidungsfindung des Finanzamtes Kufstein/Schwaz sei aus dessen Sicht nicht nachvollziehbar: *„Eine rund vier Jahre andauernde Vorprüfung durch das Finanzamt Kufstein/Schwaz sei aus Sicht des FA für Großbetriebe weder im Hinblick auf die damalige Entscheidungsfindung, den Organisationsablauf noch den Abschluss der Prüfung und die Beurteilung nachvollziehbar“*.[324] Es geht in diesem Fall um eine im Raum stehende Steuerersparnis von rund 4,4 Millionen Euro.[325]

Schmid „kümmerte“ sich auch in der Steuersache M’Management

Die *M’Management GmbH*, welche Ärzte- und Gesundheitszentren betreibt, gehört zur Unternehmensgruppe der SIGNA. Die Steuerprüfung nahm die Unternehmensjahre 2007 bis 2011 genauer unter die Lupe, denn in jedem einzelnen Jahr wurden Verluste zwischen 1,9 und 3,3 Millionen Euro geschrieben.[326] Die Großbetriebsprüfung kam deshalb im Sommer 2017 zum Schluss, dass aus steuerlicher Sicht Liebhaberei vorgelegen sei.[327] Demnach wäre, vereinfacht gesprochen, für die geltend gemachten Verluste in Höhe von rund 12,16 Millionen Euro[328] im Zeitraum 2007 - 2011 Körperschaftsteuer zu zahlen gewesen – mehr als drei Millionen Euro in Summe.

Nach der Schlussbesprechung am 18. Oktober 2017 beschwerte sich der steuerliche Vertreter von Benko bei ebendiesem über die Prüfer*innen. Benko leitete die Beschwerde an Schmid weiter und dieser an Eduard Müller mit dem Betreff *„zur info nicht zur weitergabe wie unsere leute agieren“*.[329] In der weitergeleiteten Mail des Steuerberaters der SIGNA wird zur Schlussbesprechung und zur Sicht der Prüfer*innen festgehalten: *„Zur Kenntnis genommen, aber nicht akzeptiert“*.[330] Schmid informierte Benko über sein Engagement in dieser Steuerangelegenheit: *„Hi René, habe deine Mail bekommen und Kümmere mich darum“*.[331]

„Zur Kenntnis genommen, aber nicht akzeptiert“
Beamte unter Druck

Unmittelbar darauf schalteten sich der Fachbereich der Großbetriebsprüfung und der bundesweite Fachbereich ein.[332] Diese Abteilungen vertraten plötzlich die Ansicht, dass es sich entgegen der bisherigen Prüfergebnisse, die die Außenprüfung über Jahre erarbeitet hatte, zumindest für das Jahr 2007 nicht um Liebhaberei gehandelt hätte. Die diesbezügliche Weisung des Vorstandes der Großbetriebsprüfung wurde von Macho persönlich den Prüfer*innen übermittelt: *„Ich habe heute noch einmal mit unserem VO [Anm.: Vorstand] die weitere Vorgangsweise besprochen. 2007 wie vorbereitet (dh KEINE Liebhaberei) abschließen“*.[333]

Die SIGNA musste also für dieses Jahr für ihre Investition in Ärztezentren keine Steuernachzahlung leisten. Auch die restlichen Jahre, die die Außenprüfung vor dem *„Ich kümmere mich darum“*-SMS von Schmid an Benko bereits zum Nachteil der SIGNA abschließen wollte, wurden in weiterer Folge durch eine Weisung des nunmehr eingeschalteten Vorstandes der Großbetriebsprüfung ganz im Sinne der SIGNA wieder aufgemacht: *„Jahre ab 2008 - unter Berücksichtigung der Anregungen des bwFB [Anm.: bundesweiter Fachbereich] bzw weiterer vorgelegter Unterlagen dahingehend prüfen, ob Liebhaberei aufrecht zu erhalten ist“*.[334]

Auch hier wurde ein Steuerverfahren der SIGNA durch Eingriffe von hierarchisch höheren Stellen ganz im Sinne der SIGNA beeinflusst. Und dies just nach einer Beschwerde von Benko bei Schmid.

Für Benko sperrt das Bezirksgericht auch am Feiertag auf

Die Zusatzserviceleistungen türkiser Regierungsmitglieder für Kurz-Intimus Benko beschränkten sich aber nicht nur auf dessen Steuerangelegenheiten. Zum Jahreswechsel 2017/18 übernahm Benkos Privatstiftung das Leiner-Haus in der Wiener Mariahilfer Straße 10-18 um 60 Millionen Euro.[335] Laut Medienberichten ließ sein Freund Kurz dafür extra das Bezirksgericht Josefstadt zwischen den Weihnachtsfeiertagen aufsperren und den zuständigen Beamten aus dem Urlaub holen, damit Benko den Deal noch rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2017 grundbücherlich abschließen konnte.[336] Benko bestritt den Vorgang in dieser Form im Ibiza-Untersuchungsausschuss.[337]

> **„serviceorientierte Verwaltung“**
> **Kurz-Sprecher zur Benko-Spezialbehandlung**

Ein Sprecher von Ex-Kanzler Kurz führte dazu aus: „*Der Zugang der Bundesregierung ist, eine serviceorientierte Verwaltung anzubieten*“.[338] Das dürfte für gut Betuchte aus dem „Inner Circle“ der ÖVP, wie dieses Beispiel veranschaulicht, durchaus der Fall gewesen sein.

Eine ungewöhnliche Einstellung in der Causa Chalet N

Aber nicht nur das Finanzministerium und der ehemalige Kanzler zeigten sich gegenüber Benko und anderen Wirtschaftsmagnaten außerordentlich zuvorkommend. Auch im Justizministerium gab es unter dem von der ÖVP nominierten Minister Wolfgang Brandstetter „Auffälligkeiten“ – wie etwa in der Strafsache „Schlössle“, bei der ein Strafverfahren gegen René Benko trotz fertiger Anklageschrift der WKStA auf Grund einer Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien unter höchst ungewöhnlichen Umständen eingestellt oder, um es wie Christian Pilnacek zu sagen, „*daschlogn*“ wurde.

Im Jahr 2011 erwarb René Benko in Oberlech einen Berggasthof um rund 8 Millionen Euro[339], um diesen in weiterer Folge zu einem absoluten Luxusobjekt auszubauen (Chalet Preis laut Medien: 270.000 Euro pro Woche).[340]

Benkos letztlich umgesetzter Plan war, die Nutzfläche der Liegenschaft von 900 auf 1600 Quadratmeter zu erweitern.[341] Ein Unterschied, der bei den Arlberger Quadratmeterpreisen von über 10.000 Euro/Quadratmeter einen Wert von mehreren Millionen ausmacht.

Doch zuvor musste Benko zwei Probleme lösen. Erstens: Es gab ein bestehendes Vorkaufsrecht der Gemeinde Lech. Und zweitens: Möglichst rasch alle erforderlichen Genehmigungen durch die Gemeinde erhalten.

Benko bot der Gemeinde Lech daher 250.000 Euro als Abgeltung für das bestehende Vorkaufsrecht. So weit, so gut. Und laut Gemeinderatsprotokoll weitere 250.000 Euro für die „*zeitlich vernünftige Abwicklung des Genehmigungsverfahrens*“.[342] Die WKStA ermittelte ab 2015 auf Grund dieses möglichen Geschäftes – 250.000 Euro für eine zeitlich vernünftige Abwicklung – wegen des Ver-

Foto: Adobe, Tim Graham / robertharding / picturedesk.com

dachts der Bestechung und Bestechlichkeit, unter anderem gegen Benko und den damaligen Bürgermeister.[343] [344]

Bereits am 10. September 2015 machte Benkos Anwalt, Ex-Justizminister Dr. Dieter Böhmdorfer, eine Eingabe bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien direkt zu Handen deren Leiterin Eva Marek. Auf dem Schriftsatz findet sich noch ein Post-it, auf dem steht: *„Von RA Dr. Böhmdorfer am 10. September 2015 mir persönlich übergeben. Marek“*.[345] Ein höchst ungewöhnlicher Schritt.

> **„Von RA Dr. Böhmdorfer am 10. September 2015 mir persönlich übergeben.“**
> **Marek, ungewöhnlicher Aktenlauf**

Nach nur zehn Monaten Ermittlungen war der Sachverhalt für die WKStA so weit geklärt, dass sie Anklage erheben wollte. Der diesbezügliche Vorhabensbericht wurde, wie in solchen Fällen rechtlich vorgesehen, im November 2015 der Oberstaatsanwaltschaft, also Mareks Behörde, zur Genehmigung übermittelt.[346]

Am 23. Februar 2016 wurde Böhmdorfer in Sachen Benko wieder bei der Leiterin der Oberstaatsanwaltschaft Wien vorstellig und übergab namens seines Mandanten einen weiteren Schriftsatz, eine Urkundenvorlage nachdem bereits am 18. Februar 2016 ein Schriftsatz direkt bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien eingebracht worden war, samt neuem Beweisvorbringen, diesmal deutlich ausführlicher und mit völlig neuen Argumenten. Der nächste sehr ungewöhnliche Vorgang. Auf dem Schriftsatz vom 23. Februar 2016 findet sich wieder ein Post-it mit dem Vermerk Mareks: *„persönlich übergeben“*.[347]

Unklar blieb auch nach den Befragungen von Marek und Ex-Justizminister Brandstetter im Untersuchungsausschuss, woher Böhmdorfer wusste bzw. weshalb er annehmen konnte, dass der Akt samt Anklageentwurf bei der Oberstaatsanwaltschaft war. Marek bestätigte immerhin, dass der Anklageentwurf eigentlich *„vertraulich“* ist[348] und konnte sich auch an keinen anderen Fall erinnern, in welchem Anwälte neue Beweismittel direkt bei der Oberstaatsanwaltschaft vorgelegt hätten: *„Das kann durchaus sein, das weiß ich aber nicht mehr“*.[349]

Die nächste Kuriosität: Der Inhalt des Beweisvorbringens. So führte Böhmdorfer für seinen Mandanten Benko aus, dass der Betrag von insgesamt 500.000 Euro an die Gemeinde Lech deshalb gesplittet worden sei, um das Zahlungsziel der zweiten 250.000 Euro-Tranche hinauszuschieben[350] (und nicht um, wie im Gemeinderatsprotokoll festgehalten, das Genehmigungsverfahren im Sinne Benkos zu gestalten). Also zusammengefasst: **Benko, der mehrfache Milliardär, wollte laut dessen Anwalt die 250.000 Euro ein bisschen später zahlen, um sich einen Zinsvorteil zu verschaffen.**

Marek hätte nun den Akt der WKStA samt dem neuen Vorbringen Böhmdorfers an die mit dem Fall betraute WKStA zur Beweiswürdigung zurückschicken können. Das tat sie aber nicht. Stattdessen nahm sie sich sonderbarerweise selbst der Angelegenheit an und würdigte das plötzlich auf so ungewöhnlichem Weg erstattete Vorbringen (Stichwort: „Zahlungsziel“) selbst. Dazu und zur Frage der Glaubhaftigkeit der Argumente Benkos führte sie als Auskunftsperson befragt aus: *„Wenn es hier so steht, dann ist es gewürdigt worden“*.[351]

Marek folgte den Argumenten Benkos: Das Verfahren wurde am 14. Oktober 2016 auf Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien eingestellt, nachdem zuvor noch das Ministerium unter dem damaligen Strafrechts-Sektionsleiter Christian Pilnacek der späteren Verfassungsrichterin grünes Licht gegeben hatte.[352] [353] Die Verurteilung Benkos in einem sehr ähnlichen Fall wegen eines Korruptionsdelikts im Jahr 2014 (150.000 Euro wurden für die Beschleunigung eines Steuerverfahrens einer SIGNA-Tochter in Italien in Aussicht gestellt)[354] wurde laut Marek bei ihrer Einstellungsweisung nicht berücksichtigt.[355]

Doch damit war der Reigen an ungewöhnlichen Vorgängen rund um diese Causa noch nicht zu Ende: Die Einstellungsbegründung, wie in glamourösen Fällen vorgesehen, wurde 2016 nicht veröffentlicht. Erst am 5. August 2019, drei Monate nach Ibiza und aufgrund von mehr Medienanfragen, kam es zur Veröffentlichung der doch seltsamen Einstellungsbegründung. Mareks Oberstaatsanwaltschaft stufte die Causa Schlössle wegen der Bekanntheit Benkos und dem öffentlichen Interesse zwar als berichtspflichtig gegenüber der WKStA ein, sah aber gleichzeitig zu wenig öffentliches Interesse, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren.[356]

ALLES FÜR DEN SPENDER: WALD GERODET UND UMGEWIDMET

18 Hektar gerodete Waldfläche und ein Millionendeal der Bundesforste mit einem ÖVP-Großspender – die Causa Ohlsdorf bewegte nicht nur die oberösterreichische Landespolitik, sondern wurde auch zum Thema parlamentarischer Anfragen sowie im Untersuchungsausschuss.

Etwa ein Drittel der gerodeten Waldfläche wurde dabei von der Österreichische Bundesforste AG an ein Unternehmen des ÖVP-Großspenders Hans Asamer verkauft. Bereits 2006/2007 hat Asamer 500.000 Euro an die ÖVP gespendet. Damals stand der Verdacht einer illegalen Parteispende im Zusammenhang mit einem umstrittenen Hotelprojekt im Raum.[357]

Das Bizarre an dem Ohlsdorf-Deal: Asamer verkaufte das Grundstück um den dreifachen Preis weiter. Er erstand das Grundstück zunächst um rund 3,75 Millionen Euro[358], also zu einem Quadratmeterpreis von etwa 60 Euro, und konnte es prompt zu einem Preis von rund 160 Euro/Quadratmeter an eine belgische Immobilienfirma weiterverkaufen.[359] Finanzprokuratur-Chef Peschorn hatte zu dem von den Bundesforsten festgesetzten Preis jedoch keine Wahrnehmung, fand den Weiterverkauf um das Dreifache jedoch „*bedauerlich*“.[360]

Bundesforste machen mit Rodungsantrag den Weg frei

Der hohe Wert des ehemaligen Waldstückes konnte nur durch die Umwidmung durch den zuständigen ÖVP-Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner erzielt werden. Bereits am 12. Dezember 2017 stellte Asamers *EIG Entwicklungs- und Immobilien GmbH* gemeinsam mit den Österreichischen Bundesforsten einen Antrag auf Umwidmung des Grundstückes. Am 18. April 2019 erfolgte ein weiteres Rodungsgesuch der Bundesforste.[361] Die Bundesforste begehrten die Rodung ihrer eigenen Waldfläche. Dies steht im Widerspruch zum gesetzlich festgelegten Ziel der Österreichischen Bundesforste, „*die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes [...] bestmöglich zu sichern und weiterzuentwickeln*“.[362]

Während die zuständige Bezirkshauptmannschaft Gmunden den Rodungsantrag im Februar 2020 zunächst

Foto: Adobe

abgelehnt hatte, wurde ein lediglich ein halbes Jahr später gestellter Rodungsantrag im Oktober 2021 plötzlich doch bewilligt, nachdem die Gemeinde Ohlsdorf zuvor mutmaßlich ein Gegengutachten beauftragt hatte.[363]

Bundesforste werden mit Verkaufserlösen zum Immobilieninvestor

Zeitgleich zum Grundstücksverkauf der Bundesforste kauften diese 34 Wohnungen in Ohlsdorf.[364] Zunächst war ein Tauschgeschäft geplant: 17 Wohnungen sollten gegen das 60.000 Quadratmeter große Grundstück getauscht werden. Auf Anraten der Finanzprokuratur wurden die Geschäfte voneinander getrennt. Die Bundesforste verkauften das Grundstück und zahlten gleichzeitig aus den Erlösen an einen regionalen Bauträger 9,36 Millionen Euro für das Immobiliengeschäft mit den Investorenwohnungen.[365] Warum es zu diesem Dreiecksgeschäft gekommen ist - ohne dass Asamer laut Firmenbuch in geschäftlicher Verbindung mit dem Bauträger steht - konnte im Untersuchungsausschuss nicht geklärt werden. Im November 2021 schließlich, als die Rodung bewilligt war, unterzeichnete Asamer den Kaufvertrag mit den Bundesforsten.[366]

Erst auf Anraten der Finanzprokuratur, die dem Deal beigezogen wurde, wurde das Grundstück öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibungskriterien sind jedoch von kaum jemand anderem als Herrn Asamer zu erfüllen gewesen. Insbesondere ist laut Ausschreibung die direkte Zufahrt über eine im Eigentum von Asamers *Ehrenfeld Aufschließungs GmbH* stehende Privatstraße eine Voraussetzung. In der Ausschreibung wird auch darauf verwiesen, dass eine Übergabe des Grundstückes nur mit Rodungsbewilligung und erfolgreicher Umwidmung erfolgen kann. Natürlich mit dem Hinweis, dass entsprechende Anträge von Herrn Asamer bereits gestellt worden sind.

Finanz- und Landwirtschaftsministerium d'accord mit schlechtem Deal

Brisant ist die Causa vor allem deshalb, weil in den Aufsichtsrat der Bundesforste Ministeriumsvertreter*innen des Landwirtschafts- und Finanzministeriums entsandt worden sind. Diese hätten zwar ein Vetorecht bei der Veräußerung und dem Erwerb derartiger Grundstücke gehabt, haben davon bei diesem derart schlechten Deal für die Republik jedoch keinen Gebrauch gemacht.[367] Der ehemalige Kabinettschef und jetzige Generalsekretär im Landwirtschaftsministerium Gernot Maier, welcher auch im Aufsichtsrat der Bundesforste sitzt[368], hat sich im Untersuchungsausschuss zu der Thematik entschlagen.[369] Warum die Bundesforste ein Grundstück zu einem Drittel des erzielbaren Preises rodeten und verkauften, bleibt für das Parlament daher immer noch unbeantwortet.

Mittlerweile hat sich auch der Rechnungshof der Causa angenommen: Im Zuge eines Rechnungshofberichts zur Liegenschaftsverwaltung der Österreichischen Bundesforste AG wurde nun eine gesonderte Gebarungsüberprüfung zur Liegenschaftsveräußerung und Errichtung eines Betriebsbaugebiets in Ohlsdorf eingeleitet.[370]

Auch die künftige Nutzung des Grundstücks ist noch ungewiss. Nachdem es zunächst Gerüchte gab, dass sich der Großkonzern Amazon auf der gerodeten Fläche ansiedeln oder der REWE-Konzern sein angrenzendes Zentrallager weiter ausbauen könnte[371], versuchte man schließlich, über die Online-Plattform „willhaben" Mieter*innen zu finden. Ob dies die für die Umwidmung ursprünglich von Asamer angeführten 600 bis 800 Arbeitsplätze bringen wird, ist äußerst fraglich.[372] Der einzige Gewinner in dieser Geschichte ist also Hans Asamer, der mit dem Weiterverkauf der gerodeten und seither ungenutzten Fläche Millionen verdiente.

Die wandelbare Meinung in der Steuerangelegenheit Erwin-Pröll-Stiftung

Thomas Schmid belastete in einer seiner Einvernahmen Wolfgang Sobotka schwer: Dieser habe in Finanzverfahren betreffend die *Dr. Erwin Pröll Privatstiftung* und das *Alois Mock Institut - Forum für Zukunftsfragen* erfolgreich zu deren Gunsten interveniert.[373] Ein Vorwurf, den Sobotka und die ÖVP strikt von sich wiesen, es wurde sogar abgestritten, dass es eine Prüfung gegeben hätte.[374] Was sich betreffend *Dr. Erwin Pröll Privatstiftung* als falsch herausstellte: In den Jahren 2017 und 2018 wurde nachweislich geprüft. Das Verfahren nahm kurz vor dem Ende eine abrupte Wendung zu Gunsten der *Dr. Erwin Pröll Privatstiftung*.

Am 11. Jänner 2017 zitierte der *Falter* aus geheimen Unterlagen, dass das Land Niederösterreich der *Dr. Erwin Pröll Privatstiftung* in 9 Jahren seit der Gründung in Summe 1,35 Millionen Euro zukommen lassen hat. Wolfgang Sobotka und Johanna Mikl-Leitner hätten als Finanzlandesrät*innen jährliche Subventionen in Höhe von 150.000 Euro beantragt. Die Beschlüsse fielen jeweils einstimmig durch die Landesregierung, waren aber öffentlich nicht bekannt.[375]

Die *Dr. Erwin Pröll Privatstiftung* wurde laut *Falter* von Pröll im Jahr 2007 gegründet, nachdem er zum Sechziger von anonymen Spender*innen 150.000 Euro geschenkt bekommen hatte. Er transferierte das Privatvermögen in eine Stiftung und in Folge wurde das Stiftungsvermögen mit Steuergeldern sukzessive weiter erhöht.[376] In Summe hatte das Land Niederösterreich der Stiftung von den 1,35 Millionen Euro zugesagten Fördergeldern am 5. Mai 2010 bereits 300.000 Euro überwiesen.[377]

Am 24. Mai 2017 berichtete der *Kurier*, dass die Pröll-Stiftung aufgelöst werde und der Landesabteilung ein Schreiben vorliege, wonach der Stiftungsvorstand – dem unter anderem Erwin Pröll angehörte – die 300.000 Euro an das Land zurückzahlt.[378]

Parallel zur medialen Berichterstattung in der Causa bzw. zur Ankündigung der Rückzahlung der öffentlichen Gelder begann auch das Finanzministerium, die Pröll-Stiftung und die Rückzahlung der erhaltenen Gelder an das Land zu prüfen.[379]

Dabei stand insbesondere die Frage der unterschiedlichen rechtlichen Folgen der Qualifikation der erhaltenen Gelder – Förderung oder Zustiftung – im Fokus der Prüfer*innen. Für die Prüfer*innen im BMF war anfangs klar: Es handelt sich, wie in den entsprechenden Unterlagen klar bezeichnet, um eine Zustiftung. Die 300.000 Euro sind somit als Eigenkapital der Stiftung zu qualifizieren, auch weil aus Sicht der Prüfer*innen die Förderrichtlinien des Landes nicht eingehalten worden sind.[380] Im Bericht des Landesrechnungshofes wurde festgehalten, dass die Zahlung der 300.000 Euro durch das Land auf Ansuchen der Stiftung erfolgt war und ausdrücklich als „*Zustiftung*“ bezeichnet worden ist.[381] Bis Juli 2018 blieb der zuständige Beamte im BMF bei dieser Einschätzung.[382]

Das Problem dabei: Rechtlich gesehen könnten die erhaltenen Gelder in diesem Fall nicht ohne weiteres durch den Vorstand der Stiftung zurückgezahlt werden (weil zweckgebundenes Eigenkapital)[383], ohne dass sich dieser der Gefahr strafrechtlicher oder zivilrechtlicher Folgen aussetzen würde. Außerdem wäre wohl die Stiftungseingangssteuer zu zahlen gewesen.

Im August 2018 erfolgte, nachdem im BMF bereits die Bescheidentwürfe erstellt worden waren, der plötzliche Meinungsumschwung im BMF: Die 300.000 Euro seien doch eine Förderung gewesen, erkannte man nunmehr und verwies begründend auf einen bereits rund ein Jahr dem BMF vorliegenden Bericht des Landesrechnungshofes.[384]

Die Folge, ganz im Sinne von Land und Stiftung: Die Rückzahlung war rechtlich zulässig und mangels Übernahme der Summen ins Eigenkapital der Stiftung war auch keine Stiftungseingangssteuer fällig.[385]

Foto: HERBERT PFARRHOFER / APA / picturedesk.com

Steuerverfahren Stadtpalais der Liechtensteins: Schmid-Chats weisen auf Interventionen hin

Im Zuge der Steuerprüfung einer Wiener Immobilie des Fürsten von Liechtenstein gab es ebenfalls Interventionen. Auch hier steht der Verdacht im Raum, das Finanzministerium könnte versucht haben, einem Superreichen aus der steuerlichen Patsche zu helfen.

Konkret ging es bei dem Fall um das fürstliche Stadtpalais in der Bankgasse, in unmittelbarer Nähe des Bundeskanzleramtes, das vier Jahre lang bis zum Frühjahr 2013 aufwändig renoviert worden war. Die Kosten dafür beliefen sich auf rund 100 Millionen Euro.[386] Bei der folgenden Großbetriebsprüfung war lange strittig, ob es sich bei dieser Renovierung um eine wirtschaftliche Investition oder lediglich um private Ausgaben des Fürsten handelte. Würden die Steuerbehörden die Sanierung als „Liebhaberei" einstufen, so wäre die zuvor abgezogene 20-prozentige Umsatzsteuer in Höhe von zirka 20 Millionen Euro sofort fällig geworden. Für Letzteres spricht, dass die hohen Kosten bei lebensnaher Betrachtung nicht durch gelegentliche Vermietungen des Palais für Events und Führungen gedeckt werden können.[387]

Foto: Von Thomas Ledl - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35948506

Allerdings intervenierte bereits zwei Jahre zuvor Gabriela Spiegelfeld, ehemalige Beraterin von Ex-Kanzler Sebastian Kurz, bei BMF-Generalsekretär Thomas Schmid:

Nachrichtenverlauf von Gabriela Spiegelfeld und Thomas Schmid vom 12. Juli 2017:[388]

„Du thomas, der Fürst v liechtenstein regt sich auf: seine Investitionen in der Bankgasse sollen als Liebhaberei deklariert werden. Er ist sauer und wird nicht mehr in ö investieren. Kannst du marie liechtenstein anrufen [...] Bitte, wichtiger kontakt!!!!"

Spiegelfeld

„Oh Gott! Ich kümmere mich darum!!"

Schmid

„Perfekt Die Liechtensteins werden wir noch brauchen"

Spiegelfeld

Spiegelfeld berichtete Schmid auch, dass es *„starke Interventionen bei HBM"* gegeben habe.[389] Dennoch konnte sich der damalige Finanzminister Hans Jörg Schelling bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss nicht daran erinnern.[390]

Für Thomas Schmid scheint die Sache aber doch wichtig genug gewesen zu sein, Sektionschef Gunter Mayr mit einem Briefing zu beauftragen, um auch Schellings Nachfolger Hartwig Löger *„aus erster Hand"* über die Causa zu informieren.[391]

Macho bestritt im Untersuchungsausschuss, dass bei ihm jemand in dieser Causa interveniert habe.[392] Auch an Interventionen bei Minister Löger könne er sich nicht erinnern.[393] Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Macho laut Eigenaussage *„genau drei, vier Fälle übernommen"* habe, die er *„in möglichst richtiger Zeit löse[n]"* solle.[394] Bei all diesen Fällen – Fürst Liechtenstein, René

Benko, Illwerke und Siegfried Wolf – war es zu politischen Interventionen vonseiten der ÖVP gekommen.

Ende 2019 scheint der Fall jedenfalls zugunsten der Familie Liechtenstein gelöst worden zu sein, denn die Finanzverwaltung sah von einer Steuernachzahlung in Millionenhöhe ab. Macho verwies dazu auf eine geänderte Rechtsprechung des VwGH.[395]

Der Fall Pierer: Die rechtswidrige Maulwurfsuche im Finanzministerium

Auch ÖVP-Großspender Stefan Pierer profitierte von außergewöhnlichen Aktivitäten des ÖVP-geführten Finanzministeriums.

Pierer war im Jahr 2017 einer der größten Parteispender der ÖVP. Seine Spende in Höhe von 436.563 Euro im Zuge des Nationalratswahlkampfes an die Bundes-ÖVP wurde mit 5. September 2017 dem Rechnungshof gemeldet.[396] Nur drei Wochen später legte sich das ÖVP-geführte Finanzministerium für Pierer ins Zeug, als am 29. September bekannt wurde, dass Pierer (gemeinsam mit 146 weiteren Personen) auf der sogenannten „Abschleicherliste" (Kapitalzufluss- und -abflussgesetz-Meldeliste) auftauchte.[397] (Pierer hat im Zuge von Steuerabkommen mit der Schweiz und Liechtenstein 20 Millionen Euro nach Österreich überwiesen und entging damit einer Steuernachzahlung von sechs Millionen Euro.[398]) Nur sieben Stunden nachdem die Information an die Öffentlichkeit gelangte (vom Zeitpunkt der ersten Vorabmeldung im Profil; Sa. 30.09.2017, 8.00 Uhr), eröffnete Finanzminister Hans-Jörg Schelling die Jagd auf den internen „Maulwurf".

WhatsApp-Verkehr zwischen Hans-Jörg Schelling und Generalsekretär Thomas Schmid vom 30. September 2017[399]

„Wer hat Zugang zu den Kapitalzufluss-/Abflusskontrollen?"

Schelling

„Dass das von uns rausgeht ist eine Vermutung und ich glaube es NICHT ..."

Schmid

„Eigentlich müssten wir sehen, wer das aufgerufen hat. Der Computer hinterlässt Spuren."

Schelling

Für BMF-Sektionschef Eduard Müller (zu dessen Aufgaben auch Personalangelegenheiten gehörten[400]) hatte der Fall sofort höchste Dringlichkeit. „*Wahrscheinlich noch am selben Tag*"[401] schaltete er das Büro für interne Angelegenheiten (BIA) ein, obwohl dieses für Verletzungen des Amtsgeheimnisses nach Paragraf 310 des Strafgesetzbuches gar nicht zuständig war.[402] Selbst der Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, wurde gebeten „*Wegen der Pierer Sache [...] ein Auge drauf [zu] haben!*"[403]

Ein Mitarbeiter des Finanzamtes für Großbetriebe merkte dazu im Untersuchungsausschuss erschüttert an, dass ihm und einem weiteren Mitarbeiter auf Druck von BMF-Sektionschef Eduard Müller „*disziplinär [...] ziemlich wild getan worden*" war.[404] Müller übermittelte dem BIA nicht nur Daten zu dutzenden Mitarbeiter*innen, sondern forderte auch persönlich strafrechtliche Ermittlungen ein.[405] Laut dem betroffenen Mitarbeiter des Finanzamtes sei es darum gegangen:

Foto: Adobe

> ***„kurz vor den Wahlen 2017, vor den Nationalratswahlen, sozusagen den Täter oder, wenn man es volkstümlich ausdrückt, die Sau zu finden, die man durchs Dorf treiben muss [...]".***[406]

In Summe sei die Vorgehensweise des BMF „rechtsstaatlich mehr als bedenklich" gewesen. Zudem seien

> ***„Grenzen massivst – massivst! – überschritten [worden]. Da hat man gemerkt, was politische Einflussnahme - [...], was da in Gang gesetzt wurde, um das quasi aufzuklären [...] Heute sind wir klüger und heute würden wir uns, glaube ich, noch mehr gegen diese Einflussnahme wehren. Darum kann ich das jedem Politiker auf die Fahnen heften, nie in solchen Verfahren Einfluss zu nehmen".***[407]

Am Ende stellte die Datenschutzbehörde nach einer entsprechenden Beschwerde des zu Unrecht verdächtigten BMF-Mitarbeiters fest, dass rechtswidrig ermittelt wurde[408], bzw. der Dienstgeber den Mitarbeiter „im Recht auf Geheimhaltung verletzt, indem dieser personenbezogene Daten … zum Zwecke der Aufklärung des Verdachts der Begehung von Straftaten verwendet hat".[409]

Es bleibt ein Akt von 8.000 Seiten[410] und ein rechtlich fragwürdiges Vorgehen des Finanzministeriums im Sinne eines ÖVP-Spenders. Die undichte Stelle konnte nie gefunden werden.

Foto: Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

Exkurs: Immer wieder Edi Müller

Eduard Müller war in seiner Funktion als Sektionschef im Finanzministerium und Kurzzeit-Finanzminister mit zahlreichen brisanten Fällen befasst.

Diese betreffen etwa fragwürdige **BMF-Aktivitäten zugunsten von Steuerangelegenheiten sehr reicher Personen** (siehe den Abschnitt: Spezialbehandlung für Superreiche), allen voran die Steuerverfahren von Siegfried Wolf und René Benko, aber auch die Aktivitäten im Zuge der Abschleicherliste rund um Stefan Pierer. Die WKStA führt Eduard Müller seit Oktober 2022 als Beschuldigter.[411]

Müller wurde immer wieder bei parteipolitischen **Aktivitäten des Finanzministeriums eingesetzt:**

- Im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2017 erhielt er von Generalsekretär Thomas Schmid den Auftrag, die Versteuerung des Honorars des damaligen SPÖ-Beraters Tal Silberstein zu prüfen. Prompt erfüllte Müller den Auftrag[412] und lieferte damit der ÖVP die entsprechenden Finanzinformationen. Laut Aussage von Müller im Untersuchungsausschuss habe er „*die Verpflichtung gefühlt*", dem Auftrag Schmids nachzukommen.[413] Doch nicht nur im Umfeld der SPÖ wurde in diesem Zusammenhang „recherchiert": Auch zu den NEOS dürfte es laut Akten eine ähnliche Anfrage durch Müller gegeben haben.[414] Offenbar wurde hier der Aktenbestand des BMF aus parteipolitischen Motiven durchforstet, um belastendes Material zu politischen Mitbewerber*innen zu Tage zu fördern.
- Er soll, ebenfalls im Zuge des Nationalratswahlkampfes, Zahlungen in Höhe von 19.241,63 Euro an das Beratungsunternehmen ICG für ein Steuerkonzept freigegeben haben, obwohl er laut WKStA gewusst haben soll „*dass es sich dabei um ausschließlich parteipolitisch motivierte (…) Leistungen handelte*".[415]
- Er sei per E-Mail vom 17. Oktober 2017 über das Anbot von Sabine Beinschab betreffend der vermeintlichen Studie „*BMF Betrugsbekämpfung*" informiert worden.[416] Mit der Auftragserteilung will Müller laut Aussage im Untersuchungsausschuss aber nichts zu tun gehabt haben.[417]

Er hatte mit Studien - mutmaßlich zugunsten der ÖVP - zu tun, die das Ministerium auf Steuerzahlerkosten beauftragte. So finanzierte das BMF in seiner Zeit als Finanzminister im Herbst 2019 eine Medienmarktanalyse der Firma *Media Affairs*, die dem Untersuchungsausschuss unter dem Dateinamen „*Auftritt der Opposition 1. Halbjahr*" übermittelt wurde, wobei in der Studie auch Müllers eigene „*Performance als Finanzminister*" abgefragt wurde.[418]

Wie bereits im Ibiza-Untersuchungsausschuss aufgezeigt, war Müller auch in diverse **nicht öffentlich kommunizierte Privatisierungsbestrebungen** betreffend Postsparkasse[419], Bundesrechenzentrum[420] und ARE/BIG[421] involviert. Und er war mit dem Doppelgehalt von Bernhard Perner (siehe Abschnitt weiter unten) befasst und beteiligte sich gemeinsam mit Thomas Schmid an Überlegungen für heimliche Weihnachtsgeschenke für Mitarbeiter*innen des Finanzministeriums.[422]

Weiters soll sich Müller an **Postenschacher** zugunsten von ÖVP-Politiker*innen beteiligt haben. So war er bei der Jobsuche für die ehemalige ÖVP-Nationalratsabgeordnete Gabriele Tamandl (siehe folgender Abschnitt) involviert.

Der Untersuchungsausschuss brachte zahlreiche parteipolitisch motivierte Postenbesetzungen durch die ÖVP ans Tageslicht. Die Aktenlage zeigt eindeutig, dass der seit Jahrzehnten praktizierte Postenschacher[423] im Untersuchungszeitraum (18. Dezember 2017 bis 11. Oktober 2021) konsequent weiterbetrieben wurde. So wurden parteinahe Kandidat*innen unabhängig von ihrer Qualifikation in staatlichen Unternehmen und teilweise auch im Justizsystem installiert und zum Teil fürstlich entlohnt. Angesichts der Fülle kritikwürdiger Besetzungen können hier nur einige exemplarische Fälle angeführt werden.

Der ehemalige Sektionschef im Bundeskanzleramt, Manfred Matzka, geht jedenfalls davon aus, dass die parteipolitischen Postenbesetzungen der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung „*eine neue Dimension angenommen*" haben, wobei ein „*strategisch geplanter Personalaustausch stattgefunden*" habe. Konkret sei etwa im Bundeskanzleramt durch Umstrukturierungen kein einziger Sektionschef auf seinem Posten geblieben. Es sei nur mehr „*um Loyalität und Nähe*" gegangen und „*[d]ie Generalsekretäre, die unter Türkis-Blau in den Ministerien installiert wurden, waren eine Schar verhaltensauffälliger Typen*", die zu „*schreiende[n] Qualitätsverlusten im Kanzleramt und im Innenministerium*" geführt hätten, so der langjährige Spitzenbeamte im Ruhestand.[424]

Foto: AdobeStock

POSTENSCHACHER

Luxusgehälter für Teilzeitjobs, Boni und Dienstwagen für Bernhard Perner

Bernhard Perner ist ein Mann mit vielen Jobs. Zuerst im Kabinett des Finanzministeriums tätig, wurde er im Laufe von wenigen Jahren Geschäftsführer der Abbaubeteilungsgesellschaft des Bundes (ABBAG), Prokurator der Österreichischen Beteiligungsgesellschaft (ÖBAG) und nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie Geschäftsführer der COVID-19-Finanzierungsagentur (COFAG). Nebenbei war er Aufsichtsrat in der KA Finanz, in der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), in der Finanzmarktaufsicht (FMA), in der Austrian Real Estate GmbH (ARE) und Aufsichtsratsvorsitzender in der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA). Seine Verbindung zur türkisen ÖVP wird deutlich, wenn man sich die Nachrichten von Thomas Schmids damaliger Assistentin Melanie Laure an Schmid vor Augen hält. Perner sei „*wenn man das so nennen kann im inner circle*". Er sei „*ein guter und einer der von Anfang an dabei war - ein loyaler*".[425]

> **„Er ist ein guter und einer der von Anfang an dabei war - ein loyaler. Wenn man das so nennen kann im inner circle"**
>
> Assistentin von Thomas Schmid

Perner wurde im Jahr 2015 interimistischer Geschäftsführer der ABBAG, nachdem sein Vorgänger Michael Mendel wegen eines Interessenkonflikts vorzeitig abtreten musste.[426] Selbst noch im BMF tätig, wurde er über aktuelle Entwürfe des Ausschreibungstextes für die neue Geschäftsführung für das Jahr 2016 informiert.[427] Vor dem U-Ausschuss konnte er sich nicht mehr daran erinnern, ob er daran mitgewirkt hat, er glaubte aber nicht.[428] Das Anforderungsprofil wurde jedenfalls im Vergleich zu 2014 in wesentlichen Punkten angepasst.

Bernhard Perner als Cofag-Geschäftsführer bei einer Pressekonferenz im BKA

Foto: BKA/Tatic

So suchte man 2014 jemanden mit *„Top-Management Erfahrung in einem international tätigen Kredit- oder anderen Finanzinstitut“* mit *„exzellente[n] Kenntnisse[n] im Risikomanagement“*, während man sich 2016 mit jemandem zufrieden gab, der eine *„[g]ute Kenntnis der öffentlichen Verwaltung (auf nationaler und Unionsebene)“* und eine *„[s]ehr gute Kenntnis der österreichischen Finanzwirtschaft und des institutionellen Rahmens - FMA, Abwicklungsstelle“* hat.[429] [430] [431] Das spielte Perner, der seit 2013 im Finanzministerium für die Bankenabwicklung zuständig war, in die Karten.[432]

ABBAG-Teilzeitjob für Vollzeit-Gehalt

Einem Mitte 2015 verschickten Vertragsentwurf zufolge wollte Perner im Gegensatz zu seinem Vorgänger seine Geschäftsführertätigkeit als Nebentätigkeit ausüben, gerade einmal acht Wochenstunden dafür aufbringen und die restliche Zeit im Kabinett des Finanzministers arbeiten.[433] Außerdem forderte er das Recht auf einen Dienstwagen gehobener Klasse ein.[434] In seinem endgültigen Vertrag erhielt Perner für seinen Nebenjob 140.000 Euro im Jahr.[435] Nachdem er freiwillig aus dem Finanzministerium ausschied, erhöhte sich dieser Betrag auf 280.000 Euro.[436] Zusätzlich vereinbarte man einen Bonus mit weiteren maximal 280.000 Euro.[437] Bereits im Ibiza-Untersuchungsausschuss konnten die Grünen durch einen Aktenfund belegen, dass Perner für den Arbeitsaufwand bei der ABBAG 10 Wochenstunden veranschlagte.[438]

Bonus für Perner und Mendel

In den Weihnachtstagen 2021 veröffentlichte der Rechnungshof Perners Einkommensbericht. Und wir Grüne staunten nicht schlecht: Laut dem Einkommensbericht des Rechnungshofs 2021 hatte die ABBAG im Jahr 2020 die zweithöchste Managerentlohnung eines Unternehmens des Bundes.[444] Mit ein bisschen Rechnerei war schnell klar: Bernhard Perner erhielt 2020 rund 579.000 Euro für den Teilzeitjob in der ABBAG. Sein Vorgänger und Freund Michael Mendel erhielt fünf Jahre nach seinem Ausscheiden die unglaubliche Prämie von 1,5 Millionen Euro.[445]

1,5 Mio EUR Bonus
für **Mendel**

300.000 EUR Bonus
für **Perner**

Um den Überblick zu bewahren: Perners Gehälter in einer Tabelle

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ABBAG[439] **Bonus[440]**	unbek.	140.000	280.000	280.000 20.000	280.000	298.700 280.000	97.000
ÖBAG[441]					150.000		
COFAG[442]						116.700	253.000
BMF	unbek.	unbek.	unbek.				
KA Finanz[443]				8.027	10.000	10.000	10.000.
andere AR	unbek.	unbek.	unbek.	unbek.	unbek.	unbek.	unbek.

Die Akten des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses ermöglichten einen weitaus tieferen Blick in die Vorgänge der Causa. Mendel, der gerade einmal 21 Monate Geschäftsführer der ABBAG war, erhielt seinen Bonus auf Grundlage einer Vereinbarung, die 8 Monate nach (!) seinem Ausscheiden unterzeichnet worden war. Unterzeichnet wurde sie von seinem Nachfolger und langjährigen Geschäftspartner Bernhard Perner.[446] Eine schriftliche Bestätigung des Eigentümervertreters, also dem Finanzministerium, ist nicht vorhanden. Stattdessen findet sich in den Akten eine schriftliche Erklärung des ehemaligen Finanzministers Hans Jörg Schelling vom Februar 2022.[447] Er habe Perner damals *mündlich* beauftragt.[448] Die Erklärung von Schelling wurde zu jener Zeit angefertigt, als eine parlamentarische Anfrage der Grünen durch Finanzminister Brunner beantwortet werden musste. Aufsichtsratsvorsitzender der ABBAG Wolfgang Nolz, der eine ähnliche Erklärung wie Schelling verfasst hatte, berichtete gegenüber dem U-Ausschuss, dass die Schriftstücke auf Anraten einer von der ABBAG beigezogenen Rechtsgutachterin erstellt worden sind, die wiederum auf der Grundlage der Erklärungen attestierte, dass alles rechtens gelaufen sei.[449]

Schelling, der im März noch vor öffentlichem Bekanntwerden im Untersuchungsausschuss zur Causa befragt wurde, will sich wenige Wochen nach der Unterfertigung partout nicht daran erinnern:

„Vielleicht haben Sie später hinsichtlich dieser Causa Vertragsvereinbarung Mendel irgendwelche Schritte gesetzt, nach 2016?“

Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli

„Ist mir nicht in Erinnerung“.[450]

Dr. Johann Georg Schelling

Die Untersuchungsausschussakten belegen auch in diesem Fall schwere Dokumentationsmängel im Finanzministerium. Das Duo Perner und Mendel hat die zuständige Abteilung nicht mit den notwendigen Unterlagen über die Verträge zu ihren Gehältern und Boni versorgt.[451]

Wer hat eigentlich die Leistung für den Bonus erbracht?

Was bei der Durchsicht der Vertragsunterlagen von Perner und Mendel außerdem stutzig macht, ist die Basis für die Bonusvereinbarung. Perner und Mendel bekommen für ein und dasselbe eine vertragliche Zusatzzahlung: Demnach bestimmt sich die Höhe des zustehenden Bonus danach, wie viel Erlös die HETA aus dem Verkauf der notleidenden Assets erzielt.[452] Je höher diese *Recovery-Quote*, desto höher die Boni. Die Eigentümerrechte an diesen Assets - also was zu welchem Preis an wen verkauft wird - wurden ausschließlich von der HETA selbst und der Finanzmarktaufsicht verwaltet. Die ABBAG selbst, stellte den Rahmen dafür zur Verfügung. Rechnungshofpräsidentin Kraker bestätigte dies im parlamentarischen Rechnungshofausschuss im Juni 2022.

80.000 Euro zu viel ausbezahlt

Im Jahr 2019 wurde Perner neben seiner Geschäftsführertätigkeit für die ABBAG auch zum Prokurator der ÖBAG und folgte seinem Freund und ehemaligen Vorgesetzten Thomas Schmid in die Staatsholding.[453] Perner schlug selber vor, für das Zusatzgehalt von 150.000 Euro bei der ÖBAG und sein fixes Jahresgehalt bei der ABBAG von 280.000 Euro um 80.000 Euro zu reduzieren.[454] Die Bonusvereinbarung blieb davon unberührt.[455] Der Rechnungshof stellte in seinem Bericht „*COFAG und Zuschüsse an Unternehmen*“ aber fest, dass es nie zu dieser Reduktion gekommen ist.[456] Perner hätte demnach entgegen der Vereinbarung 80.000 Euro bezogen.[457] Trotz Empfehlung des Rechnungshofs, die Summe zurückzuzahlen, weigerte sich Perner zunächst. Stattdessen wurde vom Aufsichtsrat der ABBAG ein weiteres Rechtsgutachten auf Steuerkosten beauftragt. Vor dem Untersuchungsausschuss verkündete Perner das Ergebnis: Zwar habe es „*keine Rückforderungsansprüche*“ gegen ihn gegeben, er habe aber die 80.000 Euro trotzdem „*freiwillig*“ zurückgezahlt.[458]

Konsequenzen

Im Jahr 2020 verdiente Bernhard Perner mit seinen Staatsjobs mehr als 700.000 Euro.[459] Nach öffentlichem Druck, der durch die parlamentarischen Anfragen[460] entstanden ist, verkündete Perner im Jänner 2022 zunächst den Rückzug aus der COFAG und im Oktober 2022 schließlich auch die vorzeitige Beendigung des Dienstverhältnisses in der ABBAG.[461] Auch Mendel, der als COFAG-Aufsichtsratsvorsitzender noch das Gehalt von Perner bestimmt hat, das deutlich über dem des zweiten Geschäftsführers liegt, zog sich aus dieser Funktion zurück.[462]

Ein ÖVP-Bürgermeister für das Finanzamt Braunau

Ein unabhängiges Gericht hat am 27. April 2021 festgestellt, dass bei der Besetzung der Leitung des Finanzamts in Braunau (OÖ) jene Kandidatin im Bewerbungsprozess, die „*am besten geeignet*“ war, die Stelle nicht bekommen hat. Das war unrechtmäßig. Das Gericht führt aus, dass „*keine sachlichen und objektiven Kriterien*“ im Prozess hervorgekommen seien, wonach der bestellte Mitbewerber und ÖVP-Bürgermeister den Job bekommen hätte sollen. Sachfremde Gründe seien somit ausschlaggebend gewesen.[463] Durch die Bestellung des schlechter geeigneten ÖVP-Bürgermeisters, wurde die Frau diskriminiert. Geklärt werden muss, wer sich dafür verantwortlich zeigt. Geht es nach dem Geständnis von Thomas Schmid, sind das unter anderem er selbst und der Klubobmann der ÖVP August Wöginger. Die WKStA ermittelt.

> ***„Sachfremde Gründe sind ausschlaggebend gewesen“***
> **Bundesverwaltungsgericht.**

Am 24. Dezember 2016 wurde die Ausschreibung für den Posten des Finanzamtleiters veröffentlicht. Bereits am 13. Dezember 2016 bat August Wöginger, heute ÖVP-Klubobmann und damals unter anderem ÖAAB-Bundesobmann, Thomas Schmid in dieser Angelegenheit um einen Rückruf.[464]

Im Februar tagte die aus mehrheitlich ÖVP-nahen Personen bestehende Begutachtungskommission. Aus dieser berichtete ein in die Begutachtungskommission entsandter Gewerkschafter an Thomas Schmid: „*Hi! Mit Bauchweh - aber: Daumen hoch*“. „*Mein Held!*“ war die euphorische Antwort von Schmid. Nur rund eine halbe Minute später wandte sich Schmid an Wöginger: „*Wir haben es geschafft! Der Bürgermeister schuldet dir was!*“. Wögingers Reaktion: „*Echt super!! Bin total happy!!!*“ Und in einer unmittelbar darauffolgenden weiteren Nachricht: „*DANKESCHÖN*“.[465]

> **„Wir haben es geschafft!**
> **Der Bürgermeister schuldet dir was!“**
>
> *Thomas Schmid*

Schmid führte im Rahmen seiner Einvernahme durch die WKStA zu seinem Engagement in dieser Causa aus, dass ihm bewusst gewesen sei, dass es sich bei dieser Angelegenheit um ein „*ausschließlich parteipolitisch motiviertes Anliegen*“ gehandelt habe.[466] Und weiter: „*Ich hab mich für dieses Anliegen für Wöginger eingesetzt, weil es ihm so ein wichtiges Anliegen war und mir wiederum ein gutes Verhältnis zu Wöginger wichtig war*“.[467]

Brisant: Laut der Aussage Schmids sei auch der damalige ÖVP-Finanzminister Schelling über die Intervention informiert gewesen: „*Ich hab ihm sicher gesagt, dass Wöginger einen Personalwunsch für eine Vorstandsposition eines Finanzamtes in Oberösterreich habe, dass ich mich schon darum gekümmert hätte und dass es sich dabei um einen ÖVP-Bürgermeister und ein ÖAAB-Mitglied handle*“.[468] Auch Schelling wird mittlerweile als Beschuldigter in dieser Causa geführt.[469]

Am 3. April 2017 trat der neue Behördenleiter seinen Dienst an.[470]

Wöginger selbst gestand in Interviews im Februar 2022 noch zu: „*Ich habe mich für einen Bürgermeister, den ich für qualifiziert gehalten habe, eingesetzt*“.[471] Wöginger verglich sein Engagement in dieser Sache regelmäßig mit dem „*Einsatz für Bürgeranliegen*“. Das Problem bei Bevorzugung ist aber: Wenn jemand den Vorzug bekommt, hat jemand anderes das Nachsehen. In diesem Fall eine Frau, die seit über 30 Jahren für die Finanzverwaltung und die Republik qualifizierte, ehrliche Arbeit leistet.

Foto: Adobe

Das Kloibmüller-BMI als Personalvermittlungsbüro

Das Innenministerium entpuppte sich als Zentrale des systematischen Postenschachers. Das ganze BMI sei „*seit der Übernahme durch die ÖVP nur eine ausgelagerte Organisation des ÖVP-Klubs gewesen*“, wie eine Auskunftsperson bereits im BVT-Untersuchungsausschuss zu Protokoll gab.[472] Schlüsselperson und „*mastermind hinter allem*“[473] (betreffend Personalfragen) war der mächtige Präsidialchef **Michael Kloibmüller**[474], ein enger Vertrauter mehrerer ÖVP-Minister*innen, allen voran Ernst Strasser, Johanna Mikl-Leitner und Wolfgang Sobotka.

Isabella Fischer vor dem BVT-Untersuchungsausschuss am 16. Jänner 2019[475]

„Es war im ganzen BMI und allen Organisationseinheiten klar, wenn Kloibmüller [im Auftrag der ÖVP] so macht (mit dem Daumen nach oben zeigend), dann hast du eine Chance, dass du etwas wirst und dabei bist, und wenn er so macht (mit dem Daumen nach unten zeigend), dann wirst du nie etwas und hast keine Chance auf irgendetwas. Es gibt nichts, was nicht über den Tisch von Herrn Kloibmüller geht.“

Kloibmüller konnte sich im Zuge seiner Befragung im Untersuchungsausschuss an keine Personalwünsche erinnern, mit Ausnahme jener, bei denen die Staatsanwaltschaft Wien gegen ihn ermittelt, weshalb er sich hier entschlagen konnte. Allerdings subsumiert Kloibmüller unter „*Personalwünsche*“ nur jene Wünsche, die durchgeführt werden sollen. Er habe aber immer nur „*eine Prüfung*“ vorgenommen, im Sinne „*dass man schaut, ob es geht*“.[476]

Die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner wiederum wollte Postenbesetzungen zwar „*nicht bewusst beeinflussen*“, leitete Anliegen aber selbstverständlich an die zuständigen Abteilungen weiter.[477]

Zum Zeitpunkt seiner Befragung im Mai 2022 wurde gegen Kloibmüller in sechs Fällen wegen Missbrauchs der Amtsgewalt ermittelt.[478] Fünf davon betreffen die mögliche Einflussnahme auf Postenbesetzungen in der Polizei, ein weiterer betrifft die Bestellung eines Richters am Bundesverwaltungsgericht.[479]

„Schönen guten Morgen, Michael. Könntest du mir bitte einen Gefallen tun? Wann ist der nächste Ministerrat? Und sind da die Richterbesetzungen drauf? Ich hab eh auch mit Wolfgang geredet. Er hat gemeint, er redet mit dir, dass du einen Blick drauf hast.“

Nachricht einer ehemaligen Mitarbeiterin der niederösterreichischen Polizei an Michael Kloibmüller vom August 2016[480]

Einen Tag nach dem entsprechenden Ministerratsbeschluss, mit dem insgesamt 40 Verwaltungsrichter*innenposten abgesegnet wurden, kam die zweite Nachricht der Frau an Kloibmüller: „*Hallo Michael! Du, ich will mich bedanken. Gestriger Ministerrat. Super!*“[481]

Wie oft der damalige Innenminister **Wolfgang Sobotka** mit Personalwünschen an Kloibmüller herangetreten war, daran konnte sich Kloibmüller im Untersuchungsausschuss nicht erinnern.[482] Die Akten des Untersuchungsausschusses belegen jedenfalls, dass auf dem Server des Kabinetts im Ministerium unter dem Titel „*HBM Sobotka*“ eine Interventionsliste geführt wurde.

E-Mail von einer Mitarbeiterin des BMI-Kabinetts (KBM) an Michael Kloibmüller vom 08. September 2016[483]

„Du, nur eine Frage… Ist es gescheit, wenn bei uns am KBM-Server unter ‚HBM Sobotka‘ eine Liste liegt, die Interventionen heißt und noch dazu alle Interventionen mit Stand anführt….?
Ich weiß, er will das – nur… LG Eva“

Foto: GEORG HOCHMUTH / APA / picturedesk.com

Laut Sobotka seien Interventionen *„im politischen Sprachgebrauch Wünsche, Anliegen der jeweiligen - -, der Bevölkerung, von Mandataren, von allen Personen, die sich in irgendeiner Form mit ihren Anliegen an einen Politiker wenden. [...] Jeder ist mit seinen Vorstellungen und Wünschen an mich herangetreten, und ich habe sie letzten Ende immer wieder weitergeleitet und gehe davon aus, dass die Besetzungen dann schlussendlich immer lege artis durchgeführt worden sind“*.[484]

Die Staatsanwaltschaft vermutet hingegen, dass zumindest in Zusammenhang mit der Postenbesetzung des Wiener Vizelandespolizeidirektors im Jahr 2017 nicht alles gesetzeskonform abgelaufen ist. Im Frühjahr 2022 leitete sie wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch Ermittlungen gegen den Nationalratspräsidenten und Untersuchungsausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka ein.[485] [486] Laut Kloibmüller-Chats hatte die ÖVP bei der Postenvergabe gegen eine Kandidatin interveniert und daraufhin einen eigenen Kandidaten installiert, wie etwa aus einer Nachricht des ÖVP-nahen Salzburger Landespolizeidirektors hervorgeht.

„ich habe gerhard pürstl [damaliger Wiener Landespolizeipräsident] bestärkt, dass er andrea jelinek zum zurückziehen bewegen möge [...]. er ist sich ziemlich sicher, dass er es schaffen wird!“

Franz Ruf an Michael Kloibmüller im März 2017[487]

Sobotka merkte laut einem Chatprotokoll vom 28. März 2017 dazu an: *„unser Kandidat ist gleich gut. Kommission steht u [...] eigentlich ist alles eingehängt“*. Im Untersuchungsausschuss interpretierte Sobotka seine eigenen Worte als legale Handlungsaufforderung an Kloibmüller: *„Okay, macht es so wie State of the Art!“*[488]

State of the Art à la ÖVP dürfte folglich gewesen sein, die Stelle an den ÖVP-nahen Kandidaten Franz Eigner[489] zu vergeben oder wie es Kloibmüller formulierte: *„Aber wie ich gesehen habe, dass wir unseren Mann durchbringen, dachte ich, den Sozen zu zeigen, wo der Hammer hängt“*.[490] [491]

Landeshauptfrau Mikl Leitner: „Ich hab die Anliegen mitgenommen“.

Johanna Mikl-Leitner sagte im Untersuchungsausschuss aus, sie habe *„diese Anliegen selbstverständlich mitgenommen, haben das dann in die jeweilige Fachabteilung gegeben, wo es dann auch bearbeitet worden ist“*. Schließlich sei es *„ein Akt der Höflichkeit, dass man derartige Wünsche letztendlich auch weiterleitet“*.[492]

Weitere Beispiele für Interventionen:

„Der ist super, polit. Kopf, loyal, Bauernsohn aus Neustift/Steyr, natürlich OÖ, mit einer Russin verheiratet, spricht auch perfekt russisch, ist nicht nur presse, sondern auch Stratege, für internationales und polit. Arbeit einsetzbar. Außerdem ist er durch meine Schule gegangen! Guter Mann, gute Wahl!“

Wolfgang Sobotka an Michael Kloibmüller am 23. Juli 2016[493]

„Servus Hansi, Gestern hast gut getanzt, vielleicht kann die Polizeivertretung nach deiner Melodie tanzen und mein Schwager Bernhard H. nach St. Pölten versetzen. Zur Zeit sind Versetzungen Möglichkeit.“ (sic!)

Mustafa (Wirtschaftskammerfunktionär) an Hans-Jörg Schelling am 12. Februar 2016[494] [495]

Noch am selben Tag beauftragte Schelling seinen Generalsekretär Thomas Schmid mit der Sache: *„KÖNNEN WIR HIER HELFEN? Hans Jörg“*, woraufhin sofort das Kabinett im Innenministerium tätig wurde: Kloibmüller: **„Bitte dringend umsetzen!!!!!!!**

Foto: Wikimedia Commons/Karl Gruber

Wunsch schelling lg m“. Achatz (BMI-Kabinett): **„Ok, gebe ich ein. Hoffentlich nützt es uns. LG Andy“.**[496] Schelling wollte sich zu der Causa im Untersuchungsausschuss nicht äußern und nahm von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch.[497]

„Hi, mein Neffe Clemens S. bewirbt sich für Ferialpraktikum im BMI/Juli und August. Spät, sehr spät. .....der Kerl muss arbeiten!!!! [...] War voriges Jahr im BK. Geht auf FH Schule in Wien. Netter Kerl, der gefördert werden muss. Bewerbung geht auch offiziell über E. Verlass mich auf euch. Hanni ml.“

Johanna Mikl-Leitner an Michael Kloibmüller und Andreas Achatz am 17. Mai 2018[498]

Nach der Übernahme des Innenministeriums durch die FPÖ unter Herbert Kickl wurde Kloibmüller im April 2018 für zehn Jahre karenziert. Er ist seitdem Vorstand der niederösterreichischen WET-Gruppe.

Sogar die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) kritisierte Österreich unlängst wegen politischer Einflussnahme bei den Postenbesetzungen innerhalb der Polizei und empfahl neben transparenten Bestellungsvorgängen auch strengere Vorschriften im Zusammenhang mit Befangenheit.[499] Die Vorgänge im Innenministerium, allen voran rund um Michael Kloibmüller, Johanna Mikl-Leitner und Wolfgang Sobotka, werden dabei wohl eine Rolle gespielt haben.

Wie mit Marek zwei unbequeme Staatsanwältinnen verhindert wurden

Im Jahr 2014 war die Leitung der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien und damit die Aufsichtsbehörde der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) neu zu besetzen. Es bewarben sich Maria-Luise Nittel (Leiterin der StA Wien) und Ilse Vrabl-Sanda (Leiterin der WKStA). Eine „*ausweglose Situation*“, wie es in einem Chat mit dem damaligen ÖVP-Justizminister Wolfgang Brandstetter heißt.[500] Da laut Marek „*Nittel und Vrabl verhindert werden mussten*“, würde sich diese bewerben. Da dies für die damalige OGH-Richterin ein Abstieg in beruflicher und finanzieller Hinsicht war, stellte ihr Brandstetter für 2016 eine Leitungsposition bei der Generalprokuratur in

Foto: AdobeStock

Aussicht. Über den Vorschlag der Besetzungskommission, der zufolge Vrabl-Sanda am besten für den Job geeignet gewesen wäre, setzte sich Brandstetter einfach mit der Begründung hinweg, dass Vrabl-Sanda in der WKStA „*unverzichtbar*“ sei.[501] Darauf angesprochen sagte Marek im Untersuchungsausschuss, dass es „*damals um reine Fachoffensive und Qualitätsoffensive*“ gegangen sei.[502]

Folglich leitete Marek ab 1. Oktober 2014 die OStA Wien. Die versprochene Leitung der Generalprokuratur sollte Marek allerdings zugunsten von Franz Plöchl nie bekommen, worüber sich die Co-Autorin des Fachbuchs „*Korruption und Amtsmissbrauch*“[503] bei Kloibmüller und Mikl-Leitner[504], vor allem aber bei Brandstetter bitter beschwerte:

„Lieber Wolfgang! Danke Dir für die peinliche Vorführung in der Perskomm. DANKE für das Einhalten unserer Gespräche und dass ich Dir aus einer ausweglosen Situation helfen dürfte. SPRICH Nittel und Vrabl verhindert werden mussten. Deine Leute sind alle versorgt. Neben der unfassbaren Demütigung und dem Verlust meiner höchstgerichtlichen Laufbahn habe ich schwere Gehaltseinbußen hinzunehmen. Du hast mich am Tulbingerkogel noch zur Bewerbung aufgefordert. Hast nicht einmal den Weg zum Telefon gefunden, mich vor der Schmach zu bewahren. Herzlichen Dank, Eva.“

Nachricht von Eva Marek an Wolfgang Brandstetter am 9. Oktober 2016

Am 1. Februar 2018 kehrte Marek schließlich an den Obersten Gerichtshof zurück und wurde dort Vizepräsidentin. Knapp zwei Jahre später, am 25. Jänner 2022, teilte der OGH im Zuge der nun ans Licht getretenen Nachrichten mit, „*dass Vizepräsidentin Mag. Eva Marek ab sofort keine Leitungs- oder sonstige Aufgaben in der Justizverwaltung des Gerichtshofs ausüben wird*".[505] Wenige Tage zuvor hatte der OGH seine Forderung aus dem Jahr 2019 erneuert, für die Planstellen der Präsident*in und der Vizepräsident*innen des Obersten Gerichtshofs Besetzungsvorschläge eines weisungsungebundenen richterlichen Gremiums vorzusehen.[506] Auch Justizministerin Alma Zadic sprach sich wenige Tage darauf für weisungsfreie Ernennungen ausschließlich auf Basis verbindlicher Vorschläge richterlicher Gremien aus, während ÖVP-Verfassungsministerin Karoline Edtstadler „*noch Detailabstimmung*" für nötig hielt.[507] Mitte November 2022 wurde eine Reform zu einer unabhängigen Bestellung der künftigen OGH-Spitze angekündigt.[508]

Die ebenfalls in die Bestellung von Marek involvierte niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner konnte sich im Untersuchungsausschuss, trotz vorgelegter Chatprotokolle zwischen ihr und Kloibmüller, nicht an den Vorgang erinnern.[509]

„Wir brauchen einen Job für Gabriele Tamandl."

Als es 2016 darum ging, der ehemaligen ÖVP-Nationalratsabgeordneten Gabriele Tamandl einen Job zu verschaffen, wurde über einen Zeitraum von fast zwei Jahren eine ganze Schar von Politiker*innen und Ministeriumsmitarbeiter*innen im Finanzministerium aktiv.[510] Laut Geständnis des damaligen BMF-Generalsekretärs Thomas Schmid sei bei ihm „*und auch bei Dr. SCHELLING von allen möglichen Seiten – unter anderem auch von WÖGINGER* [...] über mehrere Monate" interveniert worden.[511]

Zunächst überlegten der damalige ÖVP-Finanzminister Hans-Jörg Schelling und der BMF-Generalsekretär Thomas Schmid, wie sie Tamandl helfen könnten.

Nachrichtenverlauf von Johann-Georg Schelling und Thomas Schmid vom 14. Oktober 2016[512]

„Wir brauchen einen Job für Gabi Tamandl Fällt Dir etwas ein? Hans Jörg"

Schelling

„Was kann die? Ich dachte sie wäre Steuerberater"

Schmid

„Sie hat dort gekündigt weil ihr Chef in irgendetwas verwickelt ist Sie wird in Wien kein Mandat mehr bekommen lt. Amon"

Schelling

„OK! Ich habe zwei Sachen im Kopf! Eines wäre bei einer Tochter der Post - wenn die e-Zustellung machen. Oder im BMF [...] Zoll Koordinierung

Schmid

„Können wir nächste Woche besprechen"

Schelling

„Passt!"

Schmid

Schelling bestätigte gegenüber dem Untersuchungsausschuss eine Anfrage von Tamandl. Es komme „*sehr häufig vor, dass an uns solche Wünsche herangetragen wurde[n]*“.[513] In weitere Entscheidungen wollte er aber nicht eingebunden gewesen sein. Er habe die Anfrage „*einfach weitergegeben*“.[514]

Im Mai 2017 überlegte Schmid, den Chef der Bundesbuchhaltungsagentur „*Brandl rauszuschmeissen*“, um Tamandl diesen Posten zu geben. Eine weitere Idee war, sie als Direktorin bei den Sozialversicherungen unterzubringen („*Das wäre doch auch so eine ÖAAB Domäne*“) oder an der Spitze der *Bundesbeschaffung GmbH* (BBG) zu installieren.[515]

Ende 2017 wurde noch der damalige Kanzleramtsminister Gernot Blümel beigezogen.[516] Selbiges gilt für den ÖVP-Wirtschaftssprecher Peter Haubner, der Schmid nach Rücksprache mit ÖVP-Klubobmann August Wöginger wissen ließ, dass Tamandl sich bei ihm melden werde betreffend „*zB Konsulententätigkeit*“[517], woraufhin wiederum Schmid sofort dem damaligen Finanzminister Löger schrieb: „*Haubner bat mich für Tamandl einen Job zu finden – Konsulentin für 1000 Euro im BMF Budget Abteilung wäre ok für sie*“. Löger zeigte sich sofort einverstanden: „*Betreffend Tamandl feel free – ich kann es nicht wirklich einschätzen. LG Hartwig*“.[518]

Im August 2018 ging die Suche weiter. Nun erkundigte sich Schmid bei Tamandl betreffend ihrer Buchhaltungskenntnisse. Einen Monat später schlug der BMF-Präsidialchef Eduard Müller vor, Tamandl könnte eine Tochtergesellschaft der Buchhaltungsagentur des Bundes leiten. „*Da könnten Sie jemanden mit guten Netzwerken brauchen. Wär das auch ok? Lg e*“ (Gemeint war offenbar die „*Agentur für Rechnungswesen*“, wie die Ermittler schreiben[519]).

Am Ende hat sich Tamandl bei keiner der vorgeschlagenen Stellen beworben. Somit konnte die WKStA betreffend „*Interventionen für ‘Job’ und Konsulentenvertrag zugunsten von Mag. Gabriele TAMANDL*“[520] auch keinen Anfangsverdacht feststellen und nahm entsprechend keine Ermittlungen auf.[521]

Heute arbeitet Tamandl als „*Associate Director Business Development*“ bei Ernst & Young[522] und damit just bei jener Wirtschaftsprüfungskanzlei, die die Geschäftsberichte der ÖBAG unter der Leitung von Thomas Schmid testiert.[523]

Nachricht von Gabriele Tamandl an Thomas Schmid vom 27. März 2019[524]

„Hallo Thomas, herzliche Gratulation zur neuen Position! Wünsche dir alles Gute und viel Erfolg! LG Gaby“

Tamandl

„Danke Dir“

Schmid

„Darf ich mich jetzt mit dem zuständigen Wirtschaftsprüfer wegen eines Amtsantritt-termines bei dir melden? ;-)“

Tamandl

KUSCHELKURS MIT PUTIN

Altkanzler Kurz und sein Machtzirkel haben Österreich mit ihrer Russland-Politik in eine gefährliche Situation manövriert. Nirgendwo ist das so spürbar, wie bei der Energiepolitik. Die Rechnung dafür zahlt die österreichische Bevölkerung – und zwar buchstäblich jeden Tag beim Duschen, Kochen, Autofahren und in vielen anderen Lebensbereichen.

Seit 2017 intensivierte Sebastian Kurz seine Russland-Connection und war darauf bedacht – aller Warnsignale zum Trotz – die Gas-Abhängigkeit von Russland weiter zu verstärken. 2018 wurde er Bundeskanzler und sein erster Auslandsbesuch außerhalb der EU führte ihn nach **Moskau**. Wir glauben, das war kein Zufall.

Nur wenige Monate später folgte der Gegenbesuch von Putin. Die OMV und Gazprom feierten *Goldene Hochzeit*. Was so harmlos klingt, war ein **historischer Sündenfall** der österreichischen Energiepolitik. Die Gaslieferverträge zwischen OMV und Gazprom wurden ausgebaut und völlig unnötig mit Take-Or-Pay-Klausel bis 2040 verlängert. Dies geschah mit voller Unterstützung von Sebastian Kurz, der der feierlichen Unterzeichnung beiwohnte. Die OMV setzte auf den russischen Kurs und konnte voll auf die Rückendeckung von Kurz und den türkisen Regierungsmitgliedern zählen.

Stellt sich die Frage nach dem Warum. Warum wurde anstatt auf saubere Energie auf dreckiges russisches Gas gesetzt? Wir denken, die Antwort ist wie so oft bei Kurz Unterstützer*innenkreis zu finden. Russisches Gas war ein billiger Energieträger für die Wirtschaft. Dass die Wirtschaft für türkise Regierungsmitglieder über fast allem stand, zeigt zum Beispiel ein Aktenfund aus dem Außenministerium: Trotz Nawalny müsse man einen kühlen Kopf bewahren. Die Vermischung von Politik und Wirtschaft sei nicht gut.

Die Geschäfte mit Russland durften nicht gestört werden. Diese Prämisse galt unter Türkis auch noch nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014. Die darauffolgenden Sanktionen wurden als störend empfunden. Etliche Delegationen, angeführt von Bundeskanzler und Landeshauptleuten, sind in **Goldgräberstimmung** nach

Foto: BKA/Tatic

Moskau gereist, um ihren wohlhabenden Spender*innen und Freund*innen gute Geschäfte mit Russland zu verschaffen. Mit dabei waren Unternehmen aus dem Mittelstand genauso wie Milliardär René Benko. Immer präsent war der umstrittene Unternehmer Sigi Wolf. Russland wurde als „Markt" für die österreichische Wirtschaft verstanden und nicht als das, was es eigentlich ist: Ein Feind unserer europäischen Werte und der Demokratie.

Das ganze Ausmaß des Kuschelkurses mit Putin war bei der Erstellung des Untersuchungsgegenstandes für diesen Untersuchungsausschuss noch nicht bekannt. Eine parlamentarische Aufarbeitung dieser politischen Fehlleistungen wäre durchaus fruchtbringend. Denn die gewöhnlichen Österreicher*innen hatten von all diesen Geschäften mit Russland gar nichts, bekommen aber jetzt jedes Monat die „Gas"rechnung präsentiert.

Die Goldene Hochzeit mit dem Gasknebelvertrag

Kein anderes Bild verdeutlicht die russlandfreundliche Politik unter Ex-Kanzler Sebastian Kurz besser als dieser Schnappschuss vom 6. Juni 2018. Die Herren, die sich hier innig in den Armen halten, sind Ex-OMV-Vorstand Rainer Seele und Gazprom-Chef Alexej Miller. Momente zuvor unterschrieben sie im Beisein des österreichischen Kanzlers Sebastian Kurz und des russischen Präsidenten Wladimir Putin einen milliardenschweren Gaslieferungsvertrag mit einer Laufzeit bis 2040. Aberwitzig ist nicht nur die Laufzeit, sondern vor allem die Vertragskonstruktion, die besagt, Österreich müsse jedenfalls 96 Prozent der vereinbarten Liefermengen abnehmen, unabhängig davon, ob Österreich das Gas braucht oder nicht.[525]

Die Unterzeichnung der Gaslieferverträge markierte einen Höhepunkt der seit 50 Jahren bestehenden Kooperation zwischen der OMV und Gazprom und wurde im Rahmen der „*Goldenen Hochzeit*" in Wien unterzeichnet.[526] Vier Jahre nachdem die Krim annektiert wurde, zehn Jahre, bevor der bereits bestehende Vertrag abgelaufen wäre. Der neue Vertrag enthält eine Take-or-Pay-Klausel, die Österreich auch dann zwingt zu zahlen, wenn es gar kein Gas bezieht.[527]

Von den vertraglichen Details soll kaum jemand informiert worden sein. Weder das Finanzministerium[528] noch der OMV-Aufsichtsrat. Nicht einmal Rainer Seele selbst kannte den vollständigen Vertrag, behauptete zumindest der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang C. Berndt im Untersuchungsausschuss.[529]

Das von Kurz geführte Außenministerium wurde jedenfalls frühzeitig im Dezember 2017 informiert, dass Rainer Seele die Gaslieferungsverträge verlängern lassen möchte.[530]

Foto: getty images/Mikhail Svetlov

Außenminister war zu diesem Zeitpunkt Sebastian Kurz. Verhindert hat man es nicht. Stattdessen zelebrierte man einen weiteren Schritt in die Abhängigkeit von russischem Gas.[531]

Türkis-Blaue Unterstützung für die OMV-Strategie

In anderen Fällen war die Zusammenarbeit der OMV mit der österreichischen Regierung anscheinend enger gestaltet. Im Jahr 2019 setzte sich das Finanzministerium für eine Steuerreduktion für den Mineralölkonzern in Russland ein. Die damals von Wladimir Putin eingeführte „*Mineral Extraction Tax*" hätte dem Unternehmen Kosten im dreistelligen Millionenbereich verursacht. Um das zu verhindern, vereinbarte der damalige OMV-Chef Rainer Seele mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Finanzminister Hartwig Löger und ÖBAG-Chef Thomas Schmid, dass die OMV einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung zwischen Österreich und Russland erarbeitet, damit die Steuer gedeckelt wird.[532]

Die OMV übermittelte nicht nur ihren Entwurf, sondern später auch ein vorgefertigtes Schreiben für den Finanzminister mit der Passage: „*Die österreichische Bundesregierung unterstützt die Strategie der OMV und damit auch ihr verstärktes Engagement mit und in Russland*". Der Entwurf wurde ohne Widerspruch von Löger unterzeichnet und an die russische Botschaft übermittelt. Was nichts anderes heißt, als dass die türkis-blaue Regierung die intensivierte Geschäftsbeziehung der OMV mit Gazprom nicht nur gut geheißen, sondern aktiv gefördert hat.[533]

Auch wenn es letztendlich dank des Ibiza-Videos und dem vorzeitigen Ende der türkis-blauen Koalition nie zu einer gemeinsamen Erklärung zwischen Österreich und Russland gekommen ist, bleiben viele Fragen offen. Warum wäre Russland diesen Deal eingegangen? Was war die Gegenleistung? Und warum verwickelten sich nach Bekanntwerden der internen Vorgänge die Beteiligten in Widersprüche?[534] Seele sagte vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss aus, dass er sich nie wegen des für die Steuer in Frage kommenden russischen Gasfeldes an Kurz oder Löger gewandt und lediglich Gespräche mit dem russischen Finanzministerium dazu geführt habe.[535] Die Unterlagen zeigen, dass das nicht stimmt.

Aus den dem Untersuchungsausschuss übermittelten Akten ergibt sich ein klares Bild: Die OMV gab die einseitige Ausrichtung der Gasversorgung trotz aller Warnungen aus dem Ausland nicht auf. Das geschah in enger Abstimmung mit dem Außenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt.[536]

So berichtete etwa Maria Mittermair, Senior Vice President der OMV, in einem E-Mail vom 28. Juli 2020 an Kabinettsmitarbeiter*innen im Bundeskanzleramt, Außenministerium und an Thomas Schmid von einem Gespräch mit einem hochrangigen Vertreter der US-Verwaltung in Zusammenhang mit möglichen Sanktionen gegen die OMV auf Grund der Beteiligung am Projekt „*Nord Stream 2*". Die USA wurde deutlich: Die OMV solle ihr Engagement in Russland zurückfahren. Die OMV wollte trotzdem an dem Projekt festhalten.[537]

Die guten Wirtschaftsbeziehungen dürfen wegen Nawalny nicht gestört werden

Im September 2020 fand ein Gespräch zwischen Außenminister Alexander Schallenberg und OMV-Vorstandschef Rainer Seele statt. In den Vorbereitungsunterlagen des BMEIA für diesen Termin heißt es unter anderem trocken in einem eigenen Bulletpoint:

Nur einen Monat zuvor wurde der russische Oppositionelle Alexej Nawalny Opfer eines Giftanschlages, mutmaßlich ausgeführt durch den russischen Geheimdienst.[538]

Foto: Karl Allen Lugmayer - stock.adobe.com, Foto: Von Evgeny Feldman - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=67477755

> **„Müssen trotz Nawalny kühlen Kopf bewahren. Enge Abstimmung mit DE und Partnern. Vermischung von Politik und Wirtschaft nicht klug“**
> **türkises Außenministerium**

Interne Gesprächsunterlagen zeigen: Für Außenminister Schallenberg war auch nach dem Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen kein Anlass gegeben, die eigene kremlfreundliche Haltung zu überdenken.

Generell überwogen offenbar wirtschaftliche Interessen. So hieß es an anderer Stelle in der erwähnten Gesprächsunterlage des Außenministeriums: „*Müssen aufpassen: RU könnte unsere Firmen sanktionieren*“.[539]

Das Drängen der USA auf ein Ende der Abhängigkeit von russischer Energie stieß im türkis geführten Außenministerium auf taube Ohren: „*Sanktionen dienen mehr US wirtschaftl. und geopol. Interessen als der Energiesicherheit Europas*“.[540]

Im Fokus standen gute Geschäfte mit Russland

Die Abhängigkeit von russischem Gas hat sich nach Dienstantritt von Rainer Seele und dem Amtsantritt von Sebastian Kurz schnell von 50 auf 80 Prozent gesteigert. Warum man nicht auf saubere Energie oder zumindest auf Diversifikation bei den Lieferant*innen gesetzt hat, und ob der Grund Gegengeschäfte für superreiche Freund*innen war, das sind Fragen, die ein weiterer parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären könnte. Was jedenfalls sicher ist: Bundeskanzler, Landeshauptleute, Wirtschaftsbündler*innen und zahlreiche andere hochrangige Politiker*innen sind trotz Sanktionen und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim in Goldgräberstimmung nach Moskau gereist, um den türkisen Freund*innen gute Geschäfte mit Russland zu verschaffen.

In den türkisen Jahren gab es geradezu einen Besucher*innenboom in Moskau und St. Petersburg. Von Sebastian Kurz abwärts waren zahlreiche andere namhafte Politiker*innen vor Ort. Die Russland-Besuche fanden aber nicht nur auf Bundesebene statt. Bereits 2016 reiste der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter mit einer Wirtschaftsdelegation nach Russland, im Herbst 2018 fand eine neuerliche Reise statt. Kurz darauf zog es auch Landeshauptmann Markus Wallner nach Moskau, auch eine Delegation aus dem Niederösterreichischen Landtag tat es ihnen gleich.[541]

Anstatt also auf Unabhängigkeit von Russland zu setzen, haben Kurz und die ÖVP-Landeshauptleute die Verbindungen noch intensiviert und damit ihren Beitrag zur jetzigen Eskalation des seit 2014 andauernden und im Ukraine-Krieg resultierenden Konfliktes geleistet.

Russland-Besuche der ÖVP:[542]

15.-17. November 2019	Bundesminister Alexander Schallenberg	**St. Petersburg**
13. Mai 2019	WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf	**Tambow**
4.-6. Dezember 2018	Delegation aus dem NÖ Landtag	**Moskau**
4.-6. Dezember 2018	Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka	**Moskau**
22.-25. Oktober 2018	Landeshauptmann Markus Wallner	**Moskau**
3. Oktober 2018	Bundeskanzler Sebastian Kurz	**St. Petersburg**
28. August 2018	Landeshauptmann Günther Platter	**St. Petersburg**
24. Mai 2018	Bundesministerin Margarete Schramböck	**St. Petersburg**
28. Februar 2018	Bundeskanzler Sebastian Kurz	**Moskau**
15.-16. Juni 2017	2. Nationalratspräsident Karlheinz Kopf	**Moskau**
28.-31. März 2017	Bundesminister Wolfgang Sobotka	**Moskau**
18. Jänner 2017	Bundesminister Sebastian Kurz	**Moskau**
27.-29. Oktober 2016	Landeshauptmann Günther Platter	**Moskau**
17.-18. Juni 2016	Bundesminister Hans Jörg Schelling	**St. Petersburg**
17.-19. Mai 2016	Bundesminister Wolfgang Brandstetter	**St. Petersburg**
5.-6. April 2016	Bundesminister Kurz, Bundesminister Brandstätter, Bundesminister Rupprechter	**Moskau**
2.-3. Februar 2016	Bundesminister Reinhold Mitterlehner	**Moskau**
14. September 2015	2. Nationalratspräsident Karlheinz Kopf	**Moskau**
4.-5. Mai 2015	Bundesminister Sebastian Kurz	**Moskau**

Platters Russland-Reisen

Zum Nationalfeiertag 2016 reiste eine rund 80-köpfige Tiroler Wirtschaftsdelegationnach Russland. Von 27. bis 29. Oktober 2016 stand der „*Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere im Bereich Tourismus*“ im Fokus.[543]

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die darauffolgenden Sanktionen störten das Begehren nach guten Geschäften mit Putins Russland nicht. Die Delegation wurde in Moskau von Vizepremierminister Dmitry Kozak empfangen, welcher zu dem Zeitpunkt auf einer personenbezogenen Sanktionsliste der EU stand.[544]

Landeshauptmann Platter kritisierte die Russland-Sanktionen und meinte: „*Tirol wird das Problem der Sanktionen nicht lösen können, aber wir haben schon alte Bekanntschaften und Freundschaften mit Russland und möchten die Geschäftsbeziehungen mit den Menschen hier fortsetzen*“. Wirtschaftskammer-Präsident Jürgen Bodenseer meinte, man wolle „*Tirol eine Sonderstellung einräumen gegenüber der Rest-EU*“.[545]

Um den Ausbau der Kooperation zwischen Tiroler und russischen Unternehmen zu fördern, waren zahlreiche einflussreiche Unternehmer*innen Teil der Delegation, unter anderem Mitglieder der Tiroler Adlerrunde. Weiters waren Vertreter*innen der Bergbahnen und Hotellerie beim Besuch dabei, wie etwa der Nationalratsabgeordnete und Seilbahnsprecher Franz Hörl mit seiner Ehefrau. Vor Ort traf man sich mit OMV-Chef Rainer Seele – einer der Hauptverantwortlichen für die Abhängigkeit von russischem Gas.[546]

Bisher kaum öffentlich bekannt: 2018 kam es noch zu einem weiteren Besuch Platters. Am 28. August 2018 war Platter zu Besuch in St. Petersburg und traf sich dort mit Gouverneur Georgij Poltawtschenko.[547] Weder in österreichischen Medien noch in den Untersuchungsausschuss-Akten fanden sich Informationen über die Delegation und deren Teilnehmer*innen.

Wallners Trip nach Moskau

Auch der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner reiste vom 22. bis 25. Oktober 2018 gemeinsam mit dem Vorarlberger Wirtschaftskammer-Präsidenten Hans-Peter Metzler sowie einer rund 20-köpfigen Wirtschaftsdelegation nach Moskau, um die Beziehungen mit Russland zu stärken. Teilnehmer dieser Delegation war unter anderem Hubert Bertsch (Bertsch-Holding; russischer Honorarkonsul in Vorarlberg). Auch Unternehmen, wie Gantner, Doppelmayr, Photeon, S.I.E Solutions oder Lech Zürs Tourismus waren vertreten.[548]

Auch Wallner waren die Russland-Sanktionen ein Dorn im Auge. Gefragt, „*ob die Reise der Vorarlberger Wirtschaftsdelegation nicht dem Geist der EU-Sanktionen widerspreche*“, meinte Wallner bloß: „*Wir waren nie ein besonders großer Freund dieser Sanktionen*“.[549] Ziel der Reise war es, „*weiteren Firmen den Mut [zu] geben, den Schritt in neue Felder wie z.B. nach Russland zu wagen*“, denn dieser Delegation „*stehen Türen offen, die so manch einem Privatmann verschlossen bleiben*“.[550]

> **„Wir waren nie ein besonders großer Freund dieser Sanktionen“**
> **Markus Wallner**

Offen standen der Delegation auch die Türen zum Moskauer Zentrum für zeitgenössische Kunst „*Winsawod*“, in welchem mit rund 500 österreichischen, russischen und internationalen Gästen der Österreichische Nationalfeiertag am 23. Oktober (vor-)gefeiert wurde.[551]

Unklar bleibt weiterhin, wie die Reise finanziert wurde – insbesondere, ob sie vom Land Vorarlberg aus Steuergeldern oder von der Vorarlberger Wirtschaftskammer aus den Pflichtbeiträgen ihrer Mitglieder bezahlt wurde.

Landeshauptmann Markus Wallner, WKO-Präsident Hans-Peter Metzler (u.a.) anlässlich des Staatsfeiertages 2018 in Moskau

Foto: VLK

Exkurs: Wie Putin-Versteher und Kurz-Freund Sigi Wolf die Russland-Politik prägte

Siegfried Wolf machte in Russland Millionen. 2016 erhielt der ehemalige Magna-Manager für seinen außerordentlichen Verdienst an der russischen Föderation sogar den Orden der Freundschaft.[552] Putins Telefonnummer habe er zwar nicht[553], aber wenige Monate nach der Annexion der Krim meinte er in einer Diskussionsrunde, dass er Putin persönlich kenne und er ein *„sehr, sehr, sehr korrekter Mann“* sei und dass er sich in der EU *„ein bissl mehr russische Demokratur“* wünschen würde.[554]

> ***„sehr, sehr, sehr korrekter Mann“***
> **Wolf über Putin**

Für die türkise ÖVP war Wolf die beste Ansprechperson, wenn sie Kontakte mit wichtigen Persönlichkeiten in der Politik und Wirtschaft im Kreml brauchte. Thomas Schmid behauptete sogar, dass man schneller mit Wolf als mit der österreichischen Botschaft Termine in Moskau bekommen würde.[555] Ein von der WKStA ausgewerteter Nachrichtenverlauf zwischen Wolf und Thomas Schmid scheint das zu bestätigen. So organisierte der Steirer dem damaligen Finanzminister Hans Jörg Schelling im Jahr 2016 kurzfristig politische Termine in St. Petersburg, um – nach den Worten von Schmid – seine Russland-Reise vor dem Parlament vertretbar zu machen.[556]

Die Auswertungen der Staatsanwaltschaft zeigen zumindest zwei Treffen mit Präsident Putin und Ex-Bundeskanzler Kurz, an denen Wolf dem Anschein nach teilgenommen hat. Im Juni 2018, rund um die Vertragsverlängerung der Gaslieferverträge mit Russland in Wien (siehe Goldene Hochzeit) und im Oktober desselben Jahres in St. Petersburg, als Kurz eine von der OMV und Gazprom gesponserte[557] [558] Ausstellungseröffnung der Eremitage besuchte.[559] [560] In Sankt Petersburg war Wolf allerdings nur ein Teil einer kleinen und exklusiven Delegation, die scheinbar von Rainer Seele, dem damaligen OMV-Generaldirektor, auserkoren wurde und aus ihm, René Benko und Markus Friesacher bestand. Sie waren, so Friesacher, im Kreis um Kurz und den *großen Chef* Putin:

„3. Oktober St. Petersburg hat Rainer S. nominiert: Er / Du / René und ich im Kreis um Seb. und großer Chef [Putin, Anm.] / passt das?“

Markus Friesacher

„Ja dann flieg ich mit dem René?“[561]

Siegfried Wolf

Was sie, allen voran René Benko, dort gemacht haben, hat Wolf bei seiner Befragung nicht mehr gewusst.[562] Warum er Kurz gefragt hat, ob er den Herausgeber der Kronen Zeitung Christoph Dichand mitnehmen soll, konnte er ebenfalls nicht beantworten.[563] Auch an das Treffen im Juni konnte er sich nicht mehr erinnern.[564]

Lobbyist für Gazprom?

Wolf war nicht nur ein guter Vermittler russischer Kontakte, sondern auch bei der strategischen Ausrichtung der OMV indirekt involviert. Als Teil der „*Insider-Clique*“[565] wurde er 2014 ÖIAG-Präsident[566] [567] und wollte Gerüchten zufolge den damaligen OMV-Generaldirektor Gerhard Roiss so schnell wie möglich loswerden.[568] [569]

Glaubt man Roiss, störte sich Wolf an seiner strategischen Ausrichtung.[570] Roiss wollte „*keinen Cent in Russland investieren*“ und die Gasabhängigkeit zu einzelnen Lieferstaaten verringern.[571] Weil aber „*die Stimmung auf Ebene der Eigentümervertreter [...] wahrnehmbar in Richtung Russland*“ kippte, musste er gehen, so der Oberösterreicher.[572]

Vor dem Untersuchungsausschuss behauptete der ehemalige OMV-Chef unter Wahrheitspflicht, dass Wolf in einem Meeting die Gaslieferverträge mit Gazprom von ihm haben wollte: „*Zudem sollte ich die Gaslieferverträge mit Gazprom beim nächsten Meeting mit Herrn Wolf mitnehmen und ihm übergeben, was ich aber abgelehnt habe*“.[573] Warum Wolf die Verträge wollte, führte er nicht näher aus.

Wolf setzte sich immer wieder dafür ein, dass Österreich mehr Gas von Russland bezieht.[574] Während die Europäische Union als Reaktion auf die Krim-Annexion im Jahr 2015 eine Energie-Union bilden wollte[575], um die russische Gasabhängigkeit zu verringern, meinte Wolf nur, dass Russland „*die Energie*“ und Europa „*den Bedarf*“ hätte und man das „*zum Vorteil beider*“ nutzen sollte.[576] 2016 vermuteten deutsche Verfassungsschützer*innen nicht zu Unrecht, dass der Steirer für den Konzern Gazprom bzw. für Nord Stream 2 lobbyiere.[577] Thomas Schmid meinte in seiner Einvernahme, dass er aus den Medien mitbekommen habe, dass Ex-Finanzminister Schelling einen Beratervertrag bei Gazprom für Nord Stream 2 erhalten habe. Ob der Beratervertrag im Zusammenhang mit Schellings Einsatz für Wolf stehe, wisse er aber nicht.[578]

EIN BLICK ZURÜCK, EIN BLICK NACH VORN

Mit dem Ende des ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses stehen wir vor einem Anfang. Das Fundament unseres politischen Systems ist freigelegt, jede undichte Stelle und jedes schadhafte Teil ist im vorliegenden Bericht dokumentiert. Ein U-Ausschuss allein wird das Vertrauen in die Politik nicht wiederherstellen können, doch er kann einen ganz wichtigen Beitrag dazu leisten. Der Weg ist frei, um das Haus zu sanieren, um es lebenswert, um es besser zu machen.

Dieser U-Ausschuss konnte schon in den vergangenen Monaten erste positive Wirkungen entfalten:

Es gab zahlreiche **Rücktritte** im und um den Machtzirkel von Sebastian Kurz. Neben Kurz selbst sind Gernot Blümel, Elisabeth Köstinger und Margarete Schramböck zurücktreten. Thomas Schmid musste Politik und ÖBAG verlassen, der ehemalige Justizminister Wolfgang Brandstetter ist als Verfassungsrichter zurückgetreten, Johann Fuchs verlor die Dienstaufsicht über die WKStA, Christian Pilnacek ist suspendiert, Eva Marek ist nach wie vor Vizepräsidentin des OGH, allerdings ohne jegliches Pouvoir. Ein fleißiger Nutzer des Beinschab-Tools, Johannes Pasquali, wurde gekündigt, ein anderer ist wieder da: Gerald Fleischmann.

Es wurde ein **scharfes Gesetz gegen Korruption** sowie ein Gesetz für mehr Transparenz und **gläserne Parteikassen** beschlossen. So wird es künftig illegal, wenn sich etwa Oligarch*innen mit einer geheimen Bargeldzahlung Wunschabgeordnete für den Nationalrat kaufen oder ein/e Kandidat*in für ein Ministeramt einen Geldkoffer entgegennimmt und Gegenleistungen wie beispielsweise Staatsaufträge erbringt. Auf der anderen Seite müssen Parteien lückenlos Auskunft über Vermögen und Schulden geben, ausnahmslos alle parteinahen Organisationen, Vereine und relevanten Unternehmensbeteiligungen müssen bekannt gegeben werden.

Und langsam verbreitet sich die Nachricht vom Regierungsviertel in Wien bis in die kleinste Gemeindestube: Selbstbedienungsmentalität, Spezialbehandlung für reiche Freund*innen und Manipulation der Bevölkerung: das geht nicht mehr. **Diese Zeiten sind vorbei.**

Doch während des Protokollierens der großen Täuschung durch einen kleinen Machtzirkel wird auch sonnenklar: Die schärfsten Anti-Korruptionsgesetze helfen nur wenig, solange die wichtigste Zutat für saubere Politik fehlt: **Integrität**. Wer sich selbst bereichern und seine reichen Freund*innen bei der Profitmaximierung unterstützen möchte, wird wahrscheinlich auch weiterhin das ein oder andere Schlupfloch finden – solange wir Illusionskünstler*innen bei demokratischen Wahlen mit unserer Stimme belohnen.

Für mündige Wahlentscheidungen braucht es möglichst viel Transparenz und Zugang zu Informationen. Was den U-Ausschuss betrifft, wäre die größtmögliche Transparenz durch eine Live-Übertragung ähnlich wie in den USA gegeben. Taktische Geschäftsordnungsdebatten, überbordende Erinnerungslücken und substanzloses Filibustern von prominenten Auskunftspersonen könnten so auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Abschließend wollen wir uns bei allen im U-Ausschuss vertretenen Fraktionen für die Zusammenarbeit bedanken. Wir haben großen Respekt vor eurer engagierten Arbeit. Und auch, wenn es in den vergangenen Monaten so ausgesehen haben mag, dass es in diesem U-Ausschuss zwei Seiten gegeben haben mag – die ÖVP und die anderen – legen wir als Grüne Fraktion Wert darauf festzuhalten, dass es eine dritte Seite gibt. Diese Seite haben wir in vergangenen U-Ausschüssen sowie in diesem eingenommen, wir wollen ihr auch in Zukunft treu bleiben: der **Seite der Aufklärung**.

NAbg. Nina Tomaselli

NAbg. David Stögmüller

1. Parlamentsdirektion, Stand: 18. Jänner 2023

2. AP Alma Zadic am 30. März 2022, AP Georg Frölichsthal am 7. April 2022

3. Parlamentsdirektion, Stand: 18. Jänner 2023

4. Parlamentsdirektion, Stand: 18. Jänner 2023

5. Stand: 20. Dezember 2022

6. Teilweise doppelte Funktionen, z.B. Eduard Müller: ehem. Bundesminister + Beamter → zu 'höherer' Funktion gezählt, also als Minister (nicht zu Beamt*innen hinzugezählt)

7. Beamt*innen im Bundesministerium für Justiz nicht hinzugezählt

8. Vorläufiges Stenographisches Protokoll der Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 43. Sitzung vom 1. Dezember 2022

9. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Martin Malaun in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/635/fname_1478626.pdf

10. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/636/fname_1478629.pdf

11. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf

12. Jürgen Klatzer, 6. März 2022, Kanzlerbefragung, https://www.juergenklatzer.at/2022/03/06/kanzlerbefragung/#more-328

13. Jürgen Klatzer, 6. März 2022, Kanzlerbefragung, https://www.juergenklatzer.at/2022/03/06/kanzlerbefragung/#more-328

14. Jürgen Klatzer, 18. Juli 2022, Kamerascheu, https://www.juergenklatzer.at/2022/07/18/kamerascheu/#more-392

15. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, https://www.medien-transparenz.at/, Stand: 18. Jänner 2023;
Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen - (2014 bis 2021)

16. Bis zum 2. Quartal 2019: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: 249.303,81 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Europa%2C%20Integration%20und%20%C3%84u%C3%9Feres&from=20123&to=20223;

17. Bis zum 3. Quartal 2017: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft: 644.665,82 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Wissenschaft%2C%20Forschung%20und%20Wirtschaft&from=20123&to=20223;

18. Bis Quartal 3 2017: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft: 1.387.753,58 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Land-%20und%20Forstwirtschaft%2C%20Regionen%20und%20Wasserwirtschaft&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Land-%20und%20Forstwirtschaft%2C%20Umwelt%20und%20Wasserwirtschaft&from=20123&to=20223; ab 4. Quartal 2017: Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: 232.004,66 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Nachhaltigkeit%20und%20Tourismus&from=20123&to=20223; bis 2. Quartal 2019: Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: 428.093,54 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Nachhaltigkeit%20und%20Tourismus&from=20123&to=20223; ab 3. Quartal 2019: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus: 472.628,88 Euro, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Landwirtschaft%2C%20Regionen%20und%20Tourismus&from=20123&to=20223

19. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, abgerufen über https://www.medien-transparenz.at/ am 18. Jänner 2023;

20. Bundesministerium für Finanzen, Studien und Inserate - Untersuchungsbericht der Internen Revision (Kurzversion), 15. Dezember 2021, https://respublica.at/wp-content/uploads/2021/12/BMF-Untersuchungsbericht-interne-revision.pdf, S. 4f

21. Bundesministerium für Finanzen, Studien und Inserate - Untersuchungsbericht der Internen Revision (Kurzversion), https://respublica.at/wp-content/uploads/2021/12/BMF-Untersuchungsbericht-interne-revision.pdf, S. 5; Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johannes Pasquali in der 24. Sitzung vom 29. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/553/fname_1462660.pdf, S. 48

22. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 21

23. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 11f bzw. ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Beinschab, S. 16

24. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 30

25. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1633, Bericht über die Erkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf das sogenannte „Beinschab Österreich Tool", S. 41f bzw ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Sabine BEINSCHAB, S. 88

26. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 25

27. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, siehe allgemein S. 9-60 und für die Pasquali-Behauptung S. 27-29 bzw. ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Beinschab, S. 42

28. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Sabine BEINSCHAB, S. 10

29. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 27

30. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1756, Anordnung der Festnahme (Sabine Beinschab), S. 2-10

31. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 20-21

32. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 20; Beschuldigtenvernehmung Beinschab, S. 73

33. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 21

34. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 20

35. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 21

36. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 22

37. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 23

38. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 22f

39. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Sabine BEINSCHAB, S. 10

40. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 27

41. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 49

42. Profil, 6. Oktober 2021, Die komplette Anordnung zur ÖVP-Hausdurchsuchung: Das sind die Vorwürfe, l https://www.profil.at/oesterreich/die-komplette-anordnung-zur-oevp-hausdurchsuchung-das-sind-die-vorwuerfe/401760906

43. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1634, Analysebericht betreffend Beinschab-Österreich Tool, BMF-Förderungen und Umfragen als Bestandteil der Strategie der Neuen Volkspartei, S. 56f

44. Bundesministerium für Finanzen, research affairs - Ergebnisse qualitative Studie: Wirtschafts- und Budgetpolitik, https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:1dc20098-3e90-4420-9c95-398e29da001f/Studie%20Wirtschafts-%20und%20Budgetpolitik%20inklusive%20Erweiterungen%20-%202017.pdf, S. 22

45. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2171, Beschuldigtenvernehmung Sabine BEINSCHAB, S. 36-37

46. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 15f

47. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johannes Pasquali in der 24. Sitzung vom 29. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/553/fname_1462660.pdf, S. 52

48. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Dietmar Schuster in der 24. Sitzung vom 29. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/552/fname_1462659.pdf, S. 14

49. ORF Online, 10. Oktober 2017, Inseratenaffäre: Laut Peschorn Prüfung im Finanzministerium, https://orf.at/stories/3231896/

50. Der Standard, 16. Dezember 2021, Interne Untersuchung zeigt verheerende Zustände hinsichtlich Studien und Inseraten im Finanzministerium, https://www.derstandard.at/story/2000131968620/interne-untersuchung-zeigt-verheerende-zustaende-hinsichtlich-studien-und-inseraten-im

51. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 15

52. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 15f

53. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 14

54. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 14;
Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Generalsekretär Dietmar Schuster, MBA in der 24. Sitzung vom 29. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/552/fname_1462659.pdf, S. 26;
Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist in der 12. Sitzung vom 20. August 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/508/fname_1456705.pdf, S. 12-13

55. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist in der 12. Sitzung vom 20. August 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/508/fname_1456705.pdf, S. 15

56. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 26

57. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johannes Pasquali in der 24. Sitzung vom 29. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/553/fname_1462660.pdf, S. 51

58. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 5

59. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 9

60. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 5

61. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Dr. Hannes Schuh, MBA in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/462/fname_1444669.pdf, S. 16f

62. Lara Hagen: Die Wirtschaftsbund-Affäre. Von einer Elite, die es sich richtet", in: Kathrin Stainer-Hämmerle (Hg.), Mi subers Ländle; S. 188.

63. Firmenbuch, Media Team Kommunikationsberatungs GmbH

64. Anfrage der Grünen und der SPÖ, Quersubventionierung innerhalb der ÖVP, 2010

65. Ö1, 6. Dezember 2021, Die blinden Länder-Flecken, https://oe1.orf.at/artikel/689106/Die-blinden-Laender-Flecken; Der Standard, 26. November 2021, Fragwürdige Inseratenkonstruktion um ÖVP und Russmedia, https://www.derstandard.at/story/2000131465093/fragwuerdige-inseratenkonstruktion-umoevp-und-russmedia

66. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/544/fname_1462651.pdf, S. 25

67. ZiB 2 vom 29. März 2022, zit nach. Stefan Kappacher, https://twitter.com/KappacherS/status/1508907400870440969?s=20&t=WWxFxHRHyWqngnY0g8fKKA

68. ORF Online Vorarlberg, 20. April 2022, Wirtschaftsbund droht Steuernachzahlung in Millionenhöhe, https://vorarlberg.orf.at/stories/3152682/

69. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Markus Wallner in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/545/fname_1462652.pdf, S. 41

70. Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Mag. Markus Wallner betreffend „Inseratenschaltungen in ÖVP-nahen Organisationen", 29. November 2021, https://suche.vorarlberg.at/VLR/vlr_gov.nsf/VLR/vlr_gov.nsf/8D2D8FFA55DC7236C125879C002EA17F?OpenDocument

71. ORF Online Vorarlberg, 20. April 2022, Wirtschaftsbund: Geld an Landesräte geflossen, https://vorarlberg.orf.at/stories/3152814/; Anm.: Aus den Rechneschaftsberichten der ÖVP sind diese Zuwendungen nicht erkennbar, da die Buchung unter „Beiträge von den der Partei angehörenden Mandatare und Funktionäre" erfolgt.

72. Vol.at, 23. Dezember 2022, Wirtschaftsbund hat jetzt alle Steuern nachgezahlt, https://www.vol.at/wirtschaftsbund-hat-alle-steuern-zurueckgezahlt/7814338

73. Vorarlberger Nachrichten, 10. Oktober 2017, Berchtold gibt Wahlempfehlung auf städtischem Briefpapier ab, https://www.vn.at/vorarlberg/2017/10/10/berchtold-gibt-wahlempfehlung-auf-staedtischem-briefpapier-ab.vn

74. Vorarlberger Nachrichten, 30. Mai 2022, Gummibärchen für Frühstück, https://www.vn.at/vorarlberg/2022/05/30/gummibaerchen-fuer-fruehstueck.vn

75. Puls24, 21. April 2022, Wirtschaftsbund: Wallner verweist auf laufendes Verfahren, https://www.puls24.at/news/wirtschaft/wirtschaftsbund-wallner-verweist-auf-laufendes-verfahren/262605

76. Der Standard, 22. April 2022, Manager belastet Landeshauptmann Wallner als Inseratenkeiler für Wirtschaftsbund, https://www.derstandard.at/story/2000135107232/anonymer-manager-belastet-landeshauptmann-wallner-als-inseratenkeiler-fuer-wirtschaftsbund

77. ORF Online Vorarlberg, 14. Dezember 2022, Wallner-Ermittlungen stehen vor Einstellung, https://vorarlberg.orf.at/stories/3186392/

78. Der Standard, 29. April 2022, Eine Elite, die es sich richtet: Was die Causa Wirtschaftsbund für Strukturen ans Licht bringt, https://www.derstandard.at/story/2000135321999/eine-elite-die-es-sich-richtet-was-die-causa-wirtschaftsbund

79. Vol.at, 21. April 2022, Causa Wirtschaftsbund: Rotes Kreuz hat Spenden nie erhalten, https://www.vol.at/causa-wirtschaftsbund-rotes-kreuz-hat-spenden-nie-erhalten/7386166

80. Der Standard, 25. Mai 2022, Vorarlberger Wirtschaftsbunddirektor Kessler soll 30.000 Euro monatlich bezogen haben, https://www.derstandard.at/story/2000136034381/vorarlberger-wirtschaftsbunddirektor-kessler-soll-30-000-euro-monatlich-bezogen-haben

81. Vol.at, 21. April 2022, Causa Wirtschaftsbund: Vom zinslosen Darlehen bis zur Spende, https://www.vol.at/causa-wirtschaftsbund-vom-zinslosen-darlehen-bis-zur-spende/7387018

82. Vol.at, 9. Juni 2022, Vorarlberg: Selbstanzeige von Natter in der Causa Wirtschaftsbund, https://www.vol.at/vorarlberg-selbstanzeige-von-natter-in-der-causa-wirtschaftsbund/7475026

83. Der Standard, 8. Juni 2022, Nächste Selbstanzeige in Vorarlberger Wirtschaftsbundaffäre, https://www.derstandard.at/story/2000136399934/naechste-selbstanzeige-in-vorarlberger-wirtschaftsbundaffaere

84. Der Standard, 21. April 2022, Ex-Geschäftsführer ließ sich vom Wirtschaftsbund unverzinstes Darlehen von 250.000 Euro auszahlen, https://www.derstandard.at/story/2000135056498/ex-geschaeftsfuehrer-liess-sich-vom-wirtschaftsbund-unverzinstes-darlehnen-von-250

85. ORF Online Vorarlberg, 14. Dezember 2022, Wallner-Ermittlungen stehen vor Einstellung, https://vorarlberg.orf.at/stories/3186392/

86. Der Standard, 26. April 2022, Die gut gefüllte Kaffeekasse des Wirtschaftsbunds, https://www.derstandard.at/story/2000135215197/die-gut-gefuellte-kaffeekasse-des-wirtschaftsbunds

87. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Erich Lochmann, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/544/fname_1462651.pdf, S. 30f

88. Ö1, 6. Dezember 2021, Die blinden Länder-Flecken, https://oe1.orf.at/artikel/689106/Die-blinden-Laender-Flecken

89. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Markus Wallner in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/545/fname_1462652.pdf, S. 71

90. Der Standard, 20. Mai 2022, Welche Firmen warum für zehntausende Euro im Wirtschaftsbund-Magazin inserierten, https://www.derstandard.at/story/2000135809256/welche-firmen-warum-fuer-zehntausende-euro-im-wirtschaftsbund-magazin-inserierten

91. ORF Online Vorarlberg, 20. Mai 2022, Inseratenhäufung bei Umwidmungen, https://vorarlberg.orf.at/stories/3157109/

92. Vorarlberger Nachrichten, 21. April 2022, Eidesstattliche Erklärung belastet Wallner, https://www.vn.at/vorarlberg/2022/04/21/eidesstattliche-erklaerung-belastet-wallner.vn

93. Vol.at, 24. November 2022, Finanz ortet bewusste Steuerhinterziehung im Wirtschaftsbund, https://www.vol.at/finanzpruefer-orten-steuerbetrug-im-wirtschaftsbund/7764370

94. Kronen Zeitung, 12. September 2022, Staatsanwaltschaft weitete Ermittlungen aus, https://www.krone.at/2782667

95. Rechnungshof, Presseinformation zum Rechenschaftsbericht der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) 2019 vom 10. Juni 2022, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/fragen-medien/Presseinformation_Rechenschaftsbericht_OeVP_2019.pdf, S. 6

96. Der Standard, 14. September 2022, Neue Skandale aus Vorarlberg: Auftragsvergabe am Rande einer Veranstaltung, https://www.derstandard.at/story/2000139087461/neue-skandale-aus-vorarlberg-auftragsvergabe-am-rande-von-veranstaltung

97. Land Vorarlberg, Presseaussendungen - Vorarlberger Landeskorrespondenz, 10. Dezember 2022, LH Wallner: „Startschuss für Transparenzoffensive des Landes„, https://presse.vorarlberg.at/land/dist/vlk-65972.html

98. Vol.at, 11. Oktober 2021, Steuerdeal-Chats – Wallner: „Nie mit Schmid gechattet„, https://www.vol.at/steuerdeal-chats-wallner-nie-mit-schmid-gechattet/7153910

99. Der Standard, 22. Oktober 2022, Wallner-Chats mit Schmid: „Servus! Lösung gefunden in der Steuersache?“, https://www.derstandard.at/story/2000140217387/wallner-chats-mit-schmid-servus-loesung-gefunden-in-der-steuersache

100. VP Magazin Spezial, https://www.tiroler-vp.at/fileadmin/userdaten/_14_PDF_Dateien/VP_Magazin_LTW_18.pd.pdf, S. 1

101. VP Magazin Spezial, https://www.tiroler-vp.at/fileadmin/userdaten/_14_PDF_Dateien/VP_Magazin_LTW_18.pd.pdf

102. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Martin Malaun in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/635/fname_1478626.pdf, S. 40f, 46

103. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Martin Malaun in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/635/fname_1478626.pdf, S. 37

104. VP Magazin Spezial, https://www.tiroler-vp.at/fileadmin/userdaten/_14_PDF_Dateien/VP_Magazin_LTW_18.pd.pdf

105. RegionalMedien Tirol GmbH, 11. August 2021, Kufstein hat ein Goldenes Dachl aus Photovoltaik, https://www.meinbezirk.at/kufstein/c-wirtschaft/kufstein-hat-ein-goldenes-dachl-aus-photovoltaik_a4815063

106. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/636/fname_1478629.pdf, S. 22f

107. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Martin Malaun in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/635/fname_1478626.pdf, S. 37

108. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/636/fname_1478629.pdf, S. 21

109. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Martin Malaun in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/635/fname_1478626.pdf, S. 34-36

110. Marketing & Kommunikation am-teich, Landjugend.at - Mediadaten: Fakten - Formate und Tarife (Stand: Jänner 2020), https://landjugend.at/fileadmin/user_upload/Bund/News_und_Inhalte/600_Service_und_Organisation/Zeitschrift/LJ_Verkaufsunterlagen-Folder_2020_O___200417_ANSICHT.pdf, S. 3

111. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 14

112. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, 18. Jänner 2023, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Land%20Tirol&media=Logo&from=20123&to=20223

113. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 12f

114. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 12

115. Rechnungshof, ÖVP-Rechenschaftsbericht 2019, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_5/Rechenschaftsbericht_Oesterreichische_Volkspartei_2019.pdf, S. 24

116. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 10

117. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 14

118. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 6

119. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dominik Traxl, BEd in der 31. Sitzung vom 15. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/637/fname_1478630.pdf, S. 14

120. LOGO 02/2022, 21. April 2022, https://issuu.com/bigdetail/docs/logo_02_22_web/1?ff, S. 3

121. Landjugend Österreich, Zeitschrift »landjugend«, https://landjugend.at/programm/service-organisation/kooperationspartner (Stand: 18. Jänner 2023)

122. LOGO 02/2022, 21. April 2022, https://issuu.com/bigdetail/docs/logo_02_22_web/1?ff, S. 3

123. Der Standard, 17. Jänner 2023, Corona-Hilfen zurückzahlen: Frist für Jungbauern verstrichen, Seniorenbund Fall für Parteiensenat, https://www.derstandard.at/story/2000142642949/corona-hilfen-frist-fuer-jungbauern-verstrichen-seniorenbund-fall-fuer-parteiensenat

124. Bundesministerium Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport, 12. September 2022, NPO-Fonds: Ergebnisse und Konsequenzen der laufenden Prüfungen, https://www.bmkoes.gv.at/Themen/Aktuell/NPO-Fonds--Ergebnisse-und-Konsequenzen-der-laufenden-Prüfungen.html

125. Der Standard, 20. Jänner 2023, Tiroler Jungbauern zahlten nur 590.858 Euro Corona-Hilfe zurück, Mahnverfahren läuft, https://www.derstandard.at/story/2000142762167/tiroler-jungbauern-zahlten-nur590-858-euro-an-corona-hilfen-zurueck

126. Agrar Media Verlagsgesellschaft mbH, Österreichische Bauernzeitung https://bauernzeitung.at/impressum/

127. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Landwirtschaft%2C%20Regionen%20und%20Tourismus&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Nachhaltigkeit%20und%20Tourismus&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Land-%20und%20Forstwirtschaft%2C%20Umwelt%20und%20Wasserwirtschaft&media=%C3%96sterreichische%20BauernZeitung&media=%C3%96sterreichische%20BauernZeitung%20-%20Gesamtausgabe&from=20171&to=20214 (Stand: 18. Jänner 2023)

128. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, abgerufen über www.medien-transparenz.at am 18. Jänner 2023

129. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Landwirtschaft%2C%20Regionen%20und%20Tourismus&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Nachhaltigkeit%20und%20Tourismus&organisations=Bundesministerium%20f%C3%BCr%20Land-%20und%20Forstwirtschaft%2C%20Umwelt%20und%20Wasserwirtschaft&media=%C3%96sterreichische%20BauernZeitung&media=%C3%96sterreichische%20BauernZeitung%20-%20Gesamtausgabe&from=20171&to=20214; Anm. Summe von: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

130. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, abgerufen über www.medien-transparenz.at am 18. Jänner 2023;
Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen - (2014 bis 2021)

131. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 50

132. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1633,Bericht über dieErkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf das sogenannte „Beinschab ÖSTERREICH Tool„, S. 213

133. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1633,Bericht über dieErkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf das sogenannte „Beinschab ÖSTERREICH Tool„, S. 213

134. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1633,Bericht über dieErkenntnisse aus der Datenauswertung in Bezug auf das sogenannte „Beinschab ÖSTERREICH Tool„, S. 213

135. Der Standard, 29. Juni 2022, Zwei Inserate, 33.000 Euro: E-Mail erhöht Druck auf Totschnig in Causa „Bauernzeitung„, https://www.derstandard.at/story/2000137013879/zwei-inserate-33-000-euro-e-mail-erhoeht-druck-auf

136. Der Standard, 29. Juni 2022, Zwei Inserate, 33.000 Euro: E-Mail erhöht Druck auf Totschnig in Causa „Bauernzeitung„, https://www.derstandard.at/story/2000137013879/zwei-inserate-33-000-euro-e-mail-erhoeht-druck-auf

137. Der Standard, 29. Juni 2022, Zwei Inserate, 33.000 Euro: E-Mail erhöht Druck auf Totschnig in Causa „Bauernzeitung„, https://www.derstandard.at/story/2000137013879/zwei-inserate-33-000-euro-e-mail-erhoeht-druck-auf

138. Presseaussendung der Agrar Media Verlagsgesellschaft, 28. Juni 2022, BauernZeitung: „Vorwürfe konstruiert„, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220628_OTS0153/bauernzeitung-vorwuerfe-konstruiert

139. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 42

140. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 43

141. BauernZeitung, Mediadaten Österreichische BauernZeitung 2023, https://bauernzeitung.at/wp-content/uploads/2022/10/Tarif_BauernZeitung-2023_09-27.pdf, S. 6

142. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 43

143. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 44

144. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 44

145. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Daniel Kosak in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/649/fname_1485755.pdf, S. 43

146. BauernZeitung, 9. Mai 2019, Muttertagsgrüße von der Ministerin, https://bauernzeitung.at/muttertagsgruesse-von-der-ministerin/

147. Der Standard, 14. Oktober 2021, Kritik an Köstinger wegen mutmaßlicher Imagewerbung in „Bauernzeitung„, https://www.derstandard.at/story/2000130433961/kritik-an-koestinger-wegen-mutmasslicher-imagewerbung-in-bauernzeitung

148. Rechnungshof, Presseinformation zum Rechenschaftsbericht der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) 2019 vom 10. Juni 2022, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/fragen-medien/Presseinformation_Rechenschaftsbericht_OeVP_2019.pdf

149. Bekanntgabe nach dem Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz an die Kommunikationsbehörde Austria, https://www.medien-transparenz.at/flows?pType=2&organisations=HYPO%20NOE%20Gruppe%20Bank%20AG&organisations=HYPO%20NOE%20Landesbank%20f%C3%BCr%20Nieder%C3%B6sterreich%20und%20Wien%20AG&media=N%C3%96%20Gemeinde&from=20171&to=20223 (Stand: 18. Jänner 2023)

150. Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, NÖ Gemeinde, Ausgabe 11/22, https://www.noegemeindebund.at/system/web/GetDocument.ashx?fileId=228267&cts=16681623258&ncd=1

151. Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, NÖ Gemeinde, Mediadaten 2023, https://indd.adobe.com/view/e9eab59a-453a-45eb-b629-2c8bf7360f3f, S. 2

152. Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, NÖ Gemeinde, Mediadaten 2023, https://indd.adobe.com/view/e9eab59a-453a-45eb-b629-2c8bf7360f3f, S. 3

153. Regional Medien Austria, Tarif 2023, https://www.regionalmedien.at/wp-content/uploads/2022/12/Tarif_2023_29112022-final_WEB.pdf, S. 25

154. Badener Zeitung, Jahreswerbeplan 2022, https://www.badenerzeitung.at/images/Jahreswerbeplan_2022.pdf, S. 4

155. Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Inneres Mag. Gerhard Karner zu der schriftlichen Anfrage (12621/J) betreffend „Überteuerte BMI Inserate für die ÖVP Organisation NÖ Gemeindebund“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/12314/imfname_1487570.pdf, S. 2

156. Land Niederösterreich, Mag. Gerhard Karner, https://noe-landtag.gv.at/personen/gerhard_karner (Stand 12. Jänner 2023)

157. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Bundesminister Mag. Gernot Karner in der 34. Sitzung vom 5. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/647/fname_1485750.pdf, S. 13

158. Niederösterreichischer Gemeindebund, NÖ Gemeinde (Ausgaben), https://www.noegemeindebund.at/system/web/zeitung.aspx?gnr_search=20019&menuonr=50477244&typid=2022

159. Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Inneres Mag. Gerhard Karner zu der schriftlichen Anfrage (12621/J) betreffend „Überteuerte BMI Inserate für die ÖVP Organisation NÖ Gemeindebund“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/12314/imfname_1487570.pdf

160. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen

161. Die Zahlen umfassen die beiden Unternehmen *Campaigning Bureau GmbH* und *Campaigning Bureau Kampagnenberatungs GmbH*.

162. Die Zahlen umfassen die Unternehmen *GPK Advertising GmbH, GPK Event- und Kommunikationsmanagement GmbH, GPK Event- und Kommunikationsmanagement GmbH - Markus GRUBER, GPK GmbH, GPK live GmbH, GPK public GmbH*

163. Demox Research GmbH, Impressum, https://www.demox-research.com/impressum/

164. ÖVP (Österreichische Volkspartei) - Bundespartei, Impressum, https://www.dievolkspartei.at/impressum

165. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 9

166. Demox Research GmbH, Das sind wir, https://www.demox-research.com/institut-ueber-uns/

167. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 35

168. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Michael Esterl in der 22. Sitzung vom 22. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00548/fname_1462655.pdf, S. 19

169. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 19

170. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 40

171. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 39

172. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 44f

173. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 41

174. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 20

175. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen - (2014 bis 2021)

176. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 28, 39f

177. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 27

178. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 26, S. 57

179. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen - 2014 bis 2021, S. 3

180. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen, S. 3

181. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 5

182. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 15

183. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Paul Unterhuber in der 25. Sitzung vom 30. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00554/fname_1462661.pdf, S. 17ff;
Salzburger Nachrichten, 27. September 2020, ÖVP hält Erwartungen vor Wien-Wahl niedrig, https://www.sn.at/politik/innenpolitik/oevp-haelt-erwartungen-vor-wien-wahl-niedrig-93396439

184. Österreichischer Integrationsfonds, Forschungsbericht - „Soziale Brennpunkte im Kontext von Migration und Integration„, https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/forschungsbericht-l-soziale-brennpunkte-im-kontext-von-migration-und-integration-6364/

185. ORF Online Wien, 26. Juli 2020, Kritik: Integrationsstudie als „Wahlkampfmaterial“, https://wien.orf.at/stories/3059456/;
SW Medienservice GmbH, Wahlprogramm der ÖVP zur Wien Wahl 2020, https://www.stadt-wien.at/politik/wahlprogramm-oevp-wien.html

186. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Dr.in Helga Luczensky in der 30. Sitzung vom 14. September 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00632/fname_1478620.pdfhttps://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00632/fname_1478620.pdf, S. 33

187. Bundeskanzleramt, Bundesministerin Susanne Raab, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/bundesministerin-susanne-raab.html

188. Profil, 10. April 2021, Öffentliche Aufträge für Wahlkampfagentur von Kurz, https://www.profil.at/oesterreich/oeffentliche-auftraege-fuer-wahlkampfagentur-von-kurz/401346368

189. FirmenABC.at, Media Contacta Ges.mbH, St. Pölten, Niederösterreich, https://www.firmenabc.at/media-contacta-ges-m-b-h_FGMd

190. Addendum, 25. Jänner 2018, Das Land, die Schutzengel und die ÖVP, https://www.addendum.org/niederoesterreich/oevp/

191. Der Standard, 6. April 2022, Inserate in ÖVP-Medien: Abwarten in Vorarlberg, Anzeige in Niederösterreich, https://www.derstandard.at/story/2000134724601/inserate-in-oevp-medien-abwarten-in-vorarlberg-anzeige-in-niederoesterreich

192. Der Standard, 29. Juni 2019, Wie intransparent Ministerien parteinahe Unternehmen beauftragen, https://www.derstandard.at/story/2000105613844/parteifreund-und-auftragnehmer-wie-intransparent-ministerien-parteinahe-unternehmen-beauftragen

193. ORF Online, 1. Dezember 2022, Scharfe Rededuelle in ÖVP-U-Ausschuss, https://orf.at/stories/3296025/

194. Vorläufiges Stenographisches Protokoll der Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 43. Sitzung vom 1. Dezember 2022, S. 90

195. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Madlberger in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00650/fname_1485756.pdf, S. 40

196. Profil, 10. April 2021, Öffentliche Aufträge für Wahlkampfagentur von Kurz, https://www.profil.at/oesterreich/oeffentliche-auftraege-fuer-wahlkampfagentur-von-kurz/401346368

197. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Elisabeth Köstinger in der 23. Sitzung vom 23. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00550/fname_1462657.pdf, S. 30

198. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Madlberger in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00650/fname_1485756.pdf, S. 17

199. Die Presse, 9. Juli 2019, ÖVP-“Familienfest“ soll 70.000 Euro mehr gekostet haben, https://www.diepresse.com/5656703/oevp-familienfest-soll-70000-euro-mehr-gekostet-haben

200. Anfragebeantwortung durch die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend Mag. Ines Stilling zu der schriftlichen Anfrage (3767/J) betreffend „Externe Dienstleister beim Familienfest vom 1. Mai 2019“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/AB/3770/imfname_764218.pdf

201. Der Standard, 29. Juni 2019, Wie intransparent Ministerien parteinahe Unternehmen beauftragen, https://www.derstandard.at/story/2000105613844/parteifreund-und-auftragnehmer-wie-intransparent-ministerien-parteinahe-unternehmen-beauftragen

202. Der Standard, 8. Juni 2022, Das „türkise Familienfest“ am 1. Mai beschäftigt nach wie vor die Politik, https://www.derstandard.at/story/2000136364180/das-tuerkise-familienfest-am-1-mai-beschaeftigt-nach-wie-vor

203. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Madlberger in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00650/fname_1485756.pdf, S. 38, 47

204. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen, S. 10f

205. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Elisabeth Köstinger in der 23. Sitzung vom 23. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00550/fname_1462657.pdf, S. 30

206. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Elisabeth Köstinger in der 23. Sitzung vom 23. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00550/fname_1462657.pdf, S. 30

207. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 41

208. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 42

209. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 42

210. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 42

211. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Peter Madlberger in der 35. Sitzung vom 6. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00650/fname_1485756.pdf, S. 5

212. Der Standard, 18. Jänner 2022, WKStA ermittelt rund um Auftragsvergabe an ÖVP-nahe Werbeagentur, https://www.derstandard.at/story/2000142707614/wksta-ermittelt-rund-um-auftragsvergaben-an-oevp-nahe-werbeagentur?ref=article

213. Trend, Ausgabe 41/2019, Philipp Maderthaner, der doppelte Kanzler-Macher, https://www.trend.at/politik/philipp-maderthaner-kanzler-macher-11185692

214. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen - (2014 bis 2021), S. 3

215. Die Zahlen umfassen die beiden Unternehmen *Campaigning Bureau GmbH* und *Campaigning Bureau Kampagnenberatungs GmbH*.

216. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen, S. 3

217. Anfragebeantwortung (4646/AB) durch die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus Mag. Elisabeth Köstinger zu der schriftlichen Anfrage (4647/J) betreffend „Umfang und transparente Gestaltung von Rahmenverträgen“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/4646/imfname_884520.pdf, S. 3

218. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Elisabeth Köstinger in der 52. Sitzung vom 23. Juni 2021 (Ibiza-Untersuchungsausschuss), https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/550/fname_1462657.pdf, S. 48

219. Horizont, 8. März 2019, EU-Wahl: Strategien, Spendings, Schwerpunkte, https://www.horizont.at/agenturen/news/eu-wahl-strategien-spendings-schwerpunkte-69292

220. Der Standard, 22. Oktober 2020, ÖVP-nahe Agenturen sind bei Köstinger gut im Geschäft, https://www.derstandard.at/story/2000121124663/oevp-nahe-agenturen-sind-bei-koestinger-gut-im-geschaeft

221. Der Standard, 22. Oktober 2020, ÖVP-nahe Agenturen sind bei Köstinger gut im Geschäft, https://www.derstandard.at/story/2000121124663/oevp-nahe-agenturen-sind-bei-koestinger-gut-im-geschaeft

222. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 5

223. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 11

224. Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Digitalisierung im Rahmen der Energiewende am Wirtschaftsstandort Österreich, https://www.bmdw.gv.at/dam/jcr:dec84832-ac4d-4af9-a557-51b72abe3e9f/Studie_Energiewendereport_%C3%96sterreich.pdf

225. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 61f

226. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Margarete Schramböck in der 27. Sitzung vom 14. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00628/fname_1478613.pdf, S. 61f

227. Rechnungshof, Erhebung untersuchungsrelevanter Zahlungsflüsse des Bundes - Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien laut Verlangen, S. 10

228. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 20;

229. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, S.49, 50

230. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 54

231. Kurier, 20. Jänner 2021, Früherer Verbund-Chef Anzengruber berät ÖBAG, https://kurier.at/wirtschaft/frueherer-verbund-chef-anzengruber-beraet-oebag/401162082

232. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 28

233. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, S. 62

234. Addendum, 25. März 2019, Das Benko-Reich: Liechtenstein, Luxemburg, Delaware, https://www.addendum.org/benko/luxemburg/;

235. Bloomberg, 13. September 2018, Wealth Funds Looking for Glamour in Benko‘s Luxury Estates, https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-09-13/norway-abu-dhabi-courted-to-back-benko-s-luxury-property-fund

236. Kleine Zeitung, 26. Juli 2019, ÖBAG: Aus der Verstaatlichten wird ein Staats-Fonds, https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5665338/Neuausrichtung_OeBAG_Aus-der-Verstaatlichten-wird-ein-StaatsFonds

237. Salzburger Nachrichten, 24. März 2022, ÖBAG will Schutzschild vor Politeinfluss sein, https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/oebag-will-schutzschild-vor-politeinfluss-sein-118877275

238. WIFO, Jänner 2021, Der Staat als langfristiger Investor, https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66819&mime_type=application/pdf, S. 59

239. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 39f

240. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 82f

241. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 82f

242. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 98

243. Kurier, 26. Juni 2014, Putin-Freund kontrolliert ÖIAG, https://kurier.at/wirtschaft/staatsholding-siegfried-wolf-putin-freund-kontrolliert-oeiag/72.169.574

244. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, S. 5;
Profil, 29. Oktober 2022, Schmids Protokolle: „Anpatzer müssen raus“, https://www.profil.at/oesterreich/schmids-protokolle-chat-zu-einer-omv-intervention/402199638

245. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Reinhold Mitterlehner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00195/fname_981136.pdf, S. 7-8

246. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Florian Klenk in der 3. Sitzung vom 4. Juni 2020, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00041/fname_813059.pdf, S. 30

247. orf.at, 7. Dezember 2019, Strache traf mehrfach im „Ibiza-Video“ genannte Unternehmer, https://orf.at/stories/3146768/

248. WKStA, 17 St 5/19d, W 1969, Anordnung der Durchsuchung und der Sicherstellung, S. 19

249. Der Standard, 23. Dezember 2021, Damaliger Finanzminister Schelling in Causa Wolf: „Bitte SMS gleich löschen„, https://www.derstandard.at/story/2000132147281/finanzminister-schelling-in-causa-wolf-bitte-sms-gleich-loeschen

250. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00470/fname_1444682.pdf, S. 43

251. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 27

252. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 18f

253. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. (FH) Michael Krammer in der 6. Sitzung vom 9. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/461/fname_1444668.pdf, S. 11f;
BMF, E-Mail von Elisabeth König an Hans Jörg Schelling vom 12. September 2016, S. 1-2

254. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MinR Sektionschef Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/464/fname_1444671.pdf, S. 14;

255. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. (FH) Michael Krammer in der 6. Sitzung vom 9. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00461/fname_1444668.pdf, S. 42f

256. WKStA, 17 St 5/19d, W 1969, Anordnung der Durchsuchung und der Sicherstellung, S. 6

257. ORF Online, 22. Dezember 2021, Steuernachlass für Wolf? Neue Chats aufgetaucht, https://orf.at/stories/3241169/

258. Die Presse, 28. Oktober 2022, Kogler will neue Prüfung der Steuerfälle Wolf und Benko, https://www.diepresse.com/6208437/kogler-will-neue-pruefung-der-steuerfaelle-wolf-und-benko

259. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 125

260. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson DDr. Gunter Mayr in der 7. Sitzung vom 10. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00464/fname_1444671.pdf, S. 35

261. Der Standard, 23. Dezember 2021, Damaliger Finanzminister Schelling in Causa Wolf: „Bitte SMS gleich löschen„, https://www.derstandard.at/story/2000132147281/finanzminister-schelling-in-causa-wolf-bitte-sms-gleich-loeschen

262. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 11f

263. ORF Online, 22. Dezember 2021, Steuernachlass für Wolf? Neue Chats aufgetaucht, https://orf.at/stories/3241169/

264. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 1

265. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 10

266. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 55

267. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 10

268. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 55

269. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 56

270. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 59

271. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 57

272. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 15

273. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 20

274. Niederösterreichische Nachrichten, 29. September 2018, Neuer Job für burgenländische Juristin, https://www.noen.at/baden/wechsel-innerhalb-von-noe-neuer-job-fuer-burgenlaendische-juristin-helga-koelndorfer-finanzamt-116252622

275. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 105, 108

276. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 108f

277. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 59

278. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 109f

279. WKStA, 17 St 8/21g, ON 9, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse zu Tatverdacht in Bezug auf Abgabeverfahren des Siegfried WOLF, S. 111

280. Schaeffler, CV Siegfried Wolf, https://www.schaeffler.com/remotemedien/media/_shared_media_rwd/01_company_1/persons_2/supervisory_board/cv_1/cv_siegfried_wolf_de.pdf

281. Profil, 28. März 2022, Wolf-Kurz-Chats: „Lieber Sigi! War sehr, sehr gut„, https://www.profil.at/oesterreich/wolf-kurz-chats-lieber-sigi-war-sehr-sehr-gut/401953729

282. Profil, 28. März 2022, Wolf-Kurz-Chats: „Lieber Sigi! War sehr, sehr gut„, https://www.profil.at/oesterreich/wolf-kurz-chats-lieber-sigi-war-sehr-sehr-gut/401953729

283. Bundeskanzleramt, 20. Februar 2019, Bundeskanzler Kurz: Trump für Handelsabkommen offen, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2019/bundeskanzler-kurz-trump-fur-handelsabkommen-offen.html

284. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 25f

285. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 30

286. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 31

287. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 1, S.27 und WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 91.

288. oe24.at, 24. Mai 2022, Protokoll: Mitterlehner packt vor der WKStA über Kurz aus, https://www.oe24.at/oesterreich/politik/affaeren/protokoll-mitterlehner-packt-vor-der-wksta-ueber-kurz-aus/520169328

289. Trend, 21. Oktober 2022, Signa-Chef René Benko: Immobilienmagnat und Kaufhauskönig [PORTRÄT], https://www.trend.at/leaders/rene-benko

290. Kontrast, 20. Mai 2019, Kurz-Förderer Benko kaufte 24 % von „Krone„ und „Kurier„, https://kontrast.at/rene-benko-krone-kurier-kurz/

291. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson René Benko in der 21. Sitzung vom 21. Oktober 2020, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/111/fname_882354.pdf, S. 21

292. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 38. Sitzung vom 3. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/655/fname_1485767.pdf, S. 20

293. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 248f

294. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 274

295. Bundesministerium für Finanzen, FA09-Außenprüfung Signa Holding - Info FA Innsbruck, BMF Votum, S. 3, 10

296. Trend, 21. Oktober 2022, Signa-Chef René Benko: Immobilienmagnat und Kaufhauskönig [PORTRÄT], https://www.trend.at/leaders/rene-benko

297. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 23

298. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 5

299. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 8f

300. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 8f

301. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 10f

302. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 5f

303. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 105

304. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 24

305. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 245

306. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 38, 46, 56, 15

307. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S 265f

308. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 11

309. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/547/fname_1462654.pdf, S. 15

310. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/547/fname_1462654.pdf, S. 14f

311. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/547/fname_1462654.pdf, S. 14f

312. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 29f

313. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Matthias Jenewein in der 41. Sitzung vom 24. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/703/fname_1487679.pdf, S. 29f

314. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 38. Sitzung vom 3. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/655/fname_1485767.pdf, S. 21

315. Der Standard, 19. Oktober 2022, Benkos Yacht, Skitouren und ein Jobangebot an Thomas Schmid, https://www.derstandard.at/story/2000140130153/benkos-yacht-skitouren-und-ein-jobangebot-an-thomas-schmid

316. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 38. Sitzung vom 3. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/655/fname_1485767.pdf, S. 22

317. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 38. Sitzung vom 3. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/655/fname_1485767.pdf, S. 23

318. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson MMag. Thomas Schmid in der 38. Sitzung vom 3. November 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/655/fname_1485767.pdf, S. 23

319. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 246

320. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 26

321. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 27f

322. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 28

323. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 246

324. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 26

325. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 26

326. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 122

327. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 122

328. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 122

329. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 125f

330. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 125f

331. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 58

332. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 29

333. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 134

334. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047e, Amtsvermerk Einflussnahme auf „Steuersache BENKO“, S. 134

335. Addendum, 25. März 2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10–18, https://www.addendum.org/benko/kikaleiner/

336. Addendum, 25. März 2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10–18, https://www.addendum.org/benko/kikaleiner/

337. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Rene Benko in der 21. Sitzung des Ibiza-Untersuchungsausschuss vom 21. Oktober 2020, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/111/fname_882354.pdf, S.27.

338. Addendum, 25. März 2019, René Benko, Sebastian Kurz und die Mariahilfer Straße 10–18, https://www.addendum.org/benko/kikaleiner/

339. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter in der 9. Sitzung vom 31. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/467/fname_1444674.pdf, S. 49

340. Dossier, 6. August 2019, Benkos offene Hotelrechnung, https://www.dossier.at/dossiers/aktuelles/benkos-offene-hotelrechnung/

341. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 32

342. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 32

343. Der Standard, 1. August 2019, Ermittlungen zu Benkos Hoteldeal in Lech auf Weisung eingestellt, https://www.derstandard.at/story/2000106936570/ermittlungen-zu-benkos-hotel-deal-in-lech-auf-weisung-eingestellt

344. Vol.at, 1. August 2019, Ermittlungen zu Benkos Hotel-Deal in Lech auf Weisung eingestellt, https://www.vol.at/ermittlungen-zu-benkos-hotel-deal-in-lech-auf-weisung-eingestellt/6303354

345. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter in der 9. Sitzung vom 31. März 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/467/fname_1444674.pdf, S. 51

346. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 32

347. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 33

348. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 34

349. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 34

350. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 33

351. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 33

352. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 49

353. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christian Pilnacek in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/71/fname_844875.pdf, S. 14

354. Die Presse, 11. August 2014, Korruption: René Benko ist ein verurteilter Mann, https://www.diepresse.com/3853313/korruption-rene-benko-ist-ein-verurteilter-mann

355. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 37

356. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Christian Pilnacek in der 11. Sitzung vom 15. Juli 2020, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/71/fname_844875.pdf, S. 17

357. Der Standard, 25. September 2013, Grüne vermuten illegale Parteispende an ÖVP, https://www.derstandard.at/story/1379291984606/gruene-vermuten-illegale-parteispende-an-oevp

358. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Maier in der 34. Sitzung vom 5. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00648/fnameorig_1485752.html, S. 57

359. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident Dr. Wolfgang Peschorn in der 11. Sitzung vom 7. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00473/fnameorig_1444688.html, S. 45

360. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident Dr. Wolfgang Peschorn in der 11. Sitzung vom 7. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/473/fname_1444688.pdf, S. 44-45

361. Parlamentarische Anfrage 9670/J XXVII. GP betreffend „Waldverkauf der Österreichischen Bundesforste in Ohlsdorf“, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_09670/fnameorig_1405983.html, S. 2

362. § 5 Bundesforstegesetz, https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10007859

363. Parlamentarische Anfrage 9670/J XXVII. GP betreffend „Waldverkauf der Österreichischen Bundesforste in Ohlsdorf“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/9670/imfname_1405859.pdf, S. 2

364. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Maier in der 34. Sitzung vom 5. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00648/fnameorig_1485752.html, S. 53

365. Kaufverträge aus dem Grundbuch zwischen *MX Beta GmbH* und Österreichische Bundesfor*ste AG* vom 3. April 2019 (Kaufpreis: 4.725.877,08 € und 4.631.077,08 €); BG 421 TZ 4763/2020 und BG 421 TZ 3718/2020

366. Parlamentarische Anfrage 9670/J XXVII. GP betreffend „Waldverkauf der Österreichischen Bundesforste in Ohlsdorf“, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_09670/fnameorig_1405983.html, S. 2

367. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Maier in der 34. Sitzung vom 5. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00648/fnameorig_1485752.html, S. 52-53

368. Wirtschaftscompass, Firmenbuchurkunde Bundesforste, https://wirtschaftscompass.at (Stand: 12. Jänner 2023)

369. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Gernot Maier in der 34. Sitzung vom 5. Oktober 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/648/fname_1485752.pdf, S. 55

370. Rechnungshof, 9. Dezember 2022, Liegenschaftsverwaltung der Österreichischen Bundesforste AG, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.973_Oesterr_Bundesforste.pdf, S. 17

371. Kurier, 10. Februar 2022, Rewe soll gerodeten Standort in Ohlsdorf übernehmen, https://kurier.at/wirtschaft/rewe-soll-standort-in-ohlsdorf-uebernehmen-amazon-asamer/401901268

372. Kurier, 19. Jänner 2023, Gerodete Waldfläche: Wer will Ohlsdorf haben?, https://kurier.at/wirtschaft/gerodete-waldflaeche-wer-will-ohlsdorf-haben/402296375

373. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 8

374. Kronen Zeitung, 5. Dezember 2022, Schmid korrigierte Aussagen zur Pröll-Stiftung, https://www.krone.at/2874429

375. Falter, 11. Jänner 2017, Geheimsache Pröll [Printausgabe]

376. Falter, 11. Jänner 2017, Geheimsache Pröll [Printausgabe]

377. Landesrechnungshof Niederösterreich, Juni 2017, Landesförderung, Teilabschnitt 05908 - Bericht 7 | 2017, https://lrh-noe.at/images/pdf/2017/7-2017_-_bericht_landesfoerderung_teilabschnitt_05908.pdf, S. 35, 38

378. Kurier, 24. Mai 2017, Privatstiftung von Erwin Pröll wird aufgelöst, https://kurier.at/politik/inland/erwin-proell-privatstiftung-wird-aufgeloest/265.871.474

379. ORF Online, 31. Oktober 2022, ZIB2: Pröll-Stiftung 2017 von Finanzamt geprüft, https://orf.at/stories/3291847/

380. ORF Online, 31. Oktober 2022, ZIB2: Pröll-Stiftung 2017 von Finanzamt geprüft, https://orf.at/stories/3291847/

381. Landesrechnungshof Niederösterreich, Juni 2017, Landesförderung, Teilabschnitt 05908 - Bericht 7 | 2017, https://lrh-noe.at/images/pdf/2017/7-2017_-_bericht_landesfoerderung_teilabschnitt_05908.pdf, S. 6

382. ORF Online, 31. Oktober 2022, ZIB2: Pröll-Stiftung 2017 von Finanzamt geprüft, https://orf.at/stories/3291847/

383. Landesrechnungshof Niederösterreich, Juni 2017, Landesförderung, Teilabschnitt 05908 - Bericht 7 | 2017, https://lrh-noe.at/images/pdf/2017/7-2017_-_bericht_landesfoerderung_teilabschnitt_05908.pdf, S. 36f

384. ORF Online, 31. Oktober 2022, ZIB2: Pröll-Stiftung 2017 von Finanzamt geprüft, https://orf.at/stories/3291847/

385. ORF Online, 31. Oktober 2022, ZIB2: Pröll-Stiftung 2017 von Finanzamt geprüft, https://orf.at/stories/3291847/

386. Der Standard, 15. April 2022, Steuern: Schmid-Chats werfen Schlaglicht auf Liechtensteins Stadtpalais https://www.derstandard.at/story/2000134969488/steuern-schmid-chats-werfen-schlaglicht-auf-liechtensteins-stadtpalais

387. Der Standard, 15. April 2022, Steuern: Schmid-Chats werfen Schlaglicht auf Liechtensteins Stadtpalais https://www.derstandard.at/story/2000134969488/steuern-schmid-chats-werfen-schlaglicht-auf-liechtensteins-stadtpalais

388. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 36f

389. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 11

390. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 36

391. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 11

392. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 9f

393. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 11

394. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 19

395. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Roland Macho in der 21. Sitzung vom 2. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00547/fname_1462654.pdf, S. 8f

396. Rechnungshof, An den Rechnungshof gemeldete Parteispenden 2017, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_3/Parteispenden_an_RH_gemeldet_2017.pdf

397. Profil, 12. Juni 2020, Der „Fall Pierer„: Wie das Finanzministerium rechtswidrig intern ermittelte, https://www.profil.at/wirtschaft/der-fall-pierer-wie-das-finanzministerium-rechtswidrig-intern-ermittelte/400938686

398. Der Standard, 12. Juni 2020, Finanzministerium suchte mit rechtswidrigen Mitteln nach Informant im Fall Pierer, https://www.derstandard.de/story/2000118042374/finanzministerium-suchte-mit-rechtswidrigen-mitteln-nach-informant-im-fall-pierer

399. Profil, 12. Juni 2020, Der „Fall Pierer„: Wie das Finanzministerium rechtswidrig intern ermittelte, https://www.profil.at/wirtschaft/der-fall-pierer-wie-das-finanzministerium-rechtswidrig-intern-ermittelte/400938686

400. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00206/fname_981172.pdf, S. 62

401. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 45. Sitzung vom 14. April 2021, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00206/fname_981172.pdf, S. 62

402. Profil, 12. Juni 2020, Der „Fall Pierer„: Wie das Finanzministerium rechtswidrig intern ermittelte, https://www.profil.at/wirtschaft/der-fall-pierer-wie-das-finanzministerium-rechtswidrig-intern-ermittelte/400938686

403. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist in der 12. Sitzung vom 20. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00508/fname_1456705.pdf, S. 29

404. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00544/fname_1462651.pdf, S. 23

405. Der Standard, 12. Juni 2020, Finanzministerium suchte mit rechtswidrigen Mitteln nach Informant im Fall Pierer, https://www.derstandard.at/story/2000118042374/finanzministerium-suchte-mit-rechtswidrigen-mitteln-nach-informant-im-fall-pierer

406. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00544/fname_1462651.pdf, S. 23

407. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00544/fname_1462651.pdf, S. 24

408. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00544/fname_1462651.pdf, S. 23

409. Profil, 12. Juni 2020, Der „Fall Pierer„: Wie das Finanzministerium rechtswidrig intern ermittelte, https://www.profil.at/wirtschaft/der-fall-pierer-wie-das-finanzministerium-rechtswidrig-intern-ermittelte/400938686

410. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hofrat Mag. Dr. Erich Lochmann in der 20. Sitzung vom 1. Juni 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00544/fname_1462651.pdf, S. 23

411. Die Zeit, 26. Oktober 2022, So sind wir doch, https://www.zeit.de/2022/44/eduard-mueller-alexander-van-der-bellen-finanzminister-oesterreich-oevp?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

412. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 46

413. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 63

414. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 50

415. Der Standard, 22. Oktober 2022, Finanzministerium soll Steuerkonzept für ÖVP bezahlt haben, https://www.derstandard.at/story/2000140203895/finanzministerium-soll-steuerkonzept-fuer-oevp-bezahlt-haben

416. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1634, Analysebericht betreffend Beinschab-Österreich Tool, BMF-Förderungen und Umfragen als Bestandteil der Strategie der Neuen Volkspartei, S. 241, 243

417. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 20f

418. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00458/fname_1444734.pdf, S. 23

419. Fraktionsbericht der Grünen gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_01040/imfname_997224.pdf, S. 110

420. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Hartwig Löger, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00077/fname_844888.pdf, S. 5, 12

421. Fraktionsbericht der Grünen gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung,https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_01040/imfname_997224.pdf, S. 47

422. Zackzack, 14. April 2021, Damit es nirgends aufscheint, https://zackzack.at/2020/10/29/damit-es-nirgends-aufscheint-sms-geheimnisvolle-schmid-geschenke-an-minister-kabinett

423. Addendum, 14. August 2019, Ein Vierteljahrhundert Postenschacher, https://www.addendum.org/postenschacher/

424. News, 18. Februar 2022, Manfred Matzka: „Ab Kurz hat man systematisch durchgeholzt“, https://www.news.at/a/manfred-matzka-interview-12434519

425. Fraktionsbericht der Grünen gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_01040/imfname_997224.pdf, S. 98-99

426. Falter, 23. August 2022, Zwei Männer und ihr Baby, https://www.falter.at/zeitung/20220823/zwei-maenner-und-ihr-baby

427. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 67

428. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 67-68

429. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 67

430. Wiener Zeitung, 20. September 2014, Amtsblatt Nr. 184, https://www.wienerzeitung.at/_wzo_daten/amtsblatt/?show=pdf&issue=4419, S. 3

431. Wiener Zeitung, 24. September 2016, Amtsblatt Nr. 188, https://www.wienerzeitung.at/_wzo_daten/amtsblatt/?show=pdf&issue=4943, S. 3

432. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 16. März 2021, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/197/fname_981142.pdf, S. 4

433. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Nolz in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00700/fname_1487676.pdf, S. 25

434. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 67

435. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Nolz in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00700/fname_1487676.pdf, S. 25

436. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 41

437. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 24

438. Parlamentarische Anfrage 9332/J XXVII.GP betreffend „578.000 EUR Vergütung für Teilzeitjob ABBAG-Geschäftsführung“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/9332/imfname_1349271.pdf

439. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Nolz in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00700/fname_1487676.pdf, S. 25 und Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 41 und Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 77

440. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Nolz in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00700/fname_1487676.pdf, S. 47-48 und Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 24

441. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 77

442. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 77

443. KA Finanz AG, Public Corporate Governance Bericht 2019, https://www.kafinanz.at/fileadmin/Content-Datenbank/Download_Files/Sonstiges/Public_Corporate_Governance_Bericht_KF_GJ_2019_signed.pdf; KA Finanz AG, Public Corporate Governance Bericht 2020, https://www.kafinanz.at/fileadmin/Content-Datenbank/Download_Files/Finanzberichte/Public_Corporate_Governance_Bericht_KF_GJ_2020_20210318.pdf; KA Finanz AG, Public Corporate Governance Bericht 2021, https://www.kafinanz.at/fileadmin/Content-Datenbank/Download_Files/Finanzberichte/Public_Corporate_Governance_Bericht_2021.pdf

444. Rechnungshof, 21. Dezember 2021, Einkommensbericht 2019 und 2020, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/news_2/Einkommensbericht_2019_und_2020.html

445. Parlamentarische Anfrage 10973/J XXVII.GP betreffend „1,5 Millionen Euro-Bonus für 20 Monate ABBAG-Geschäftsführertätigkeit - Wer hat das genehmigt?“, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_10973/fname_1445827.pdf

446. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 32

447. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 43

448. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 42

449. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang Nolz in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00700/fname_1487676.pdf, S. 9

450. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 54-55

451. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 40

452. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 43

453. siehe auch: Fraktionsbericht der Grünen gem. § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA zum Berichtsentwurf des Verfahrensrichters im Untersuchungsausschuss zur mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_01040/imfname_997224.pdf, S. 90-95

454. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung des Ibiza-Untersuchungsausschusses vom 16. März, 2021. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/197/fname_981142.pdf, S. 28.

455. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 76-77

456. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 76-77

457. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmen, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 77

458. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Bernhard Perner in der 40. Sitzung vom 23. November 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00699/fname_1487675.pdf, S. 13

459. Rechnungshof, COFAG und Zuschüsse an Unternehmens, https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_2022_31_COFAG.pdf, S. 75

460. Parlamentarische Anfrage 9332/J XXVII.GP betreffend „578.000 EUR Vergütung für Teilzeitjob ABBAG-Geschäftsführung“, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/J/9332/imfname_1349271.pdf; Parlamentarische Anfrage 10973/J XXVII.GP betreffend „1,5 Millionen Euro-Bonus für 20 Monate ABBAG-Geschäftsführertätigkeit - Wer hat das genehmigt?“, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_10973/fname_1445827.pdf

461. Die Presse, 5. Oktober 2022, Abbaugesellschaft Abbag sucht neuen Geschäftsführer, https://www.diepresse.com/6198794/abbaugesellschaft-abbag-sucht-neuen-chef

462. Falter, 23. August 2022, Zwei Männer und ihr Baby, https://www.falter.at/zeitung/20220823/zwei-maenner-und-ihr-baby

463. Bundesverwaltungsgericht, 27. April 2021, W 274 2222164-1/17E, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bvwg/BVWGT_20210427_W274_2222164_1_00/BVWGT_20210427_W274_2222164_1_00.pdf, S. 63f.

464. Die Presse, 7. Februar 2022, „Der Bürgermeister schuldet dir was„: Warum die WKStA Wögingers Auslieferung will, https://www.diepresse.com/6095914/der-buergermeister-schuldet-dir-was-warum-die-wksta-woegingers-auslieferung-will

465. Der Standard, 13. Juni 2022, Causa Wöginger: Türkise Postenbesetzung „mit Bauchweh“, https://www.derstandard.at/story/2000136537407/causa-woeginger-tuerkise-postenbesetzung-mit-bauchweh

466. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 61ff

467. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 61ff

468. Die Presse, 19. Oktober 2022, Schmid belastet Wöginger bei Besetzung des Finanzamts Braunau, https://www.diepresse.com/6204922/schmid-belastet-woeginger-bei-besetzung-des-finanzamts-braunau

469. Kronen Zeitung, 19. Jänner 2023, Causa Wöginger - Ex-Minister Schelling erneut im Visier der WKStA, https://www.krone.at/2908266

470. Der Standard, 7. Februar 2022, WKStA will gegen ÖVP-Klubobmann Wöginger ermitteln, https://www.derstandard.at/story/2000133159408/wksta-will-gegen-oevp-klubobmann-woeginger-ermitteln

471. BezirksRundSchau Oberösterreich, 22. Februar 2022, „An den Vorwürfen ist nichts dran„, https://www.meinbezirk.at/schaerding/c-politik/an-den-vorwuerfen-ist-nichts-dran_a5172073

472. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Isabella Fischer, BA MA in der 24. Sitzung vom 16. Jänner 2019, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/KOMM/KOMM_00177/imfname_759713.pdf, S. 9

473. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Isabella Fischer, BA MA in der 24. Sitzung vom 16. Jänner 2019, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/KOMM/KOMM_00177/imfname_759713.pdf, S. 24f

474. Anmerkung: Michael Kloibmüller trat gemeinsam mit dem Minister Ernst Strasser (ÖVP) im Februar 2000 ins Innenministerium ein, wo er mit 1. Jänner 2003 zum Leiter der Personalabteilung im Innenministerium bestellt wurde. Mit 1. Jänner 2008 wechselte er ins damalige Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend, bevor er am 3. Dezember 2008 als Kabinettschef ins Innenressort zurückkehrte. Mit 1. Februar 2017 wurde er zum Leiter der Sektion I (Präsidium) und Sektionschef ernannt.

475. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Isabella Fischer, BA MA in der 24. Sitzung vom 16. Jänner 2019, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/KOMM/177/imfname_759713.pdf, S. 24

476. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Michael Kloibmüller in der 16. Sitzung vom 10. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00518/fname_1456739.pdf, S. 11f

477. Vorläufiges Stenographisches Protokoll der Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 43. Sitzung vom 1. Dezember 2022, S. 44f

478. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Michael Kloibmüller in der 16. Sitzung vom 10. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00518/fname_1456739.pdf, S. 12

479. Der Standard, 12. Mai 2022, ÖVP-Chats: Ermittlungen gegen Ex-Kabinettschef Kloibmüller wegen Richterbesetzung, https://www.derstandard.at/story/2000135668481/oevp-chats-ermittlungen-gegen-ex-kabinettchef-kloibmueller-wegen-richter-besetzung

480. Der Standard, 12. Mai 2022, ÖVP-Chats: Ermittlungen gegen Ex-Kabinettschef Kloibmüller wegen Richterbesetzung, https://www.derstandard.at/story/2000135668481/oevp-chats-ermittlungen-gegen-ex-kabinettchef-kloibmueller-wegen-richter-besetzung

481. Der Standard, 12. Mai 2022, ÖVP-Chats: Ermittlungen gegen Ex-Kabinettschef Kloibmüller wegen Richterbesetzung, https://www.derstandard.at/story/2000135668481/oevp-chats-ermittlungen-gegen-ex-kabinettchef-kloibmueller-wegen-richter-besetzung

482. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Michael Kloibmüller in der 16. Sitzung vom 10. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00518/fname_1456739.pdf, S. 11f

483. Kleine Zeitung, 7. Februar 2022, Interventionen-Liste im schwarzen Innenministerium, https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6096195/Rote-bleiben-Gsindl_InterventionenListe-im-schwarzen-Innenministerium

484. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 7

485. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 21

486. Der Standard, 30. März 2022, Ermittlungen gegen Wolfgang Sobotka wegen mutmaßlichen Amtsmissbrauchs, https://www.derstandard.at/story/2000134547526/ermittlungen-gegen-wolfgang-sobotka-wegen-mutmasslichen-amtsmissbrauchs

487. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 21

488. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 25

489. Salzburger Nachrichten, 30. März 2022, Ermittlungen gegen Wolfgang Sobotka wegen ÖVP-Chats, https://www.sn.at/politik/innenpolitik/ermittlungen-gegen-wolfgang-sobotka-wegen-oevp-chats-119212123

490. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 26

491. Der Standard, 7. Februar 2022, „Rote bleiben Gsindl“: Mikl-Leitners Unmut und Sobotkas Interventionsliste, https://www.derstandard.at/story/2000133175727/rote-bleiben-gsindl-mikl-leitners-unmut-und-sobotkas-interventionsliste

492. Vorläufiges Stenographisches Protokoll der Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 43. Sitzung vom 1. Dezember 2022, S. 44f

493. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Präsident des Nationalrates Mag. Wolfgang Sobotka in der 26. Sitzung vom 13. Juli 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00626/fname_1478611.pdf, S. 23

494. Zackzack.at, 9. Februar 2022, BMI-Chats 7: Postenwünsche von Schelling und Mikl-Leitner: »Nach deiner Melodie tanzen«, https://zackzack.at/2022/02/09/bmi-chats-7-postenwuensche-von-schelling-und-mikl-leitner-nach-deiner-melodie-tanzen

495. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Peter Pilz in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00459/fname_1444664.pdf, S. 42f

496. Zackzack.at, 9. Februar 2022, BMI-Chats 7: Postenwünsche von Schelling und Mikl-Leitner: »Nach deiner Melodie tanzen«, https://zackzack.at/2022/02/09/bmi-chats-7-postenwuensche-von-schelling-und-mikl-leitner-nach-deiner-melodie-tanzen

497. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 29

498. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Peter Pilz in der 5. Sitzung vom 3. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00459/fname_1444664.pdf, S. 42

499. Group of States against Corruption (GRECO), 2. Dezember 2022, Fifth Evaluation Round - Evaluation Report Austria [noch nicht veröffentlicht]

500. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter in der 9. Sitzung vom 31. März 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00467/fname_1444674.pdf, S. 58

501. Kleine Zeitung, 4. Mai 2022, Vorhabensberichte zu Pilnacek und Marek liegen seit Wochen vor, https://www.kleinezeitung.at/politik/6134432/OeVPUAusschuss_Vorhabensberichte-zu-Pilnacek-und-Marek-liegen-seit

502. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Eva Marek in der 15. Sitzung vom 4. Mai 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/514/fname_1456722.pdf, S. 8

503. Marek, E., & Jerabek, R. (2020). *Korruption und Amtsmissbrauch*. MANZ'sche Verlags-und Universitätsbuchhandlung.

504. Zackzack, 19. Jänner 2022, Schwarze Netzwerke in der Justiz, https://zackzack.at/2022/01/19/bmi-chats-1-schwarze-netzwerke-in-der-justiz

505. Der oberste Gerichtshof (OGH), 25. Jänner 2022, https://www.ogh.gv.at/news/neuerungen-in-der-justizverwaltung-des-obersten-gerichtshofs/

506. Der oberste Gerichtshof (OGH), 21. Jänner 2022, https://www.ogh.gv.at/news/mitteilung-des-obersten-gerichtshofs/

507. Salzburger Nachrichten, 2. Februar 2022, Zadic kündigt Reformen bei Justiz-Postenbesetzungen an, https://www.sn.at/politik/innenpolitik/zadic-kuendigt-reformen-bei-justiz-postenbesetzungen-an-116420812

508. Die Presse, 16. November 2022, Justiz: OGH-Spitze künftig von Personalsenat vorgeschlagen, https://www.diepresse.com/6216165/justiz-ogh-spitze-kuenftig-von-personalsenat-vorgeschlagen

509. Vorläufiges Stenographisches Protokoll der Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 43. Sitzung vom 1. Dezember 2022, S. 64

510. Der Standard, 29. März 2021, „Intervention erledigt“: Die Jobsuche des ÖVP-Umfelds im Finanzministerium, https://www.derstandard.at/story/2000125446567/intervention-erledigt-die-jobsuche-des-oevp-umfelds-im-finanzministerium

511. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 75

512. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 34

513. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 34

514. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 34

515. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 176f

516. Der Standard, 29. März 2021, „Intervention erledigt": Die Jobsuche des ÖVP-Umfelds im Finanzministerium, https://www.derstandard.at/story/2000125446567/intervention-erledigt-die-jobsuche-des-oevp-umfelds-im-finanzministerium

517. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 178

518. Der Standard, 29. März 2021, „Intervention erledigt": Die Jobsuche des ÖVP-Umfelds im Finanzministerium, https://www.derstandard.at/story/2000125446567/intervention-erledigt-die-jobsuche-des-oevp-umfelds-im-finanzministerium

519. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 180

520. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 33

521. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 33

522. https://at.linkedin.com/in/gabriele-tamandl-0aa970171

523. Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), Geschäftsbericht 2020, https://www.oebag.gv.at/wp-content/uploads/2021/07/OEBAG_GB-AUSTRIA_DT.pdf

524. WKStA, 17 St 5/19d, ON 1309, Auswertungsbericht ÖBAG-Postenbesetzungen, S. 178

525. Der Kurier, 3. Juni 2022, OMV-Aktionäre sprechen Ex-Chef Seele das Misstrauen aus: 71 Prozent gegen Entlastung, https://kurier.at/wirtschaft/omv-aufsichtsrat-und-vorstand-gegen-entlastung-von-ex-chef-seele/402031016

526. Addendum, 4. Juni 2016, OMV und Gazprom: Liebesg'schichten und Heiratssachen, https://www.addendum.org/omv-gazprom/goldene-hochzeit/

527. Profil, 18. Juni 2016, Gerhard Roiss: „Der Staat sollte sich aus der OMV zurückziehen", https://www.profil.at/wirtschaft/gerhard-roiss-der-staat-sollte-sich-aus-der-omv-zurueckziehen/402045808

528. Die Presse, 6. August 2022, Gazprom-Deal: Grüne werfen ÖVP Kontrollversagen vor, https://www.diepresse.com/6174320/gazprom-deal-gruene-werfen-oevp-kontrollversagen-vor

529. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Wolfgang C. Berndt in der 29. Sitzung vom 7. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/630/fname_1478618.pdf, S. 31-32

530. siehe: https://twitter.com/dietomaselli/status/1575357265556766722

531. Addendum, 5. Juni 2018, Nord Stream 2 - Russlands Werk und Österreichs Beitrag, https://www.addendum.org/omv-gazprom/nord-stream-2/

532. Die Presse, 19. September 2022, OMV: Liebesgrüße nach Moskau, https://www.diepresse.com/6191305/omv-liebesgruesse-nach-moskau

533. Die Presse, 19. September 2022, OMV: Liebesgrüße nach Moskau, https://www.diepresse.com/6191305/omv-liebesgruesse-nach-moskau

534. Der Standard, 2. Oktober 2020, OMV-Chef und Finanzministerium verwickeln sich in Widersprüche um Russland-Deal, https://www.derstandard.at/story/2000120448996/omv-chef-und-finanzministerium-verwickeln-sich-in-widersprueche-um-russland

535. Profil, 2. Oktober 2020, Ibiza-Ausschuss: Die Widersprüche des Rainer Seele, https://www.profil.at/oesterreich/ibiza-ausschuss-die-widersprueche-des-rainer-seele/401051557

536. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Maria Mittermair in der 29. Sitzung vom 7. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/631/fname_1478619.pdf, S. 9f

537. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Maria Mittermair in der 29. Sitzung vom 7. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/631/fname_1478619.pdf, S. 10f

538. Die Zeit, 21. Dezember 2020, Russischer Geheimagent gibt offenbar Giftanschlag zu, https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/alexej-nawalny-nowitschok-giftanschlag-agent-fsb-geheimdienst-telefonat

539. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Maria Mittermair in der 29. Sitzung vom 7. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/631/fname_1478619.pdf, S. 26

540. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag.a Maria Mittermair in der 29. Sitzung vom 7. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/631/fname_1478619.pdf, S. 25

541. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Übersicht über den österreichisch-russischen Besuchsaustausch, https://www.bmeia.gv.at/oeb-moskau/bilaterale-beziehungen/russische-foederation/besuche/

542. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Übersicht über den österreichisch-russischen Besuchsaustausch, https://www.bmeia.gv.at/oeb-moskau/bilaterale-beziehungen/russische-foederation/besuche/

543. Tiroler Tageszeitung, 4. September 2022, Tiroler ÖVPler in Russland: „Welche Rolle spielte Gegengeschäft?„, https://www.tt.com/artikel/30830735/tiroler-oevpler-in-russland-welche-rolle-spielte-gegengeschaeft

544. Durchführungsbeschluss 2014/238/GASP des Rates vom 28. April 2014, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014D0238&from=EN

545. Tiroler Tageszeitung, 2. November 2016, Tiroler Delegation rührt in Russland die Werbetrommel, https://www.tt.com/artikel/12193124/tiroler-delegation-ruehrt-in-russland-die-werbetrommel

546. Tiroler Tageszeitung, 4. September 2022, Tiroler ÖVPler in Russland: „Welche Rolle spielte Gegengeschäft?„, https://www.tt.com/artikel/30830735/tiroler-oevpler-in-russland-welche-rolle-spielte-gegengeschaeft

547. Tiroler Tageszeitung, 7. September 2018, AUVA: Kern auf Leistungsschau, https://www.tt.com/artikel/14742223/auva-kern-auf-leistungsschau

548. Wann & Wo am Sonntag, 28. Oktober 2018, Russland im Umbruch - Chance für Ländle-Wirtschaft, https://www.wannundwo.at/story/2018/10/27/russland-im-umbruch-chance-fuer-laendle-wirtschaft.wawo

549. vorarlberg.orf.at,, 26. Oktober 2018, Wirtschaftsdelegation sucht Chancen in Russland, https://vorarlberg.orf.at/v2/news/stories/2943857/

550. Wann & Wo am Sonntag, 28. Oktober 2018, Russland im Umbruch - Chance für Ländle-Wirtschaft, https://www.wannundwo.at/story/2018/10/27/russland-im-umbruch-chance-fuer-laendle-wirtschaft.wawo

551. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Österreichische Botschaft Moskau, https://www.bmeia.gv.at/oeb-moskau/aktuelles/ (Stand: 24. August 2022)

552. Profil, 5. März 2022, Oleg Deripaska und Siegfried Wolf: Der große und der kleine Oligarch, https://www.profil.at/wirtschaft/oleg-deripaska-und-siegfried-wolf-der-grosse-und-der-kleine-oligarch/401927437

553. Wirtschaftswoche, 1. April 2022, „Putins Telefonnummer habe ich nicht“, https://www.wiwo.de/my/unternehmen/industrie/siegfried-wolf-putins-telefonnummer-habe-ich-nicht/28216818.html?ticket=ST-2130824-yhrdjUSYG3notS7TyJO0-cas01.example.org

554. Der Standard, 19. Juni 2014, ÖIAG-Kandidat: Wolf und die „Riot-Mädels“, https://www.derstandard.at/story/2000002107285/oeiag-kandidat-wolf-und-die-riot-maedels

555. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 101

556. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Johann Georg Schelling in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/KOMM/KOMM_00471/fname_1444683.pdf, S. 70f

557. Wiener Zeitung, 3. Oktober 2018, Kurz will Dialog mit Putin, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/993730-Kurz-will-Dialog-mit-Putin.html

558. siehe auch: Der Standard, 18. Juli 2022, Gazprom Lukoil und Co: Russische Millionen für die Hochkultur, https://www.derstandard.at/story/2000137526336/gazprom-lukoil-und-co-russische-millionen-fuer-die-hochkultur

559. orf.at, 3. Oktober 2018, Pipelines, Kunst und Konfliktherde, https://orf.at/stories/3047461/

560. Kleine Zeitung, OMV und Gazprom feierten „Goldene Hochzeit“, https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/wirtschaftktnhp/5441458/OMV-und-Gazprom_Grosse-Gala-in-der-Hofburg_50-Jubilaeum-der

561. WKStA, 17 St 5/19d, ON 2350, Amtsvermerk über Auswertungsergebnisse bezüglich WOLF und ÖBAG, S. 12

562. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, 44-46

563. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, 44-46

564. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Prof. KommR Ing. Siegfried Wolf in der 10. Sitzung vom 6. April 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/470/fname_1444682.pdf, 46

565. Profil, 12. Mai 2014, Claus Raidl über ÖIAG und Regierung: Überheblichkeit oder Unfähigkeit, https://www.profil.at/wirtschaft/claus-raidl-oeiag-regierung-ueberheblichkeit-unfaehigkeit-375027

566. Die Presse, 27. Juni 2014, Putin-Vertrauter als ÖIAG-Präsident, html https://www.diepresse.com/3827730/putin-vertrauter-wolf-als-oeiag-praesident

567. Wiener Zeitung, 26. Juni 2014, Wolf und die Russland-Connection, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/640799_Wolf-und-die-Russland-Connection.html

568. Oberösterreichische Nachrichten, 10. Oktober, Machtkampf rund um die OMV kostet Generaldirektor Roiss den Job, https://www.nachrichten.at/wirtschaft/Machtkampf-rund-um-die-OMV-kostet-Generaldirektor-Roiss-den-Job;art15,1517763

569. Die Presse, 29. September 2014, OMV: Jede Menge Öl im Feuer, https://www.diepresse.com/3877697/omv-jede-menge-oel-im-feuer

570. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Gerhard Roiss in der 28. Sitzung vom 6. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/629/fname_1478617.pdf, S. 6

571. Profil, 5. März 2022, Ex-OMV-Direktor Roiss: „Wir haben längst kleine Austro-Oligarchen“, https://www.profil.at/wirtschaft/ex-omv-direktor-roiss-wir-haben-laengst-kleine-austro-oligarchen/401926996

572. Profil, 5. März 2022, Ex-OMV-Direktor Roiss: „Wir haben längst kleine Austro-Oligarchen“, https://www.profil.at/wirtschaft/ex-omv-direktor-roiss-wir-haben-laengst-kleine-austro-oligarchen/401926996

573. Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Dr. Gerhard Roiss in der 28. Sitzung vom 6. September 2022, https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/629/fname_1478617.pdf, S. 6

574. Anmerkung: 2014 meinte Wolf, dass sich die „*wechselseitige Abhängigkeit*“ zwischen Russland und Europa in einer „*gesunden Balance*“ befinde. Siehe: Kleine Zeitung, 7. März 2014, „Putin will keinen Krieg“, https://www.kleinezeitung.at/politik/4134243/Wolf-im-Interview_Putin-will-keinen-Krieg

575. Europäische Kommission, 25. Februar 2015, Factsheet zur Energieunion, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_15_4485

576. Wiener Zeitung, 29. Dezember 2015, Mit reiner Seele wird russisches Roulette gespielt, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/793225_Mit-reiner-Seele-wird-russisches-Roulette-gespielt.html

577. Die Presse, 16. Februar 2016, Siegfried Wolfs russische Mission, https://www.diepresse.com/4926536/siegfried-wolfs-russische-mission

578. WKStA, 17 St 5/19d, ON 3047a, Beschuldigtenvernehmung Thomas SCHMID, S. 124